



Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe

Strategische Bedarfe, Agenda, Programmatik

Dokumentation zur Tagung am 15.03.2010 im Wissenschaftszentrum Bonn

Veranstalter: Bertelsmann Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Generali Deutschland
und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Inhalt

- 4 Vorwort, *Loring Sittler*
- 5 Begrüßung, *Andreas Schlüter*

I. Engagementforschung

- 8 Eine Agenda der Engagementforschung und -berichterstattung, *Thomas Olk*
- 15 Eine Agenda der Engagementforschung, *Volker Then*
- 17 Bedarfe einer künftigen Engagementforschung aus Sicht des Teams des Freiwilligensurveys, *Sabine Geiss*
- 20 Podium 1: Eine Agenda der Engagementforschung

II. Partizipationsforschung

- 31 Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation. Bisherige Entwicklungsstadien der Partizipationsforschung im Fokus, *Helmut Klages*
- 37 Pars pro toto? Partizipationsforschung im Rahmen von Engagementforschung, *Adalbert Evers*
- 39 Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation, *Rupert Graf Strachwitz*
- 41 Podium 2: Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation

III. Engagementberichterstattung

- 51 Bedarfe und Perspektiven der Engagementberichterstattung und ihrer institutionellen Begleitung. *Thomas Klie*
- 57 Engagementberichterstattung – Erfahrungen aus der Erstellung des Expertenberichts „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“, *Eckhard Priller*
- 61 Entwurf einer Forschungsprogrammatik „Engagement“, *WZB-Projektgruppe Zivilengagement*
- 64 Anmerkungen zur Engagementberichterstattung, *Berit Sandberg*
- 66 Podium 3: Bedarfe und Perspektiven der Engagementberichterstattung

IV. Schlusswort

- 75 Schlusswort, *Loring Sittler*

V. Anhang

- 77 Autorenverzeichnis
- 78 Teilnehmerliste
- 80 Tagungsprogramm

Impressum

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung
Fritz Thyssen Stiftung
Generali Deutschland
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Redaktion:

PD Dr. Ansgar Klein (v.i.s.d.P.)
Benjamin Reitz

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(BBE)
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

Layout und Satz: Regina Vierkant

Berlin, Juni 2010

ISBN: 978-3-00-031478-0

Förderer

| BertelsmannStiftung

Fritz Thyssen Stiftung
FÜR WISSENSCHAFTSFÖRDERUNG

 **GENERALI**
DEUTSCHLAND

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

Loring Sittler

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe“ – schon der Haupttitel dieser Veranstaltung zeigt deutlich an, worum es geht: um die Überwindung von Einzelansätzen und um die Bündelung gemeinsamer Interessen, um die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie, mit der wir die Engagementforschung insgesamt ein systematisches Stück voranbringen können.

So ungewöhnlich wie der das anspruchsvolle Thema ist auch die Konstellation der Teilnehmer: ein buntes Spektrum aus Stiftungen, Unternehmen, gemeinnützigen Einrichtungen und Forschern.

Ein breiter Konsens hat sich auf der Tagung abgezeichnet und muss aus meiner Sicht in Folgekonferenzen weiter bearbeitet und umgesetzt werden:

- Die Wissenschaftsförderung im Bereich Engagement soll bei Stiftungen und Unternehmen verankert werden
- Forschungsnetzwerke und -verbünde sollen aufgebaut werden
- Die Engagementforschung soll durch eigene Lehrstühle an Hochschulen und Forschungsinstitutionen einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert und Wirkung erhalten
- Die Engagementforschung solle selbst Forschungsprogramme entwickeln und bei DFG und Stiftungen entsprechende Förderungen beantragen
- Die anwendungsorientierte Forschung soll weiterentwickelt werden
- Koordinierungsstellen für Engagementforschung sollen etabliert werden, dabei sollten unterschiedliche disziplinäre Forschungsbereiche und Zugänge erhalten bleiben.

Ich bewerte das vorliegende Ergebnis der Tagung als positiven Anfang, der unbedingt fortgesetzt werden muss. Der Generali Zukunftsfonds wird weitere Veranstaltungen im bilateralen Gespräch mit Vertretern einzelner Forschungsrichtungen vorantreiben. Wir hoffen, dass diese Dokumentation für die bevorstehende anspruchsvolle Aufgabe einen guten Anfang bildet.

Andreas Schlüter

Begrüßung

Guten Tag, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen im Wissenschaftszentrum in Bonn! Ich darf Sie zu unserem eintägigen Symposium mit dem Titel „Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe. Strategische Bedarfe, Agenda, Programmatik“ im Namen der vier Veranstalter, Fritz Thyssen Stiftung, Bertelsmann Stiftung, Generali Zukunftsfond und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, ganz herzlich begrüßen.

Bürgerschaftliches Engagement ist als Thema nicht nur wahrnehmbar in der Gesellschaft angekommen, sondern auch in der Wissenschaft, in der Politik und in der öffentlichen Debatte. Das Thema ist verankert im Koalitionsvertrag als eine der Aufgaben, die sich die neue Bundesregierung gesetzt hat, womit es weit oben auf der politischen Agenda steht. In der Wissenschaft beobachten wir ein zunehmendes Erkenntnisinteresse. Es ist spürbar und in der letzten Zeit deutlich gestiegen. Dennoch sind noch nicht ausreichend Grundlagendaten vorhanden.

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Forschungseinrichtungen gegründet, die sich auf diesem Feld bewegen. Die fünf wichtigsten seien hier kurz erwähnt: Das ist zunächst das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) in Freiburg, heute hier vertreten durch Prof. Dr. Thomas Klie, sowie das relativ junge CSI in Heidelberg, das „Centrum für soziale Investitionen und Innovationen“, heute hier vertreten durch Dr. Volker Then, das „Forschungszentrum für bürgerschaftliches Engagement“ an der Humboldt-Universität zu Berlin, heute hier ebenfalls vertreten durch Prof. Dr. Sebastian Braun. Eine schon etwas länger bestehende Einrichtung ist das „Zentrum für Nonprofit-Management“ (npm) in Münster, deren Leiterin Annette Zimmer sicherlich allen von Ihnen bekannt ist. Abschließend soll die „Forschungsstelle bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital“ an der Universität Konstanz erwähnt wer-

den. Diese Einrichtungen sind als Beispiele zu verstehen und lassen sich sicherlich durch weitere ergänzen, die sich diesem Thema angenommen und es weit oben auf ihre Forschungsagenda geschrieben haben.

Darüber hinaus wurde an einer Vielzahl von Lehrstühlen unterschiedlichster Fachrichtungen intensiv auf diesem Feld gearbeitet. Beispielhaft zu nennen wäre hier zunächst Prof. Dr. Thomas Olk, der sich im Rahmen seiner Professur im Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Sozialpolitik der Universität Halle-Wittenberg sehr intensiv mit dem Thema Engagement beschäftigt und mit seinen Arbeiten nicht zuletzt zu wichtigen Erkenntnissen beigetragen hat. Besonders hervorzuheben hat er sich mit dem Thema Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Prof. Dr. Helmut Klages am Lehrstuhl für empirische Sozialwissenschaften an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Prof. Dr. Adalbert Evers als Leiter des Instituts für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen haben ebenfalls wesentliche Beiträge zur Engagementforschung geleistet. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Nicht nur seitens der Wissenschaft hat das Themenfeld in den letzten Jahren einen Aufschwung erfahren. Auch die Politik zeigt zunehmendes Interesse. In der Vergangenheit wurden mit Hilfe staatlicher Fördermittel zahlreiche Projekte ins Leben gerufen. Das wohl prominenteste Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die Projektförderung durch die Bundesregierung für den „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“, der vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) vorgelegt wurde.

Demnach bestehen offenkundig ein tiefes Interesse und ein hohes Bedürfnis nach Wissen zum Thema Engagement, Partizipation und Ehrenamt, sowohl in der

Forschungsgemeinschaft als auch in der Politik und in der breiten Öffentlichkeit. Bei genauerer Betrachtung der heutigen Forschungslandschaft und ihrer Befunde fällt jedoch auf, dass Ziele und Inhalte einzelner Untersuchungen nicht immer oder nur wenig aufeinander abgestimmt sind. Es gibt einerseits Überschneidungen zwischen einzelnen Projekten, bestimmte Themenbereiche wiederum sind nicht abgedeckt. Ein Beispiel hierfür ist das individuelle Engagement, das nicht an Organisationen gebunden ist. Es besteht zwar ein Kenntnisinteresse und es gibt auch schon erste Ansätze, und trotzdem ist es heute ein noch weitgehend unerforschtes Feld.

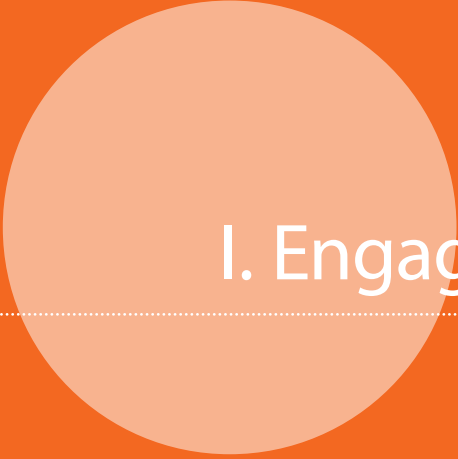
Der zweite Befund zeigt, dass vorhandenes Datenmaterial nicht immer miteinander kompatibel ist. Die drei eingangs genannten Stiftungen haben vor zwei Jahren das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ ins Leben gerufen, das sich auf Basis des so genannten UN-Handbuches statistisch diesem Thema nähern möchte. Eine der Teilaktivitäten ist der Entwurf einer „Landkarte zur Datenlage des Dritten Sektors“ durch das CSI. Mit dieser „Landkarte“ soll herausgefunden werden, in welchen Bereichen – in welchen Tätigkeitsfeldern und in welchen Regionen – bereits Vermessungen durchgeführt wurden. Erste für die Bereiche Bildung und Forschung sowie für Umwelt- und Naturschutz vorliegende Ergebnisse haben gezeigt, dass heute eine sehr breite Palette von Datensätzen zur Verfügung steht. Aber auch, dass diese in vielen Fällen leider nicht kompatibel sind. Zudem bestehen nach wie vor deutliche Lücken.

Das Problem scheint demnach nicht darin zu liegen, dass zu wenig geforscht wird, sondern es besteht in einem Mangel an Koordination. Deshalb wäre es sinnvoll, zumindest darüber nachzudenken, ob sich die vielen kleineren Projekte in einen größeren Verbund einbinden lassen. Oder auch darüber, wie dazu beigetragen werden kann, dass diese zahlreichen Kleinprojekte untereinander besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden könnten. Es ist zudem an der Zeit, eine gemeinsame, untereinander abgestimmte Strategie anzustreben, bei der alle interessierten Akteure einbezogen und beteiligt werden. Dies ist der Grund, warum wir heute zusammengekommen sind. Mit dieser Veranstaltung sollen alle, die sich auf diesem Feld bewegen, einbezogen werden, so dass wir tatsächlich von einer Gemeinschaftsaufgabe sprechen können. Die Zivilgesellschaft selbst soll die Möglichkeit haben, ihren eigenen spezifischen Erkenntnisbedarf anzumelden und ihre eigenen Prioritäten zu formulieren. Ebenso möchten wir die Politik beteiligen. Auch sie muss ihre Erkenntnisinteressen klar formulieren und darüber hinaus weiterhin dazu beitragen, dass die Forschungsanstrengungen auf diesem Feld verwirklicht werden können.

Damit bin ich auch schon bei der zentralen Frage unserer heutigen Veranstaltung: Wie schaffen wir es, eine an langfristigen Zielen orientierte Forschungsstrategie zu erarbeiten, die die Bedürfnisse und Interessen aller Akteure möglichst weitgehend berücksichtigt? Es ist offensichtlich und wahrscheinlich allen im Raum Anwesenden bewusst, dass das Ziel einer endgültigen Engagementforschungsstrategie nicht am Ende des heutigen Tages erreicht werden kann. Dennoch kann der heutige Austausch dazu beitragen, auszuloten, welche Möglichkeiten generell bestehen, welche unterschiedlichen Interessen vorhanden sind und wie eine Grundlage für eine gemeinsame und aufeinander bezogene und abgestimmte Engagementforschung gelegt werden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir zunächst mit einigen wenigen Einblicken in aktuelle Forschungsthemen beginnen. Die Referenten und Podiumsteilnehmer werden darlegen, was geforscht wird und wo und mit welchen Schwerpunkten geforscht wird. Nach dem Stand der empirischen Arbeiten wird es einen kurzen Überblick über den Ist-Zustand der Zivilgesellschaft und ihren Implikationen geben. Anschließend beschäftigen wir uns intensiv mit den Bedarfen, die ich eben nur kurz angerissen habe. Im Fokus stehen das Erkenntnisinteresse der Akteure aus der Zivilgesellschaft sowie der Politik, die entsprechende Informationen als Wissensbasis für politische Steuerungsprozesse benötigt, und nicht zuletzt auch die Bedürfnisse der Wissenschaft, die aus den gewonnenen Erkenntnissen übergreifende theoretische Ableitungen machen kann.

Abschließend möchte ich den Mitorganisatoren und allen Beteiligten danken, die diese Tagung ermöglicht haben. Ihnen allen wünsche ich eine interessante Veranstaltung und fruchtbare Diskussionen.



I. Engagementforschung

Eine Agenda der Engagementforschung und -berichterstattung

Noch nie war Engagementforschung so nachgefragt, so wichtig und so zentral wie heute. Dies hängt nicht zuletzt mit der gesellschaftspolitischen Aufwertung von Engagement zusammen, ihm kommt eine durchaus ambivalente Bedeutung zu: Zum einen die eines produktiven Unruhepotenzials als Element der Demokratisierung heutiger Gesellschaften, zum anderen aufgrund einer wachsenden Nachfrage nach Engagement als Ressource für die Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen. Vor diesem Hintergrund muss der Bedarf an Engagementforschung betrachtet werden. Er ist in seinen Intentionen und in seinen Forschungsinteressen daher sehr heterogen.

Wenig langfristige Abstimmung und Kooperation

Es existieren relativ viele einzelne Projekte und erste Ansätze einer Dauerberichterstattung. Dennoch bestehen wenige Kooperationen und es gibt wenig langfristige strategische Abstimmung in Bezug auf die Engagementforschung. Besonders fehlen längerfristig angelegte Panelstudien, die auch in Echtzeit bestimmte Entwicklungen abbilden können. Es gibt sehr positive erste Ausnahmen, z.B. den Freiwilligensurvey, der jetzt in der dritten Runde durchgeführt wurde und somit Ergebnisse über einen Zeitraum von insgesamt zehn Jahren abbilden kann. Dies stellt einen enormen Fortschritt dar. Die Defizite bestehen allerdings in der unabgestimmten Einzelforschung, die mit nicht miteinander kompatiblen Ansätzen arbeitet. Eigene Forschungsfragenstellungen und theoretische Begrifflichkeiten verhindern einen kumulativen Erkenntnisfortschritt.

Dafür gibt es auch strukturelle Ursachen in Form einer unzureichenden Verankerung des Themas der Engagementforschung in der Forschungslandschaft. Das gilt für die Universitäten, an denen keine Lehrstühle zum Bereich der Engagementforschung existieren. Veranke-

rungen bestehen allenfalls auf der Organisationsebene, d.h. auf der Ebene des Engagementmanagements und von Organisationen des Dritten Sektors. Die Tatsache, dass das Thema Bürgerschaftliches Engagement als ein Thema neben vielen anderen behandelt wird, hängt nicht zuletzt mit der disziplinären Strukturierung der universitären Forschung zusammen. Allerdings hat man es hier mit einem Thema zu tun, das über Einzeldisziplinen hinaus reicht. Schaut man sich die Forschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus den letzten Jahren an, kommt das Thema Engagement durchaus vor, allerdings nur vereinzelt, nicht systematisch und schon gar nicht als ein größeres Forschungscluster in Form eines Sonderforschungsbereiches.

Dies ist der Ist-Zustand. Die Forschungsinfrastruktur ist lückenhaft und schwach ausgebildet. Umgekehrt bedeutet dies aber in positiver Hinsicht, dass diejenigen, die jetzt einsteigen und Engagementforschung fördern, die Möglichkeit haben, die Infrastruktur mit zu beeinflussen. Es geht nicht nur um Inhalte oder einzelne Projekte, sondern um den Aufbau einer Infrastruktur.

Interdisziplinärer Zugang

Unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltig erfolgreiche Engagementforschung ist deren interdisziplinärer Zugang. Darüber hinaus ist eine Verständigung der Forschung zwischen den Disziplinen notwendig. Erst hier vollzieht sich der Schritt von der Multi- zur Interdisziplinarität. Zusätzlich sollte ein Mehrebenenansatz anhand von Mikro-, Meso- und Makroebene in die Forschung integriert sein. Die Ebenen der gesellschaftlichen Differenzierungen müssen hier gleichwertig einbezogen und die Interaktion zwischen den Ebenen mit berücksichtigt werden. Es wird sich herausstellen, dass genau an den Nahtstellen zwischen den Ebenen interessante Forschungsfelder liegen. Natürlich sind dafür Netzwerke

und langfristige Forschungsstrategien, die eine kumulative Erkenntnisforschung überhaupt erst ermöglichen und die bisher nur geringfügig existieren, unbedingt notwendig. Ein Beispiel ist der Freiwilligensurvey. Darüber hinaus ist kumulative Erkenntnisforschung fast nicht zu erkennen.

Begriffsverständnis und Begriffswahl

Eine Frage, die stets kontrovers diskutiert wird, lautet: Was ist Engagement und inwieweit kann man spezifizieren, was man in der wissenschaftlichen Diskussion hiermit meint? Man kann dies spezifizieren und auch abgrenzen gegenüber anderen angrenzenden Feldern des Handelns. Ein gewisser Konsens ist entstanden, der allerdings immer wieder in Frage gestellt wird durch so radikale Aussagen wie: „Wir wissen nicht, was freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement oder Ehrenamt ist.“ Man hängt an Alltagsbegriffen, findet Vielfalt und leitet daraus ab, dass kein wissenschaftlicher Konsens über das Thema besteht.

In verschiedenen gesellschaftlichen Feldern existieren unterschiedliche, alltagssprachliche und institutionsspezifische Sprachverwendungen. Im Bereich der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, der Feuerwehr oder der Jugendverbände spricht man vom *Ehrenamt*. Dort ist der Begriff traditionell geprägt. In anderen Bereichen wie dem Umweltschutz ist das nicht so. Dies bedeutet nicht, dass auf der Ebene wissenschaftlicher Operationalisierungen an diesen Sprachverwendungen festgehalten werden muss. Vielmehr müssen die Begriffe operationalisierbar gemacht werden.

Das Begriffsverständnis, das die Enquete-Kommission im Jahr 2002 vorgelegt hat und das vom Freiwilligensurvey übernommen wurde, weist ein klares Verständnis darüber auf, worum es beim *freiwilligen Engagement* geht: Unabhängig von der jeweiligen Sprachverwendung geht es um ein Handeln, das freiwillig erfolgt. Es besteht eine fehlende materielle Gewinnabsicht und eine relative Unentgeltlichkeit. Es handelt sich nicht um eine ausschließlich gemeinwohlbezogene Tätigkeit, da immer auch ein Nutzen für Dritte besteht. Somit liegt hier kein altruistisches Verhalten vor – dies ist eine Extremform, eine idealtypische Zuspitzung. Es geht nicht um Altruismus an sich, es handelt sich um eine Mischung aus Eigennutz und Gemeinwohlorientierung. Vor allem aber findet das Engagement im öffentlichen Raum statt und damit kann eine bestimmte Abgrenzung zu Formen des Engagements wie der wechselseitigen Unterstützung oder Hilfeleistung im Familien- oder Verwandtschaftsverband erfolgen. Dies ist kein Engagement. Auch die sog. informelle Netzwerkhilfe sollte vom Engagement differenziert und eigens untersucht werden, weil es sich hierbei meist um sehr enge, lokal

eingegrenzte Netzwerke handelt, die nur begrenzt zugänglich sind und Öffentlichkeit generieren. Worum es beim Engagement im engeren Sinn geht, ist ein Engagement im öffentlichen Raum.

Wenn man das so genannte *informelle Engagement*, das angeblich stark vorhanden ist, erfassen würde, käme man zu völlig anderen Engagement-Zahlen, die eher einem Popanz gleichen würden. Das Engagement, wie es zurzeit auch im Freiwilligensurvey operationalisiert ist, kann die Engagementformen, die öffentlich sind, vollständig erfassen. Die anderen Formen sind getrennt über ein eigenständiges Instrumentarium zu erfassen. Dann ist auch ein anderer Begriff zu wählen. Insofern ist Engagement auf der einen Seite hin zu den primären Netzwerken wie der informellen Netzwerkhilfe und -unterstützung abzugrenzen und auf der anderen Seite gegenüber der *politischen Beteiligung* im engeren Sinne.

Schaut man sich die Fragenbatterie des Freiwilligen-survey an, sieht man, dass nicht nach der Beteiligung an Wahlen gefragt wird. Es geht nicht um politisches Verhalten im engeren Sinn. Dies ist wichtig und gut, da politische Partizipation, die auf jeden Fall erfasst werden muss, einer anderen Logik folgt als etwa das soziale Engagement. Will man die Interaktion, die Wechselverhältnisse zwischen Freiwilligenengagement und politischer Beteiligung untersuchen, dann müssen auch die Grenzen zwischen diesen beiden Formen des Verhaltens sauber voneinander getrennt werden. Auf diese Weise können Ergebnisse der politischen Beteiligungsforschung besser erzielt werden.

Die Enquete-Kommission spricht nicht von freiwilligem, sondern von *bürgerschaftlichem Engagement*. Die Ursache dessen liegt darin, dass die Kommission keine Wissenschaftler-Kommission war. Es ging nicht allein um Wissenschaft, sondern um ein gesellschaftspolitisches Anliegen der damaligen rot-grünen Koalition. Es bestand die Absicht, mit diesem Enquete-Bericht ein gesellschaftspolitisches Statement abzugeben. Das ist versucht worden, indem der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements gewählt worden ist. Heute würde man sagen, dass das bürgerschaftliche Engagement in diesem engeren Sinne durchaus als ein Teil, als eine Unterform des freiwilligen Engagements betrachtet werden müsste, weil das bürgerschaftliche Engagement tatsächlich eine bestimmte Sozialfigur des zivilgesellschaftlichen Aktivbürgers vor Augen hat. Nicht jedes Engagement, das unter dem Begriff des freiwilligen Engagements gemessen wird, bezeichnet ein zivilgesellschaftliches Aktivbürgertum. Es gibt durchaus Verhaltensformen, die in diesem Zusammenhang die traditionellen Helfermotive abbilden und überhaupt nicht politisch, auch nicht im weiteren Sinne politisch gemeint sind.

Insofern ist der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, so wie er von der Enquete-Kommission benutzt worden ist, nicht wörtlich zu nehmen. Wenn er operational tatsächlich eingeführt werden soll, stellt er eine Unterform dessen dar, was mit operationalen Kriterien zu messen ist. Kann in dieser Hinsicht ein Konsens erzielt werden, wird es möglich sein, entsprechende Forschung über Zusammenhänge dieser unterschiedlichen Formen des Engagements anzusetzen und die Berichterstattung sauberer zu gestalten.

Zugänge zu einem Mehrebenenansatz der Engagementforschung

Die Mikroebene

Die Mikroebene hat in der Forschung bisher einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Bei der mikrotheoretischen Engagementforschung handelt es sich um die Bedingungsfaktoren, die Motive, die Ausdrucksform, aber auch die biografischen, lebenslaufbezogenen Dynamiken des Engagements auf individueller Ebene. Bisher existiert eine Reihe von verstreuten Einzelstudien: Die bereits erwähnten drei Wellen des Freiwilligensurveys, die wesentlich begrenzter ansetzenden Daten des sozio-ökonomischen Panels und internationale Datensätze, die in der Regel nach Beteiligung in Ehrenämtern fragen, d.h. ein engeres Spektrum des Engagements abgreifen als der Freiwilligensurvey. Es besteht noch kein Einbezug dieses individuellen Engagements etwa in den Mikrozensus sowie keine amtliche Statistik darüber. Demnach kann man sich des berühmten und viel zitierten Motivwandels des Engagements noch nicht sicher sein, vor allem nicht seiner Fortschreibung.

Die Befunde des Freiwilligensurveys widerlegen die ständig wiederholten Behauptungen über die von Anfang an intentional befristeten Engagementformen. Die überwiegende Mehrzahl der Engagierten beginnt ein Engagement ohne das Vorhaben, dieses in nächster Zeit wieder beenden zu wollen. Die projektförmigen, befristeten Formen des Engagements lassen sich hier schlecht erfassen. Der Motivationswandel lässt sich über den Freiwilligensurvey ebenfalls nicht wirklich abbilden, da dieser erst seit 2004 überhaupt nach Werten fragt. Mit dem Freiwilligensurvey kann daher keine Wertewandelthese belegt werden, was nicht bedeutet, dass keinerlei Belege dafür vorliegen. Es existiert qualitative und biografische Forschung, aber diese stellt keinen Ersatz für echte Panelforschung dar.

Ein wichtiges Thema ist die vermeintliche Untererfassung des informellen Engagements. In Abgrenzung zum informellen Engagement sollte eine Begrenzung des Begriffs des freiwilligen Engagements vorgenommen werden. Es bedarf für die gesonderte Erfassung

der informellen Netzwerkhilfe eines eigenes Instrumentariums. Der Freiwilligensurvey, so auch Thomas Gensicke, Projektleiter des Freiwilligensurveys, kann zwar auch das Engagement erfassen, das nicht an Organisationen gebunden ist und im öffentlichen Raum stattfindet. Doch das nicht im öffentlichen Raum stattfindende Engagement in informellen Netzwerken muss auf eine andere Weise erhoben werden. Unrealistisch wäre es zu denken, die Engagementquote in Ostdeutschland erhöhe sich um zehn Prozent, würde man das informelle Engagement mit aufnehmen. Ergebnisse des Freiwilligensurveys belegen aber, dass in der ostdeutschen Gesellschaft – obwohl sie stark von Ungleichheit, hoher Arbeitslosigkeit und die soziale Integration gefährdenden Indikatoren belastet ist – ein erstaunlich hohes Maß an sozialer Kohäsion besteht, wenn auch geringer als in Westdeutschland. Man kann angesichts dieses Befundes nicht davon ausgehen, dass in Ostdeutschland ein enormes Potenzial des informellen freiwilligen Engagements existiert.

Ein wissenschaftliches Defizit stellen die spärlichen Erkenntnisse über biografische Verläufe des Engagements dar, vor allem aber über die Kombination unterschiedlicher Tätigkeits- und Arbeitsformen im Lebensverlauf. Gisela Jakob und ich haben diese Fragestellung im Auftrag des Caritasverbandes für den Wohlfahrtsbereich untersucht. Es existiert allerdings wenig Nachfolgeforschung, die über den Bereich der Wohlfahrtsverbände hinaus Engagierte aus anderen Bereichen biografisch befragt hat. Vor allem fehlt eine dynamische Engagementforschung, die in Echtzeit danach fragt, wie Menschen im Verlauf ihres Lebens über verschiedene Lebens- und auch Umbruchsphasen hinweg Arbeits- und Tätigkeitsformen miteinander verknüpfen und welche Motive, Handlungs- und Bewältigungsprobleme des Alltags sich dahinter verbergen.

Auch ist gerade in der deutschen Forschung wenig bekannt über die individuellen Wirkungen des bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements auf subjektive Lebenszufriedenheit, auf Gesundheit und auf den Aufbau sozialer, kognitiver und instrumenteller Kompetenzen. Es handelt sich dabei um Mikrodaten in Echtzeit, die durchaus erhoben werden können. Ziel ist hierbei der Einblick in spannende Muster des Engagements, über die derzeit nahezu keine Informationen vorliegen. Mit diesen Daten ließe sich beantworten, welche Menschen unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen welche zeitlichen Muster der Engagementbeteiligung generieren, wie weit sie also in Engagement ein- und aussteigen oder auch wieder zurückkehren.

Erste Untersuchungen zum Kompetenzaufbau durch Engagement, etwa des Deutschen Jugendinstitutes in Zusammenarbeit mit der TU Dortmund, bestehen aus retrospektiven Befragungen. Damit kann man allerdings

nicht wirklich untersuchen, ob das Engagement zu diesem Kompetenzaufbau beiträgt. Bei solcher Forschung besteht das Problem des Selektions- oder Sozialisationsprozess-Effektes, der sich auf einer retrospektiven Befragung nicht ausklammern lässt. Benötigt wird daher eine Panelforschung in Echtzeit auf der Mikroebene. Die Dauerbeobachtung muss durch repräsentative Bevölkerungsumfragen fortgesetzt und erweitert werden. Ein Vorschlag besteht darin, die informelle Netzwerkhilfe über ein gesondertes Instrumentarium ergänzend zu erheben. Das Motivbündel und der Motivwandel müssen durch quantitative und qualitative Studien untersucht und die biografischen Engagementverläufe durch Längsschnittstudien weiter ausgeleuchtet werden. Ebenfalls muss die dynamische Verlaufsforschung – ähnlich wie in der Armuts- und Arbeitslosenforschung – auf die Engagementthematik übertragen werden.

Die Meso-Ebene

Auch auf der Meso-Ebene existiert durchaus eine Reihe von Statistiken: die Vereins-, die Stiftungsstatistik oder auch die Statistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Diese Statistiken sind allerdings äußerst lückenhaft. In den 1970er und 1980er Jahren stand in jeglicher Statistik der Wohlfahrtsverbände, die Zahl der Ehrenamtlichen ganz zurück, allerdings war die Zahl, die geschätzt wurde, jedes mal die gleiche. Nach 15 Jahren – als das Thema Engagement wichtiger wurde –, hat man beschlossen, dass Deutschland nicht mehr 1,5, sondern 2 Millionen Engagierte zählt.

Es bestehen somit sehr große Lücken in der Statistik, sowohl auf der verbandlichen Ebene als auch darüber hinaus. Zu Verfügung gestellt werden die quantitativen Daten zu den Organisationen des Dritten Sektors vom Johns Hopkins „Comparative Nonprofit Sector Project“. Hier setzt das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ an. Dazu liegen einige Einzelanalysen vor sowie z.B. die Analysen von Adalbert Evers zu hybriden Organisationsformen im Bereich von Schule, Kultur, Altenpflege und zum Welfare-Mix, aber auch die neueren Arbeiten im Rahmen von „*Soziales neu gestalten*“ (SONG). Aber auch hier weist die amtliche Statistik Lücken auf, was nicht zuletzt daran liegt, dass in Bezug auf die ökonomischen Kennzahlen von Non-Profit-Organisationen wenig verpflichtende Berichterstattung vorliegt. Hier bedarf es einer Verbesserung im Transparenzgebot. Politische Initiativen in diese Richtung gibt es bereits. Es ist zunächst der beste Weg, Transparenz durch freiwillige Selbstverpflichtungen zu erhöhen, um anschließend an der Verbesserung der amtlichen Statistik ansetzen zu können.

Der entscheidende Punkt ist allerdings nicht die amtliche Statistik allein. Die entscheidende Frage ist vielmehr: Was soll eigentlich gemessen werden? Sollen nach

einer schlichten deskriptiven Taxonomie sogenannte Dritter-Sektor-Organisationen gemessen werden und mit welchem Ziel? Sollte dies der Fall sein, liegt der Dritte Sektor in Zahlen vor, nicht aber die Zivilgesellschaft. Dies ist entscheidend!

Bisher ist es anhand der amtlichen Statistik möglich, einen bestimmten Typus von Organisationen mit einer durchaus schlichten, theorieleeren Matrix in vier deskriptiven Merkmalen von staatlichen Institutionen und gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen abzugrenzen. Von dieser Grundlage aus ist es möglich, über die ökonomische Relevanz dieses Bereichs Aussagen zu treffen. Zusätzlich kann man hierüber Auskunft über Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich erhalten. So ist der „Dritte Sektor“ etwa hervorragend geeignet, um Arbeitsplätze für Frauen bereitzustellen – nicht etwa Vollzeit, sondern Teilzeit, steigend auch geringfügige und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Ehrenamt tauchte im Johns Hopkins Projekt auch nur als globale Zahl auf. So kann man dann sagen, dass das Verhältnis Hauptamt/Ehrenamt in bestimmten Branchen des Dritten Sektors unterschiedlich ist. Die sich hieraus ergebenden Ergebnisse sollen nicht gering geschätzt werden. Dennoch muss festgehalten werden, dass noch eine Menge anderer Dinge untersucht werden muss, und dazu muss auch die qualitative Seite dieser Organisationen in den Blick genommen werden.

Dafür werden Konzepte benötigt, die etwas mehr Theorie-Input erfordern, etwa die Überlegungen von Adalbert Evers und anderen zur Intermedialität solcher Organisationen. Handelt es sich um einen Sektor oder um ein Spannungsfeld? Kann man eventuell sogar Aussagen darüber treffen, wie viel Prozent der Organisationen des Dritten Sektors tatsächlich Zivilität aufweisen, d.h. sich wirklich qualitativ unterscheiden von dem, was in staatlichen Institutionen oder in marktwirtschaftlichen Unternehmungen abläuft? Dies wäre eine strategisch sehr wichtige Information, die nicht vorliegt, da die Instrumente dazu nicht vorhanden sind und bisher auch gar keine Anstrengungen unternommen worden sind, abseits von qualitativen Projekten diese Dimension für größere Untersuchungen fruchtbar zu machen. Bestimmte Entwicklungen wie Kommerzialisierung, das Eindringen von Markt und Wettbewerb, Bürokratie-Überwälzung und Professionalisierung haben im Dritten Sektor stattgefunden.

Hier geht es darum, deutlich zu machen, dass dieser Sektor ein Feld ist, in das verschiedene Logiken eindringen und dort wirken. Dabei muss das Interesse der Frage gelten, was diese Logiken für das Thema Zivilgesellschaften bedeuten, nicht für den Dritten Sektor. Dafür sollte zunächst Konsens darüber bestehen, dass Zivilgesellschaft eine Qualität des erlernten Verhaltens und der Kultur, d.h. eine Handlungslogik ist. Aus diesem

Verständnis heraus kann man dann der Frage nachgehen, wo diese Handlungslogik stark verankert ist und ob man sie sogar im Sinne einer Zivilisierung auch in staatlichen Institutionen, z.B. in Schulen oder marktwirtschaftlichen Unternehmen, verankern kann. Dies wird auch zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die Passungsverhältnisse zwischen den biografisch begründeten Orientierungen von potenziell Freiwilligen und den Einsatzmöglichkeiten und Rahmenbedingungen in den nachfragenden Organisationen führen. Ohne diese Passungsverhältnisse können auch qualitative Fragen, ob Organisationen überhaupt eine anregende, qualitativ stützende und fördernde Umwelt für Freiwillige darstellen, nicht beantwortet werden.

Natürlich muss Forschung zu Tendenzen der organisationalen Entgrenzung und Hybridisierung betrieben werden, die zeigt, wie Organisationen verschiedene Handlungslogiken in sich aufnehmen und sie in neuer Balance vereinbaren. Eine zunehmend wichtiger werdende Baustelle ist allerdings die Frage danach, was solche Organisationen in der Gesellschaft bewirken. Es ist richtig, die Instrumente, mit denen diese Wirkungen gemessen werden, gemeinsam mit dem Dritten Sektor zu entwickeln, anstatt dass diese als rein betriebswirtschaftliche Instrumente von oben vorgegeben oder von außen vorgesetzt werden. Hier muss partizipativ vorgegangen werden, andernfalls wird man hier nicht auf Akzeptanz im Feld stoßen.

Natürlich geht es um die Erstellung statistischer Datenreihen über allgemeine Trends, die unerlässlich sind. Dabei muss deutlich werden, dass es auf der einen Seite einer statistischen Dauerberichterstattung über bestimmte Kennzahlen bedarf, diese Kennzahlen allerdings bestimmte Auslassungen beinhalten, die systematisch mit reflektiert werden müssen. Der „Dritte Sektor in Zahlen“ wird in zwei bis drei Jahren zu Verfügung stehen, nicht aber die „Zivilgesellschaft in Zahlen“. Möglicherweise ist dieses Ziel über die amtliche Statistik nicht zu realisieren. Im Moment ist es wichtig, transparent zu sein und in diesem wichtigen Projekt, das eine hohe Signifikanz nach außen trägt, nicht mit falschen Images zu spielen. Es geht aktuell um den Dritten Sektor. Ob es jemals um Zivilgesellschaft in einem quantitativen Projekt wie diesem gehen wird, wird die Zukunft zeigen. Eine Tiefenanalyse verschiedener Branchen ist dafür außerdem unerlässlich. Mit Verknüpfungen von quantitativer und qualitativer Forschung wird man nur weiter kommen, wenn man sich die Branchen genauer anschaut und erkennt, in welcher Umwelt diese operieren, in welchen Förderstrukturen diese eingebunden sind, welche Governance-Strukturen auch außerhalb existieren, welche Ressourcen hier akquiriert und welche Produkte erstellt werden können und – als zentraler Gedanke – welche Kultur in diesen Organisationen eigentlich entsteht.

Eine zweite sich hieran anschließende Ebene, die sog. „Meso-Ebene II“, stellt die *sozialräumliche Ebene von Local Governance* dar. Hier geht es um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Wohnquartieren, die sich hinsichtlich ihrer Engagementbeteiligung unterscheiden. Bestimmte Bevölkerungsgruppen in sozial benachteiligten Stadtquartieren können nicht mit den üblichen Methoden der Freiwilligengewinnung erreicht werden. Hier werden andere Zugänge benötigt, da diese Gruppen andere Orientierungen und Lebensstile aufweisen. Sie sind in anderen Milieus verankert und haben deshalb andere engagementrelevante Orientierungen und Handlungsbereitschaften entwickelt. Wenn nun diese unterschiedlichen Gruppen aus unterschiedlichen Milieus in einem Wohnquartier zusammenleben oder in angrenzenden Wohnquartieren leben, stellt sich die Frage, was das für die Engagementkultur auf sozialräumlicher Ebene bedeutet. Dies ist verbunden mit Formen der Local Governance. Durch bestimmte Formen der Governance kann man solche Engagementbereitschaften heben und auch Integration zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen entwickeln. Man kann allerdings auch Konflikte provozieren und bestimmte Gruppen aus dominanten Formen lokaler Engagementkultur ausgrenzen. Hier entscheidet sich also die Integration der Stadtgesellschaft, die einerseits Wissen über die Milieus und die Zusammensetzung der verschiedenen Milieugruppen in Wohnquartieren und andererseits den Umgang sowohl der Organisationen als auch der öffentlichen Institutionen über Formen der Local Governance mit diesen verschiedenen Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Dieser Forschungsfrage hat sich unter anderem der vhw Bundesverband anhand seiner durchgeführten Sinus-Milieu-Studien angenommen. Es besteht ein Einblick in die freiwilligen Engagementkulturen und Milieus sowie ansatzweise in die Governance-Formen auf der lokalen Ebene. Interessanterweise hat die lokale Governance-Forschung allerdings noch wenig Bezug auf die Engagementforschung genommen. Hier muss ein stärkerer Bezug zwischen beiden hergestellt werden.

In diesem Zusammenhang muss man sich auch mit dem Vorwurf bestimmter Autorinnen und Autoren auseinandersetzen, die deutsche Engagementforschung würde ein Leitbild des Engagements transportieren, das an der weißen männlichen Mittelschicht orientiert sei und insofern das Engagement und die Engagementformen anderer Gruppen auch konzeptionell unterschätze und verdränge. Dies hängt damit zusammen, dass zum Teil mit einer sozialen Konstruktion des freiwilligen Engagements gearbeitet wird, die kulturell rückgebunden ist an eine bestimmte deutsche Tradition des Engagements bzw. einer anderen Kultur, die sozusagen aus dem kommunitaristischen Umfeld stammt. Man muss sich solcher Verankerungen von Leitbildern vergewissern. Insofern muss die Forschung zu Engagement-Milieus unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen intensiviert, die

Bedeutung des freiwilligen Engagements und der Partizipation bei der sozialen Integration von Wohnquartieren in den Blick genommen und die Bedeutung des sozialen Engagements für trisektorale Vernetzungsformen auf lokaler und regionaler Ebene betrachtet werden, denn Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung in verschiedensten Formen stellt einen bedeutenden Faktor für Regional- und Stadtentwicklung dar.

Die Makro-Ebene

Betrachtet man die Makro-Ebene, fällt auf, dass wenig über die positiven und negativen Wirkungen des freiwilligen Engagements und der Zivilgesellschaft auf die Gesamtgesellschaft bekannt ist. Zwar existiert die Sozialkapitalforschung. Diese hat jedoch in vielerlei Hinsicht deutlich gemacht, dass bestimmte Unterstellungen über Bedingungsbeziehungen, etwa bei Robert Putnam, sich so als nicht belegbar erweisen. Bislang ist es zudem nicht gelungen, die Wirkungen von Engagement auf die Gesamtgesellschaft genügend in eine ökonomische, soziale, kulturelle und politische Wirkung zu differenzieren. So besteht z.B. ein Unterschied darin, wie man durch Engagement zu einer Wohlfahrtsproduktion beitragen kann oder ob man danach fragt, welche Auswirkungen das auf die Demokratisierung der Gesellschaft hat. Beide Fragen sind hochlegitim, aber sie sind nicht exklusiv, sie verdrängen sich nicht gegenseitig und benötigen unterschiedliche Untersuchungsansätze.

Diese Problematik ist bisher nur sehr pauschal diskutiert worden. Deshalb besteht ein nur sehr unzureichender Wissensstand über die Zusammenhänge zwischen Engagement und Demokratie. Engagement ist nicht politische Beteiligung und politische Aktivierung an sich. Genau das zu tun wäre, die Begriffe zu vermischen und unsauber zu argumentieren. Insofern ist es wichtig, die Beziehungen zwischen Demokratisierung und Stärkung von Engagementkultur zu untersuchen. Das Vereinsleben des Kaiserreiches war alles andere als demokratisch. Aber es war Vereinsleben. Insofern ist die Dichte der Vereine ein Indikator vor Ort. Wenn nichts über die Qualität der Kultur in diesen Vereinen bekannt ist, stellt dies nicht mehr als einen Indikator dar, der nicht interpretierbar ist. Natürlich hat Engagement in bestimmten Formen auch negative Auswirkungen und es existieren auch undemokratische Formen der Netzwerkbildung. Allerdings ist die Rede von Roland Roth über die „unzivilen“ oder „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft im Grunde terminologisch unsauber. Es gibt keine dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Es gibt sehr wohl dunkle Seiten der Netzwerkbildung und der Vernetzung von Akteuren. Der Begriff Zivilgesellschaft ist qualitativ bereits derart aufgeladen, dass es dunkle Seiten dieser Zivilgesellschaft nicht geben kann. Allerdings kann es dunkle Seiten von bestimmten Formen der informellen Vernetzung geben, der Elitebildung, der Abschottung, der exklusiven Vergemeinschaftung.

Selbstverständlich gibt es positive Wirkungen des Engagements, die die Politik seit ungefähr 15 Jahren beschwört. Keine Sonntagsrede eines Politikers vergisst den sozialen Kitt, mit dem man auf der politischen Ebene dann oftmals bereits genug über die Wirkung des Engagements gesagt hat. Es gibt vielleicht noch einen Zusatz: den ökonomischen Wert des Engagements. Schaffen, Preise berechnen, große Zahlen in die Welt setzen ist bisher alles, was über die Wirkungen und über das Rasonnieren von Wirkungen im politischen Raum bekannt ist. Wichtig wird allerdings in der Zukunft sein, Aussagen über Humankapital- und Sozialkapitalbildung, über Kohäsion und Integration treffen zu können.

Die Zusammenhänge von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und Demokratie sind in Deutschland und auch international vergleichend noch nicht ausgelotet. In der DDR- und der Nach-DDR-Geschichte hat sich die interessante Entwicklung von viel bürgerschaftlichem Engagement und wenig politischem Vertrauen in die Institutionen abgezeichnet. Dies bedeutet, die Logiken der politischen Vertrauensbildung und des Engagements sind durchaus unterschiedlich und müssen getrennt betrachtet werden. Auch hier muss man zwischen intendiertem und nicht-intendiertem Handeln eindeutig unterscheiden.

Auch der Zusammenhang von Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft muss weiter ausgeleuchtet werden. Eine Ausweitung des staatlichen Sektors im Sinne eines Wohlfahrtsstaates verdrängt den zivilgesellschaftlichen Bereich keineswegs. Dies zeigt sich etwa an Norwegen und ähnlichen Ländern: Je mehr Wohlfahrtsstaat, desto mehr Engagement. In den skandinavischen Ländern ist der Wohlfahrtsstaat natürlich ein ganz spezifischer, kein autoritärer, sondern einer, der durchaus Raum für Zivilgesellschaft lässt. Allerdings sind die Dimensionen, in denen in den skandinavischen Ländern die Zivilgesellschaft wirken soll, völlig anders gelagert. Hier muss man schauen, welche Förderstrategien wie wirken.

In den letzten 10 bis 15 Jahren wurde ein bestimmtes Repertoire an Instrumenten der Engagementförderung entwickelt: Netzwerke, Wettbewerbe und Preise. Wie diese wirken, weiß niemand. Dazu fehlt die unabhängige Evaluationsforschung. Wenn Bundesprogramme mit dem Geld desselben Akteurs evaluiert werden, der diese Projekte finanziert, ist es naheliegend, dass diese stets zu einem positiven Ergebnis gelangen. Wirklich kritische Fragen werden nicht aufgeworfen. Diese wären allerdings hilfreich für die Weiterentwicklung solcher Programme. An dieser Stelle muss man sich fragen: Was kann daraus gelernt werden, dass seit 15 Jahren das Engagement älterer Menschen gefördert und immer die gleichen Gruppen mobilisiert werden? Was kann man daraus lernen, dass immer wieder diese oder

jene Instrumente angewendet werden, ohne dass sich in der Engagementquote wirklich etwas Dramatisches verändert?

Nach drei Wellen des Freiwilligensurveys kann man eines sagen: Interessant ist nicht die Dynamik, sondern die Stabilität. Es gibt allerdings einen interessanten Befund, der demografisch wiederum hochsignifikant ist: Das eigentliche Wachstumspotenzial des Engagements liegt im Bereich der Ergrauung der Gesellschaft. Bei den jungen Alten zwischen 60 und 75 Jahren ist gegenüber früheren Generationen von älteren Menschen ein erhebliches Anwachsen des Engagements zu verzeichnen. Zudem nimmt diese Bevölkerungsgruppe auch noch relativ zu anderen zu, was einen doppelten Wachstumseffekt zur Folge hat. Sie nehmen quantitativ und qualitativ zu und engagieren sich stärker als früher. Dies hat allerdings eine Kehrseite. Bei den jüngeren Menschen ist dadurch die Obergrenze erreicht. Die Anzahl der Jungen, die sich engagieren, geht zurück. Der relative und absolute Anteil an der Bevölkerung geht zurück. Und dies bedeutet, dass sich all die Engagementbereiche, in denen momentan demografisch bedingt gewonnen wird, auf das Engagement im Wohlfahrtsbereich in großen Organisationen oder in Kirchen konzentrieren. Dies sind die Wachstumsbereiche, die durch diese demografische Entwicklung forciert werden.

unerlässlich. Stiftungen sind enorm wichtig, da sie relativ unabhängig operieren können. Staatliche Finanzierung von Engagementforschung macht abhängig.

5. Vernetzung steht im Mittelpunkt. Insofern ist es wichtig, dass sich die zum Teil als Einzelgänger sozialisierten Hochschulprofessoren und -professorinnen, die sich dem Thema schon seit 25 Jahren widmen, vernetzen, dass sie untereinander Synergien erzeugen mit den Möglichkeiten, die sie haben. Denn als Einzelkämpfer werden sie untergehen. Es muss eine Verankerung der Engagementforschung in den Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten stattfinden.
6. Es müssen persönlich Anträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft formuliert werden. Dafür muss sich schlicht und einfach zusammengetan und kooperiert werden.
7. Auch die anwendungsorientierte Forschung durch Ministerien und zivilgesellschaftliche Organisationen muss fortgesetzt werden. Ihre hohe Relevanz liegt in der Bindung der Institutionen, die diese an das Thema darstellt. Benötigt werden Koordinierungsstellen als Knoten in den Netzwerken, an denen Daten und Informationen gesammelt werden, wo Vernetzung ihren Raum erhält. Vernetzung muss über einen Ort verfügen, damit die verschiedenen, verstreuten Aktivitäten verknüpft werden können.

Resümee

1. Auf der einen Seite muss die Dauerberichterstattung zu freiwilligem Engagement und zu Zivilgesellschaft auf Mikro-, Meso- und Makroebene entwickelt werden. Diese existiert bislang nur lückenhaft. Bei dieser wichtigen Aufgabe bedarf es Sauberkeit, Transparenz und Bescheidenheit dahingehend, was damit gemessen wird. Mit diesen statistischen Instrumenten werden keineswegs unbedingt Zivilität und Zivilgesellschaft, sondern zum Teil sehr begrenzte Aspekte und Dimensionen dieses Bereichs gemessen.
2. Auch in Zukunft ist die Förderung unterschiedlicher disziplinärer Zugänge und Forschungsdesigns notwendig. Es ist nicht die Stunde der Dominanz einer Disziplin. Weder die Soziologie noch die Betriebswirtschaft oder die Psychologie dürfen eine Vorreiterrolle einnehmen, sondern es muss eine interdisziplinäre Ausrichtung möglich sein, wobei interdisziplinär hier bedeutet, dass die Disziplinen mit ihren Ergebnissen aufeinander zugehen.
3. Der Aufbau eines Berichtssystems und der Einbezug des Mikrozensus werden benötigt, zudem müssen Indikatoren für die amtliche Statistik entwickelt werden.
4. Die Verankerung der Engagementforschung auch in der Wissenschaftsförderung von Stiftungen ist

Eine Agenda der Engagementforschung

Vorbemerkung

Die folgenden Thesen signalisieren ein hohes Maß an Übereinstimmung mit dem einführenden Grundlagen-vortrag von Thomas Olk. In der Einschätzung, dass eine intensivere definitorische Debatte nottut, Interdisziplinarität das Grundmerkmal der Engagementforschung sein sollte und damit Forschungsstränge, die bisher aus Erkenntnisinteressen weniger Einzeldisziplinen heraus entwickelt wurden, aufeinander bezogen werden müssen, stimmen wir völlig überein. Auch unser Verständnis von Engagement als „sozialer Investition von Zeit“ geht von einem engen Bezug zur demokratischen Öffentlichkeit, von Legitimitätsfiltern zur Abgrenzung von privatnützigem Handeln sowie von einer Denkweise aus, die sektorübergreifend angelegt ist. Engagement ist deshalb nicht nur als Beitrag zur Erbringung von Dienstleistungen in einer quasi-marktlichen Logik zu analysieren, sondern auch in seiner Relevanz für die anderen gesellschaftlichen Funktionsbereiche wie etwa soziale Kohäsion und Sozialkapitalbildung sowie gesellschaftliche Integration, demokratische Partizipation, aber auch Entwicklung von Wertesystemen und Humankapital zu verstehen. Aus diesem Verständnis heraus lassen sich auch Forschungsfragen nach der normativen (zivilen) Einordnung von Engagement und nach negativen Auswirkungen bzw. Grenzen von Engagement stellen. Schließlich unterstreichen wir wie Thomas Olk, dass Engagementforschung einem Mehrebenenansatz folgen muss und dabei die Grundlage der Dauerbeobachtung in Freiwilligensurvey und anderen Erhebungsinstrumenten (mit einer Vertiefung auf der Meso- und Mikroebene) unverzichtbar ist. Wichtig für die Zukunft der Engagementforschung ist die Förderung von Grundlagenforschung anstelle unmittelbar anwendungsorientierter bzw. evaluierender Fragestellungen aus dem Kontext politischer Programme heraus, auf der bisher ein Schwerpunkt lag.

Sieben Thesen zur Entwicklung der Engagementforschung

- 1) Die Engagementforschung muss in ihren Ansätzen Makro-, Meso- und Mikrovorgehensweisen umfassen. Wir schlagen aus CSI-Perspektive für eine Vertiefung der definitorischen Anstrengungen den Leitbegriff der sozialen Investition von Zeit vor. Dieser Begriff beruht auf der freiwilligen, unterschiedlich verbindlichen Bereitstellung von Gemeinwohlbeiträgen durch private Akteure (natürliche und juristische Personen). Der Gemeinwohlbeitrag muss Legitimitätsanforderungen auf unterschiedlichen Ebenen standhalten. Gemeinnützigkeit ist eine hinreichende Bedingung für solche Gemeinwohlbeiträge, aber nicht die einzige – sie beschreibt vielmehr eine Teilmenge besonders (rechts-)verbindlicher sozialer Investitionen. Unabhängig von unserer eigenen Begriffspräferenz braucht das Forschungsfeld eine Auseinandersetzung und Verständigung um seine Begrifflichkeit, allein schon, um für empirische Ansätze ein höheres Maß an Vergleichbarkeit zu erreichen.
- 2) Wir plädieren dafür, die Engagementforschung auf der Makroebene in den nächsten Jahren verstärkt an einer Betrachtung im Sinne von „Angebot“ und „Nachfrage“ auszurichten. Wir meinen damit, dass in einzelnen Handlungsfeldern die Engagementbeteiligung an der Erledigung von Gemeinwohlaufgaben (Nachfrage in der Gesellschaft nach Engagement) in Beziehung zum Angebot (Motivation und Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Engagement) analysiert werden sollte. Für jede gesellschaftliche Funktion und jedes Handlungsfeld bedarf es dazu einer Analyse des Leistungs-Mixes, d.h. der Leistungsanteile von informellem, formell-engagiertem und professionellem Handeln, sowie der entsprechenden Organisationsformen aus den

jeweiligen Sektoren. Was für den Wohlfahrtssektor bereits als „Welfare Mix“ diskutiert wird, kann für politische Advocacy dann der „Participation Mix“ oder für die Gesellschaft der „Integration Mix“ sein.

- 3) Wir plädieren für eine differenzierte Betrachtung nach gesellschaftlichen Funktionen und Handlungsfeldern sowie den in diesen Kontexten tätigen Organisationen: Soziale Investitionen von Zeit werden in allen vier gesellschaftlichen „Funktionssystemen“ geleistet: Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur. Wir sollten damit einer Fixierung der Engagementforschung auf Dienstleistungsbeiträge entgegenreten. Ob Engagement als Beitrag zu einer wirtschaftlichen (Dienstleistungen z.B. in Pflege, Betreuung, Bildung, Erziehung), politischen (Partizipation, Advocacy, Interessenvertretung), gesellschaftlichen (soziale Integration, Sozialkapitalbildung) oder kulturellen (Weitergabe von Werten, kirchliches Leben, Glaubensbezug,...) Funktion von Gesellschaft gesehen wird, entscheidet darüber, in welchen Organisationsformen, mit welchen erwartbaren Erträgen und mit welchen Tradeoffs es stattfindet. Jeweils unterschiedliche Abgrenzungen zum informellen Handeln in der Familie oder Nachbarschaft, zum Handeln im Rahmen von Märkten (z.B. Erwerbsarbeit), oder zum politischen Handeln (als Teilhabe am repräsentativen demokratischen System) werden dabei relevant. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, interdisziplinäre Ansätze über die jeweils nächstgelegene Disziplin hinaus zu verfolgen.
- 4) Auf der Mikroebene lohnt es sich, in Anlehnung an vereinzelt schon praktizierte Ansätze nicht ausschließlich die Motivation, Anerkennung und Qualifizierung tatsächlich engagierter Menschen zu untersuchen, sondern (etwa wie Samuel Shye, der dies für Israel realisiert hat) die Rolle von Engagement im Rahmen der individuellen Lebensfunktionen zu betrachten. Eingebettet in einen Lebensqualitätsansatz untersuchen solche Vorgehensweisen, welchen Stellenwert Engagement für die einzelnen Lebensfunktionen des Individuums hat. Dabei werden nicht ausschließlich Engagierte analysiert, sondern es wird nach den Faktoren gefragt, die Lebenszufriedenheit und Lebensqualität beeinflussen, um dann wiederum Engagement in diese Matrix aus Subsystemen des Lebensvollzugs und Ausdrucksformen der Persönlichkeit einzuordnen. In dieser Hinsicht kann die Engagementforschung weiter von der Sozialpsychologie lernen. Dabei wird auch die dynamische Verlaufsforschung von Engagement gestärkt werden müssen.
- 5) Unsere Forschungsinteressen können nicht auf die Fortsetzung und ggf. Weiterentwicklung von Instrumenten der Dauerbeobachtung (Freiwilligensurvey, aber auch internationale Instrumente wie ESS, EVS, SHARE etc.) verzichten. Diese müssen daher forschungsstrategisch gesichert und ausgebaut werden. Aus unseren Forschungsinteressen heraus gehört dazu auch die ergänzende Entwicklung eines Instrumentariums, welches das Verhältnis des informellen Handelns zum organisierten Engagement intensiver erhellen hilft.
- 6) Aus den vorgeschlagenen Perspektiven ergibt sich ein Interesse an den Grenzen des bürgerschaftlichen, freiwilligen Engagements, also an negativen Tradeoffs unterschiedlicher Art. Diese sind denkbar für das informelle Handeln in der Familie, aber auch für Arbeitsleben und Produktivität oder repräsentative Demokratie und ihre Notwendigkeit der Beteiligung. Dieses Vorgehen schärft auch den Blick für die Entwicklung der „alten“ Institutionen der Sozialkapitalbildung, Beteiligung und des Engagements insgesamt, wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und traditionelles Vereinsleben.
- 7) Solche weniger normativ belasteten Forschungsfragestellungen führen zu einem Engagementverständnis, das nicht ausschließlich altruistische Motive und Handlungsmuster kennt, sondern in einer Balance von Eigennutz und Gemeinwohl denkt und Engagement auch dann würdigt, wenn es in gemischten Motivlagen und mit gemischten „Erträgen“ (social returns und private returns) auftritt. Organisational folgt daraus ein verstärktes Forschungsinteresse an Hybridorganisationen und einer Weiterentwicklung von Ansätzen der Wirkungsforschung (etwa des SROI-Social Return on Investment-Ansatzes).

Bedarfe einer künftigen Engagementforschung aus Sicht des Teams des Freiwilligensurveys

1. Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft

Verfolgt man die Diskussion um die Zivilgesellschaft und die dabei verwendeten Begriffe (Freiwilliges Engagement, Dritter Sektor oder Soziales Kapital), fällt auf, dass diese auch heute oft nebeneinander verwendet werden. Ziel sollte es jedoch sein, durch Integration dieser Begriffe eine einheitliche und empirisch anwendbare Theorie der Zivilgesellschaft zu schaffen. Dafür liegt ein Vorschlag des Projektleiters des Freiwilligensurveys vor.¹ Zivilgesellschaft bzw. das Zivilgesellschaftliche wird zuallererst als *Qualitätsbegriff* definiert, daraus abgeleitet als Strukturbegriff (Dritter Sektor), Handlungsbegriff (öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement) und als Nutzenbegriff (öffentliches soziales Kapital). Kern einer mitbürgerlichen Gesellschaft ist die öffentliche Beteiligung und das freiwillige Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, die ihr Dasein als privater Mensch in Richtung eines öffentlichen Menschen erweitern (Schaffung von öffentlichem sozialem Kapital). Vorrangiges Ziel der Engagementforschung ist es, die mitbürgerliche Qualität einer Gesellschaft sichtbar zu machen und durch qualifizierte Beobachtungen und Empfehlungen zu unterstützen. Als organisatorische und materielle Grundlage für die Zivilgesellschaft dienen bevorzugt jene Teile des Dritten Sektors, die qualifizierenden Kriterien der mitbürgerlichen Gesellschaft gerecht werden bzw. zur Mitbürgerlichkeit beitragen (durch öffentliche Transparenz und Allzugänglichkeit, Gemeinwohlorientierung, Kooperation, Toleranz und Mitbestimmung), sprich ein Mindestmaß an demokratischer Kultur aufweisen.² Mitbürgerliches Verhalten und eine entsprechende humane und partizipative Kultur sind allerdings auch außerhalb des Dritten Sektors in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert.

2. Etablierung und bessere Nutzung des Freiwilligensurveys im Interesse einer kontinuierlichen Beschreibung der Zivilgesellschaft

Der Freiwilligensurvey basiert auf sehr großen, bundesweit repräsentativen und regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen und zeichnete bisher für 1999 und 2004 ein umfassendes, detailliertes und empirisch verlässliches Bild der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik. Das gilt zumindest, soweit das auf Basis standardisierter Großbefragungen möglich ist. Eine Besonderheit des Surveys ist (neben seiner Stichprobengröße und seiner aufwändigen Erfassung des Engagements) seine große Bandbreite an qualifizierenden Indikatoren über das freiwillige Engagement und dessen Umfeld. Motive, Tätigkeitsformen, Anforderungen, zeitliche, organisatorische und materielle Engagementstrukturen, Verbesserungswünsche der Engagierten bezüglich ihrer Rahmenbedingungen kommen ebenso in den Blick wie viele Umfeldindikatoren, in die das Engagement eingebettet ist (Werte, Einstellungen, ideologische und soziale Bindungen, Zeitregime, informelle Unterstützungen usw.). Dieses Konzept führt weit über die Untersuchung von in anderen nationalen wie internationalen Befragungen lediglich zur Verfügung stehender zivilgesellschaftlicher Beteiligungsquoten hinaus. Der Berichterstattung zum Freiwilligensurvey 2009 wird ein breiteres Konzept der Zivilgesellschaft zugrunde liegen als bisher. Das gilt sowohl für die Erstberichterstattung als auch für die Länderberichterstattung und in ersten Anfängen für eine kommunale Sichtweise. In Aussicht steht und wünschenswert ist eine wesentlich intensivere Nachnutzung des Surveys auch nach der Erstberichterstattung als bisher.

3. Künftiger Forschungsbedarf I : Bessere Erfassung von Regionen und Kommunen sowie spezieller Bevölkerungsgruppen (Migranten)

Der Freiwilligensurvey ist mit zuletzt 20.000 Befragten eine der größten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen

in Deutschland. Der Stichprobenumfang wurde 2009 dank des zusätzlichen Engagements des Bundes, der Bertelsmann Stiftung und des Generali Zukunftsfonds deutlich erhöht.³ Kleinräumige Analysen sind trotz des enormen Stichprobenumfangs teilweise immer noch nur eingeschränkt möglich, z.B. für Regionen unterhalb der Länderebene und kleinere Engagementbereiche. Insofern wäre eine weitere regionale Stichprobenerhöhung wünschenswert. Berlin und das Saarland sind durch Aufstockung ihrer Stichproben hierbei vorangegangen, der Bund durch Finanzierung ausreichender Mindeststichproben im Saarland und in Bremen. Darüber hinaus hat mit dem 3. Freiwilligensurvey eine Erweiterung auf die kommunale Ebene begonnen. Der Landkreis Offenbach und die Stadt Augsburg haben eigene Stichproben und Datenauswertungen beauftragt. Das zeigt, dass das Konzept auch auf diese Ebene angewendet werden kann, wie es ja auch bei den Stadtstaaten schon bisher geschehen ist. Auf kommunaler Ebene steht einem großen Interesse allerdings das Problem der Finanzierbarkeit entgegen.

Ein bereits seit langem diskutiertes Thema ist die bessere Erfassung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Analysen auf Basis des 2. Freiwilligensurveys haben gezeigt, dass mit einem deutschsprachigen Instrument und ohne besondere Stichprobenanlage eine repräsentative Abbildung (zumindest der wichtigsten) Migrantengruppen nicht zufriedenstellend gelingt.⁴ Um diesen Forschungsrückstand zu beheben, ist die Konzeption eines Migranten-Freiwilligensurveys erforderlich. Der zusätzliche Arbeitsaufwand umfasst im Wesentlichen die inhaltliche Anpassung des Fragebogens hinsichtlich migrantenspezifischer Fragestellungen und Problemlagen, die anschließende Erstellung bzw. Übersetzung der Fragebögen in die entsprechenden Zielsprachen und die Auswahl und Realisierung eines geeigneten und praktikablen Stichprobenansatzes.⁵ Auch hier stellt sich allerdings die Frage der Finanzierung.

4. Künftiger Forschungsbedarf II: Organisationsbefragung (in Ergänzung zur Einschätzung der Engagierten)

Basis des Freiwilligensurveys sind bevölkerungsrepräsentative Interviews, die in erster Linie die Beschreibung der Zivilgesellschaft im Ganzen und ihren thematischen Teilbereichen zum Ziel haben. Dazu wird das gesellschaftliche Klima bezüglich des Engagements erfasst (Potenzial) sowie dessen Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext. Das vorrangig personenbezogene Erhebungsinstrument liefert zwar auch Informationen zu den Organisationen, in denen Engagierte ihre freiwillige Tätigkeit ausüben (z. B. Organisationsform, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Vorhandensein von Ansprechpartnern,

Weiterbildungs- und Lernmöglichkeiten, detaillierte Zielgruppen, Kostenerstattung, Vergütungen, Überschneidungen zum Arbeitsmarkt usw.). Auch sind Informationen bezüglich des Zeitregimes des Engagements und der Tätigkeitsdauer vorhanden. Diese Informationen beleuchten das Thema aber stets aus Sicht der Engagierten und nicht aus Sicht der Organisationen bzw. der Hauptamtlichen, soweit vorhanden. Von Seiten der Dritte-Sektor-Forschung wird deshalb immer wieder die Forderung nach umfassenden Organisationsbefragungen erhoben. Zum anderen fehlt eine über die verschiedenen Bereiche des Engagements und die Organisationstypen hinweg vergleichbare und transparente Statistik über Einnahmen und Ausgaben, Beschäftigung usw., insgesamt also sozusagen das „objektive“ Gegenbild zum Abgleich mit den „subjektiven“ Angaben der Engagierten.

5. Künftiger Forschungsbedarf III: Qualitative Studien zum freiwilligen Engagement

Der Freiwilligensurvey verwendet ein standardisiertes Erhebungsinstrument, um auf der Basis bevölkerungsrepräsentativer Befragungen verallgemeinerbare und vergleichbare Erkenntnisse zu gewinnen. Mehr individuelle bzw. unstandardisierte Informationen seitens der Befragten werden nur sehr begrenzt (etwa durch offene Fragen) erhoben. In Ergänzung zu quantitativen Forschungsansätzen mit Hilfe großer Standardbefragungen und deren qualitativer Vertiefung durch Spezialauswertungen können rein qualitative Studien deshalb ein geeignetes Instrument sein, um bestimmte Forschungsfelder inhaltlich differenzierter und vertiefend darzustellen sowie neue Forschungsfelder zu erschließen. Als Beispiele können die besondere Situation des freiwilligen Engagements in Ostdeutschland (speziell Motivlagen, Bedingungen und Entwicklungsperspektiven) sowie als neues Forschungsfeld das internetbasierte Engagement Jugendlicher genannt werden. Über letzteres wird derzeit im Rahmen einer Studie der Universität Dortmund im Forschungsverbund mit dem DJI geforscht. Das Team des FWS hat sich hier bereits unterstützend eingebracht. Ersteres wurde bereits in einer kombinierten Studie aus einer Auswertung des Freiwilligensurveys Ost und qualitativen Studien in Ostdeutschland durchgeführt (vgl. Gensicke/ Olk 2009 et. al.) und soll in Zukunft weiter verfolgt werden.

6. Künftiger Forschungsbedarf IV: Internationalisierung des Freiwilligensurveys

Deutschland verfügt mit dem Freiwilligensurvey über eine in Europa und der Welt einzigartige breite quantitative und qualitative Datengrundlage zum freiwilligen Engagement. International angelegten Studien, die prinzipiell Vergleichbarkeit ermöglichen (EUROVOL-Studie, ESS, World Value Survey), erfassen das freiwillige Engagement nach

einer anderen Systematik, für die man sich in Deutschland entschieden hat. Besonders irreführend war die EUROVOL-Studie, die in den 1990er Jahren behauptete, das freiwillige Engagement sei in Deutschland unterentwickelt, während der European Social Survey Deutschland und der World Value Survey in der Spitzengruppe nordwesteuropäischer Länder „mit einem hohen Niveau sozialer Partizipation“ sehen, ebenso mit wieder anderer Systematik das Eurobarometer.⁶ Dennoch lassen die verfügbaren Surveys eine einigermaßen ausreichende quantitative Einordnung der deutschen Zivilgesellschaft anhand von verschiedenen Beteiligungsquoten zu, so dass wir darüber relativ gut informiert sind. Was aber weitgehend fehlt, sind inhaltliche Vergleiche über die verschiedenen Länder hinweg, da alle großen Studien lediglich pauschale zivilgesellschaftliche Beteiligungsquoten erheben und der inhaltlichen Seite des Engagements kaum Raum widmen. Allerdings stellt sich auch hier wieder die Kostenfrage, weil ein Survey, der eine größere Anzahl an inhaltlichen Informationen über die Zivilgesellschaften wichtiger Länder lieferte, erhebliche Kosten erfordern würde. Im Rahmen einer Sonderstudie des Eurobarometers könnte man sich das am ehesten vorstellen, wobei ausreichende Stichprobengrößen nötig wären, da bei einem Anteil von einem Drittel Engagierten von 1.000 Befragten nur 330 inhaltliche Aussagen zum Engagement machen könnten.

Literatur

- Gensicke T./ Picot S./ Geiss S. 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Gensicke T./ Picot S./ Geiss S. 2006: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten, in „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden
- Gensicke T./ Olk T. et al. 2009: Freiwilliges Engagement in Ostdeutschland, Wiesbaden
- Gensicke T. 2010: Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft, Manuskript zur Veröffentlichung, München
- Gaskin K./ Smith J. D./ Paulwitz I. (Hrsg.) 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg
- Deth J. v. 2004: Soziale Partizipation. In: Deth J. v. (Hrsg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden

Anmerkungen

- 1 Wir verweisen auf das Manuskript von Thomas Gensicke mit dem Titel „Notwendigkeit einer integrierten Theorie für die Beschreibung der Zivilgesellschaft“.
- 2 Zur genauen Definition der Qualitätskriterien für den Dritten Sektors verweisen wir wiederum auf das zuvor zitierte Manuskript von Gensicke.
- 3 Die für Auswertungen auf Länderebene zur Verfügung stehenden Fallzahlen sind also bereits beachtlich (in jedem Bundesland, auch in den Stadtstaaten, über 1.000 Fälle).
- 4 Vgl. Geiss/Gensicke, 2006.
- 5 Wichtige Vorarbeiten hinsichtlich der Befragungen von Migranten wurden bereits im Rahmen des vom Zentrum für Türkeistudien durchgeführten Freiwilligensurveys unter türkeistämmigen Befragten in NRW geleistet, vgl. Sauer/Halm, 2005. Ferner können Erfahrungen einfließen, die seit vielen Jahren im SOEP (Sonderstichprobe Ausländer) sowie seit einigen Jahren bei speziellen Migrantenbefragungen gemacht wurden, vgl. „Repräsentativbefragung Ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland (RAM) - 2006/2007“, „Muslimisches Leben in Deutschland 2008“, beide im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und durchgeführt durch TNS Infratest Sozialforschung.
- 6 Vgl. Gaskin/ Smith/ Paulwitz 1996 sowie van Deth 2004.

Podium 1: Eine Agenda der Engagementforschung

Moderation:

Loring Sittler, Leiter des Generali Zukunftsfonds in Köln

Teilnehmer:

Dr. Volker Then, Direktor des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen in Heidelberg

Prof. Dr. Sebastian Braun, Leiter des Forschungszentrums für bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt Universität zu Berlin

Sabine Geiss, TNS Infratest Sozialforschung, Projektleiterin Familie und Bürgergesellschaft

Moderator Loring Sittler:

ich möchte die drei Inputgeber noch einmal bitten, das, was Herr Olk gesagt hat, zu ergänzen oder auch zu korrigieren. Danach wollen wir diskutieren.

Herr Then, Herr Braun und Frau Geiss sind hier. Frau Geiss: Möchten Sie beginnen und vielleicht die Chance nutzen, etwas zu den neuen Ergebnissen des Freiwilligen-Surveys zu sagen?

Sabine Geiss:

Vielen Dank für die Einladung. Ich will mich kurz vorstellen: Sabine Geiss, zusammen mit Thomas Gensicke bearbeite ich den dritten Freiwilligen-Survey bei TNS Infratest Sozialforschung. Herr Olk hat ihn ausführlich erwähnt.

Wir haben die Daten letztes Jahr erhoben. Wir verfügen mit dem Freiwilligen-Survey 2009 über eine Datenbasis, die zu den umfangreichsten im sozialwissenschaftlichen Bereich gehören. Wir haben diesmal 20.000 Menschen in Deutschland befragt und sind jetzt in der Berichterstattung. Unserem Auftraggeber, dem BMFSFJ, werden wir den Hauptbericht im Mai/Juni übergeben. Die Daten werden dann auch der Öffentlichkeit, bzw. den

Wissenschaften in Form des aktuellen Datensatzes zur Verfügung gestellt, so dass die Wissenschaft darauf zugreifen kann. Wir möchten alle interessierten Forscher ermuntern, den Datensatz noch mehr als bisher zu verwenden. Wir verfügen mit diesen 20.000 Interviews über eine Datentiefe, die beachtlich ist, und es gilt, die Datensätze zu heben.

Zu den Ergebnissen hat Herr Olk schon einiges gesagt. Das eigentlich interessante Ergebnis ist die Stabilität: Wir haben in Deutschland eine stabile Engagementquote von 36%. Die Stabilität ist zunächst einmal bezogen auf die Gesamtebene, auf alle Befragten über 14 Jahre bundesweit repräsentativ. Es gibt in den Untergruppen natürlich auch unterschiedliche Entwicklungen. Wir haben immer noch einen beachtlichen Zuwachs bei den älteren Befragten im Engagement, aber auch in der Bereitschaft, sich vielleicht zukünftig zu engagieren. Wir haben ein relativ stabiles Engagement bei den Jugendlichen mit leicht zurückgehender Tendenz. Das sehen wir etwas mit Sorge. Eine Sonderauswertung für das Jahr 2009 wäre wünschenswert, um die Entwicklungen dort besser erklären zu können, zu hinterfragen und besser abschätzen zu können, in welchen Bereichen sich innerhalb der Jugendlichen Verschiebungen ergeben haben. Wir haben im Jahr 2004 gesehen, dass die Schichtabhängigkeit im jugendlichen Engagement sehr stark ausgeprägt ist. Wir müssen sehen, wie sich das entwickelt. Das sind spannende Fragen, die es zu beantworten gilt. Wir werden unseren Teil dazu beitragen. Ab Juni steht der Datensatz zur Verfügung und wir werden dann weiter sehen.

Loring Sittler:

Können Sie noch kurz etwas zu dem von Herrn Olk angesprochenen Wertewandel sagen? Gibt es eine Verschiebung bei den Motiven für das Engagement?

Sabine Geiss:

Wir haben die Motive in drei Cluster aufgeteilt. Wenn wir von den Verschiebungen der Motive reden, dann reden wir von Tendenzen, die sich stärker heraus bilden. So ist es momentan im Bereich gemeinwohlorientierten Engagements. Ich will hinzu fügen, dass sich ein Engagierter nicht ausschließlich engagiert, weil er gemeinwohlbezogen denkt oder handelt, sondern es handelt sich immer um ein Motivbündel. Da sind wir uns auch alle einig. Es nehmen diejenigen zu, die sich aus maßgeblich gemeinwohlorientierten Gründen engagieren wollen und zwar nicht nur bei den Älteren, die sowieso sehr stark gemeinwohlorientiert sind, sondern auch bei den Jüngeren. Dort ist das interessenorientierte Engagement, das wir als legitim betrachten, wie wir wissen, von Anfang an sehr ausgeprägt und ist es immer noch. Allerdings ist es stabil mit der Tendenz, etwas schwächer zu werden. Stark zurück geht das auf Geselligkeit ausgerichtete Motiv. Wobei wir diskutiert haben, ob es da nicht eine gewisse Verlagerung in der Wahrnehmung gibt. Was früher als Geselligkeit bezeichnet wurde, wird heute vielleicht öfters als gemeinwohlorientiertes Engagement angesehen, weil man sich gesellt und z. B. zur Integration beiträgt.

Loring Sittler:

Herr Dr. Then, Ihre Chance noch einmal nachzufassen.

Volker Then:

Auch wenn es der Debatte vielleicht gut täte, wenn wir uns streiten würden, gibt es dazu keinen Anlass. Es gibt ein hohes Maß an Übereinstimmung. Ich habe zunächst einmal Anlass, Herrn Olk für seine Ausführungen zu danken. Ich möchte den Versuch einer Vertiefung und Konkretisierung unternehmen, der aber keineswegs eine Distanz oder fehlende Übereinstimmung auf grundsätzlicher Ebene mit Herrn Olk bedeutet. Wir arbeiten am CSI der Universität Heidelberg mit dem Leitbegriff der „Sozialen Investition“. Dabei gehen wir ganz exakt von den von Ihnen genannten operationalen Definitionsgrundlagen aus, interessieren uns allerdings ganz besonders für die Frage des Gemeinschaftlichen und des Öffentlichen und des öffentlich und gemeinschaftlich zum Ausdruck gebrachten Gemeinwohlbezuges. Denn das sind am Ende in der genauen Operationalisierung Kriterien, die es uns erlauben, Abstufungen von sozialen Investitionen zu tätigen oder zu kategorisieren, die nicht nur den rechtlichen Begriff der Gemeinnützigkeit als Grundlage haben, die nicht nur das eng geführte Verständnis von Engagement umfassen, sondern die uns erlauben, diese Hybridbereiche an den Grenzen der Sektorlogiken präziser zu bestimmen. Wir können dann differenzieren, von welchen Formen von Gemeinwohlbeiträgen wir reden und welche Legitimitätsanforderungen an das, was als Gemeinwohlbeitrag gilt, gestellt

werden müssen, um es von z. B. wirtschaftlichen Investitionen oder von formalen Beiträgen zum politischen System abzugrenzen.

Wir brauchen die Arbeit auf allen drei Ebenen, die Fortsetzung der wenigen bestehenden Instrumente der Dauerbeobachtung, namentlich des Freiwilligen-Surveys. Im Sinne der Differenzierung interessiert uns v. a. der Blick auf die einzelnen Handlungsfelder. Wenn wir über den Wohlfahrtssektor, das soziale Engagement, den Welfare-Mix reden, also davon, dass man dort schon genauer untersucht, in welchem Verhältnis öffentliche Beiträge, formal organisiertes Engagement und individuelle Netzwerkhilfe zur Gesamtaufgabensstellung beitragen, dann fehlt eine ähnlich differenzierte Auseinandersetzung und Analyse noch bei den anderen Handlungsfeldern. Herr Olk hat das am Schluss unter den Stichworten Governance und Integration betont. Man stelle sich vor, dass die Forschungsrichtung in ein paar Jahren neben dem welfare-, auch einen participation- und einen integration-mix bestimmt und auf diese Weise im politischen, im sozialen oder im kulturellen Bereich identifizieren kann, welchen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung formales Engagement und welchen Beitrag informelle Netzwerke/öffentliches Handeln leisten. Wenn wir das weiter treiben, wird es darauf hinaus laufen, dass wir sehr viel tiefer gehende Untersuchungen in den einzelnen Handlungsfeldern des Engagements machen.

Wir haben in einem Forschungsprojekt (mit Förderung der Generali Deutschland AG) eine solche Unterscheidung nach Handlungsfeldern getroffen und einzelne Aspekte etwa in den Bereichen Engagement/ Arbeitsmarkt, Migration/ Integration, Engagement/ Bildung, Engagement/ soziale Aufgaben und Lebensbewältigung/ Pflege thematisiert. Dass mit jeder dieser Logiken und Feldern auch unterschiedliche Kombinationen der interdisziplinären Zusammenarbeit verbunden sind, möchte ich als Nebenertrag erwähnen. Ganz gezielt wird jedes dieser Handlungsfelder nach wie vor und auch von bestimmten Disziplinen untersucht. Es bestehen jedoch Chancen, die Brücken intensiver zu schlagen. Wenn wir uns auf der Mikro-Ebene der Handlungen, der Motive, der Lebensperspektiven die Sache näher ansehen, dann lohnt es vielleicht, einmal in eine Richtung zu denken, die in der internationalen Lebenszufriedenheitsforschung (etwa von Kollegen wie Samuel Shye in Israel) aufgegriffen worden ist, nämlich nicht nur die Engagierten nach ihrer Befindlichkeit zu befragen, sondern repräsentative Bevölkerungserhebungen zu Details des Lebensvollzugs und der Lebensfunktion des Individuums zu machen und dann einzuordnen, welche Identitätsmuster mit Engagierten korrelieren und welche nicht. Es werden also nicht nur diejenigen in den Erhebungen in den Mittelpunkt gestellt, die schon als engagiert identifiziert sind, sondern bewusst auch die anderen.

Auch in der Frage der Langfristbeobachtung und der Berichterstattung können wir nur betonen, dass die Panels zu vertiefenden Einzelaspekten und zu Mikrofragen sehr lohnende Erweiterungen sind. Das ist absolut keine Kritik und keine Distanz zum Freiwilligen-Survey, sondern die Notwendigkeit einer Ergänzung, weil der Freiwilligen-Survey nur das große Bild zeichnet. Notwendigerweise kann er nicht um lange Batterien weiterer Fragen erweitert werden und nicht das ganze Bild zeichnen.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Olk, dass sie auch die Frage der negativen Trade-Offs angesprochen haben, also die Tatsache, dass es negative Folgen nicht nur von Netzwerken, die den Kriterien der Zivilität nicht entsprechen, geben kann, sondern dass durchaus auch negative Trade-Offs vom Engagement her vorstellbar sind. Wenn wir uns ein ungebremses Wachstum von Engagement vorstellen, wie es gelegentlich normativ wünschenswert erscheint, muss irgendwann die Frage auftreten, ob das in den Zeitbudgets und dem Lebensvollzug der Menschen zu Defiziten an anderer Stelle kommt, etwa im Familienzusammenleben, in bestimmten informellen Kontexten, in der formalen politischen Partizipation, in Fragen der Arbeitsproduktivität und des Arbeitslebens. Das Zeitbudget der Menschen ist konstant. Wenn wir unterstellten, dass Engagement deutlich wachsen würde, wie es gelegentlich wünschenswert erscheint, müssen wir auch die Frage stellen, zu welchen Folgen dies in den Beiträgen der Individuen zu anderen gesellschaftlichen Handlungszusammenhängen führt. Vielleicht ist dafür negativer Trade-Off ein zu scharfer Begriff? Aber wenn jemand in der informellen Pflege von Familienangehörigen gerade außerordentlich belastet ist, sollten wir nicht die Illusion hegen, dass wir diese Leute auch noch zu einem sehr viel engagierteren formellen Beitrag gewinnen können. Das ist eine Frage biografischer Verläufe. Oder wenn jemand sehr engagiert im formalen politischen System und in Wahlämtern ist, ist vielleicht gleichzeitig sein Beitrag an organisierten zivilgesellschaftlichen Netzwerken, den wir zusätzlich erwarten können, begrenzt. Wir benötigen einen erweiterten Blick dafür, dass es zwischen dem formalen politischen System, dem wirtschaftlichen Handeln und dem organisierten Engagement und dann auch den informellen Netzwerkhilfen Trade-Offs geben kann.

Abschließend ein Statement der Zustimmung. Wenn wir Fragen der Wirkungsmessung, die in unserer Forschung am Institut eine wesentliche Rolle spielen, deutlicher in den Mittelpunkt rücken (dort gibt es sicherlich noch erheblichen konzeptionellen Entwicklungsbedarf) und wenn wir vom viel diskutierten Instrument des „social return on investment“ ausgehen, dann müssen insbesondere die sozialen Erträge wesentlich differenzierter ausgearbeitet werden, als dies bisher der Fall war. Für uns ist dabei besonders wichtig, dass dieses Instrument

nicht in dem Missverständnis gehandhabt wird, v. a. das zu messen, was monetarisierbar und quantifizierbar ist, sondern auch die Kriterien zu schärfen und zuzuspitzen, die mit Sicherheit nicht monetarisierbar, teilweise aber noch quantifizierbar sind. Das sind insbesondere die sozialen und kulturellen Kriterien, aber es ist auch die Unterscheidung, dass es auf die Qualität bei Engagementbeiträgen ankommt.

Es macht einen riesigen Unterschied, ob wir uns in einem Dienstleistungskontext, zu dem Engagement eigene Beiträge leistet, oder in einem politischen Partizipations-, in einem sozialen Integrations- oder einem kulturellen Wertetranferzusammenhang bewegen. Dafür werden die jeweiligen Kategoriebildungen in dem Instrument des social return on investment sehr unterschiedlich aussehen, selbst wenn wir den Begriff beibehalten sollten. Ich möchte betont darauf hinweisen, dass dabei eben nicht der Monetarisierung und Ökonomisierung des Sozialen das Wort geredet wird. Für unsere Perspektive auf diese Wirkungsforschung, die ich lieber so bezeichnen will anstatt als Evaluation oder als eine Rechnung des social return on investment, kommt es sehr darauf an, dass die Differenzierungen, die wir im Zugang zum freiwilligen Engagement einführen, dort auch angemessen abgebildet werden. Selbstverständlich bedeutet es dann, wenn wir von unserem Leitbegriff der sozialen Investition ausgehen, dass wir diese Wirkungsmessung im Zusammenhang von zeitlichen und finanziellen Beiträgen sehen. Wir brauchen also eine gemeinsame Kategoriebildung, die in der Lage ist, Beiträge in Spenden-, in Stiftungsform, aber auch in zeitlicher Form und in Form von know-how und persönlichen Kompetenzen gleichermaßen zu fassen und in gemeinsamen Kategorien abzubilden. Insofern nicht nur intensive Unterstützung der Ausführungen von Herrn Olk, sondern auch die Hoffnung, dass wir einige Aspekte der Forschungsagenda noch deutlicher akzentuieren.

Sebastian Braun:

Ich kann mich zunächst nur Herrn Then anschließen. Ich versuche mit ein paar Begriffen, ihn zu ergänzen. Was mir als erstes in der Engagementforschung der letzten zehn bis elf Jahre auffällt, ist die Tatsache einer dauerhaften Sorge, dass der Forschungsstand so defizitär sei. Da stelle ich immer die Gegenfrage, welche Disziplin, welches Forschungsgebiet ist denn soviel besser erforscht, dass man den Maßstab ansetzen könnte, dass es hier so defizitär sei. Wenn ich das mit der Vielzahl an Veröffentlichungen und Arbeiten vergleiche, die in den letzten Jahren in dem Bereich des bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen oder freiwilligen Engagements erschienen sind, finde ich es beachtenswert, wie die Engagementforschung vorangekommen ist. Damit verbindet sich eine zweite Wahrnehmungsproblematik. Sie ist die Kehrseite der Enquete-Kommission. Der Bericht

ist sehr gewinnbringend und gut und ein ganz wichtiges Fundament. Es steht viel Lesenswertes darin, was auch heute noch einmal so abgedruckt werden könnte. Die Kehrseite der Medaille ist, dass sich daraus so etwas wie ein Kern der Engagementforschung definiert hat, der aber Grenz-, Rand- und Querschnittsgebiete zu wenig erkennt. Diese Personen fehlen wahrscheinlich heute auch hier bzw. umgekehrt wissen sie wahrscheinlich nicht, dass es eine solche Forschungsrichtung gibt.

Das hat nichts mit einer Schwäche der Engagementforschung zu tun. Wir wissen aus vielen sozialwissenschaftlichen Subdisziplinen nicht, welche Schwerpunktgebiete sich heraus gebildet haben. Ob sie viele Forschungsschwerpunkte als Bürgerengagement oder Vereinleben etikettieren, sollte man dann der Forschungsperspektive überlassen. Das Feld derjenigen, die sich in einem weiten Sinne mit Bürgerengagement beschäftigen, ist gar nicht so schlecht bestellt. Es handelt sich aber um unterschiedliche Zugänge zum und Perspektiven auf das Phänomen. Das ist einmal der Blick derjenigen, die dem engen Kreis der Engagementforschung zuzurechnen sind. Wir haben - wie jedes andere Feld auch - das Problem der selektiven Wahrnehmung derjenigen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Ein Beispiel ist das Feld von Senioren und Engagement. Da sind in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen erschienen mit Namen, die aber vergleichsweise selten bei Tagungen zur Engagementforschung erscheinen. Das Feld, die Disziplin hat sich in den letzten zehn Jahren mit vielen interessanten Arbeiten zu Wort gemeldet.

Der zweite Aspekt, der immer wieder als Dauerproblem auftaucht, ist die Vermischung von Politik und Wissenschaft. Damit verbunden ist eine Normativierung des Engagements, ohne dass der normative Bezugsrahmen explizit wird. Ein Steuerungstheoretiker würde die Frage stellen, wie viel Engagement man eigentlich haben will. Er würde ein hohes Maß an Beteiligung als problematisch empfinden. Die negativen Beiträge, die möglicherweise aus Filz, Klüngel und sehr gut etablierten Netzwerken kommen, sind theoretisch nicht so gut aufgearbeitet worden wie potenzielle Vorteile von Sozialkapital für die Gesellschaft. In vielerlei Hinsicht werden sie gar nicht so richtig wahrgenommen. Nach wie vor dominiert ein positiver Sozialkapitalbegriff die Szenerie. Der ist der Maßstab, an dem Sozialkapital als Vertrauenskategorie, in Interaktionen und in der Hoffnung auf die spill-over-Effekte auf der Makroebene gemessen wird. Die Kehrseite der Medaille wird wenig diskutiert. Es gibt eine Vermengung zwischen Politik, Verband und Wissenschaft, die es der Wissenschaft nicht immer leicht macht, sich mit einem entnormierten Blick die Realität anzusehen und Aussagen und Thesen zu formulieren, die nicht dem political common sense entsprechen. Das macht es nicht leicht, eine offnere Diskussion zu führen.

Der dritte Aspekt, die Operationalisierung und das Problem der Theoriebildung, sind von Herrn Olk schon angesprochen worden. Das Problem der Theoriebildung ist auf ganz verschiedenen Ebenen verortet. Es gibt Theoriebildung in den einzelnen Fachdisziplinen, die man in der Engagementforschung nutzen kann. Zum Teil nutzen die auch Engagement, Vereine oder Partizipation als Indikatoren, um sich theoretische Modelle in der empirischen Wirklichkeit anzusehen. Sie operieren auch mit Begriffen wie zivilgesellschaftlichen Assoziationen. Das wird vergleichsweise wenig in die Engagementdebatte eingespielt. Aus umgekehrter Richtung, vom harten Kern der Engagementforschung her, bleibt wenig Luft, um theoretische Arbeit zu leisten. Das hat etwas mit Förderstrukturen zu tun. Es fehlen 5- bis 6-jährige Laufzeiten, die z.B. über die DFG finanziert werden, wo tatsächlich jenseits von politischen Diskussionen an einigen Themen aus dieser unglaublichen Vielfalt von Themen, die unter dem Zivilgesellschaftsbegriff zu finden sind, gearbeitet werden kann.

Eng damit verbunden ist noch ein viertes Defizit. Es gibt ein klassisches soziologisches System, wenn man akteurstheoretisch argumentiert. Wir betrachten den Engagierten jedoch immer nur in seinen Strukturen. Wir beschäftigen uns stark mit Fördermöglichkeiten, mit Hemmnissen, mit Infrastrukturbildung u. v. m. Dahinter steckt immer der Gedanke, dass einerseits Strukturen den potentiell Engagierten hemmen und andererseits die Struktur auch Möglichkeiten schaffen kann, dass sich Menschen engagieren. Das ist sicherlich auch politisch begründet in der Möglichkeit, überhaupt im Hinblick auf Engagement fördernd zu intervenieren. Was wir aber gar nicht sehen, ist die klassische andere Seite des soziologischen Akteursmodells. Dass die Engagierten selbst diejenigen sind, die die Strukturen konstruieren, in denen sie sich bewegen.

Wir sehen z. B. den Verein, der möglicherweise das Engagement von Jugendlichen hemmen mag, weil dort seit 40 Jahren Menschen im Vorstand sitzen, die angeblich keine Partizipation zulassen. Das ruft dann Diskussionen hervor, dass es so nicht geht usw. Das ist dann wieder der normative Anteil. Wir sehen dabei aber nicht, dass die Mitglieder selbst an der Konstruktion beteiligt sind, die irgendwann überindividuell wirkt. Dasselbe trifft auf Entbürokratisierungsdebatten zu. Wir sehen die Hemmnisse der Bürokratie, die das Engagement einengt und die Bereitschaft eher hemmen mag, aber wir sehen überhaupt nicht, dass die Akteure selbst diejenigen sind, die die entsprechenden Strukturen etablieren. Das ist der spannendere Teil der ganzen Diskussion. Wie entstehen Strukturen und warum sehen sie so aus, wie sie im Moment des empirischen Blicks sind? Es gibt nichts Gottgegebenes über den Engagierten, was von einer Instanz veränderbar ist, sondern sie haben sich selbst diese Strukturen geschaffen. Das hat

Gründe, Motive und Ursachen. An diesem zweiten Teil zu arbeiten, das Aggregat der Zivilgesellschaft auf die handelnden Akteure zurückzuführen, die das einmal über viele Jahre hinweg geschaffen haben, ist ein hoch spannender Teil, der jenseits der richtigen und detaillierteren Fragen insgesamt in der Forschungslandschaft noch fehlt. Dass nicht nur Strukturen Handeln prägen, sondern handelnde Akteure einmal diese Struktur geschaffen haben.

Loring Sittler:

So viele Gedanken sind jetzt da, dass man sie kaum bearbeiten kann. Deswegen möchte ich anregen, dass wir uns noch mal auf das Resümee von Prof. Olk konzentrieren und Sie als Publikum dazu auffordern, Stellung zu beziehen, wie Sie zu den einzelnen Vorschlägen stehen. Ich wiederhole die Vorschläge noch einmal:

1. Verankerung der Wissenschaftsförderung im Bereich Engagement bei Stiftungen, Unternehmen u. a.. Gibt es da Möglichkeiten, Vorstellungen und Bereitschaften, die man wecken kann?
2. Forschungsnetzwerke und Verbünde aufbauen. Gibt es Bereitschaft, solche übergreifenden Netzwerke zu fördern? Es wäre ja eine Vorbereitung von Forschung.
Die Verankerung an Universitäten und Hochschulen ist eine staatliche Aufgabe, die jetzt nicht diskutiert werden muss. Die Einrichtung von Forschungsprogrammen bei DFG, Stiftungen usw. wäre Aufgabe des jeweiligen Faches: Wie weit ist dort die Bereitschaft, möglicherweise auch gemeinsam Anträge zu stellen, die einzelne Institute gar nicht alleine stellen können, weil sie das Volumen sprengen würden? Dort ist eine Kooperation angesagt, die bisher unüblich war.
3. Weiterentwicklung anwendungsorientierter Forschung..
4. Die Etablierung von Koordinierungsstellen. Was gibt es dazu für Vorstellungen oder Vorschläge?

Georg Mildenberger:

Die Vorträge machen klar, dass wir uns nicht zu klein machen müssen und sagen können: Wir haben eine Menge erreicht und gelernt. Wir haben noch ein Defizit dabei, den Überblick zu bekommen, das, was wir schon haben, entsprechend einzusortieren, um genau bestimmen zu können, in welchen Bereichen eine systematische Forschung weiter laufen müsste. Ein Hinweis ist klar, die Dauerbeobachtung – aber wie genau sollen die Designs sein und was soll beobachtet werden? D.h. eigentlich müsste man nur auf Herrn Brauns Plädoyer zurückkommen und sagen: Was wir gerne hätten, ist etwas Zeit zum Nachdenken jenseits von einzelnen Projekten oder Schwerpunktthemen, um mal so etwas wie eine theoretische

Grundlegung zu schaffen, in deren Rahmen wir dann die Beiträge, die wir kennen, einsortieren können und sehen können, wo die Löcher liegen, wo muss es weiter gehen und wo gibt es auch auf der theoretischen Ebene Dissens. Wenn man es wissenschaftssoziologisch oder -theoretisch betrachtet, hat man das Gefühl (ich beziehe mich auf die Arbeit von Thomas Kuhn), dass die Engagementforschung in einer vorparadigmatischen Phase steht. Sie hat Teile eines Paradigmas entwickelt mit den Beiträgen der Enquete-Kommission, ist aber noch nicht vollständig genug. Eigentlich müssten wir versuchen, das Paradigma zu konstituieren. Das wäre zunächst die theoretische Arbeit, um dann aus dem Paradigma heraus zu entscheiden, in welchen Bereichen weiter geforscht werden muss. Wenn ich mich jetzt dann doch noch auf das Interesse von Herrn Sittler beziehe, würde es bedeuten, dass wir jenseits der Projektförderung etwas wie eine handlungs- oder ergebnislastete Forschung brauchen, die in Ruhe jenseits der politischen Alltagshektik nachdenken kann, wie es weiter geht.

Adalbert Evers:

Drei Punkte sind mir aufgefallen: Erstens, ich würde es vorziehen, von konkurrierenden und sich ablösenden Paradigmen zu sprechen. Es hat sich in allen Wissenschaftsbereichen erwiesen, dass der Versuch, alles unter das Dach eines Paradigmas zu bringen, oft vergeblich ist. Denken Sie einmal an das große Paradigma des Sozialkapitals. Wir haben seit langem mit dem Paradigma Zivilgesellschaft zu tun und zwar in einer Version, wo Zivilgesellschaft immer als Dritter Sektor definiert wird. Dass Zivilgesellschaft auch anders gedacht werden kann und sich das Paradigma verändert, hat Herr Olk dankenswerterweise gezeigt. Angesprochen wurde von ihm auch die Frage, auf welche Bereiche sich das Paradigma Engagement bezieht: Ist die Pflege der Großmutter und was sich in der Familie an Engagement so zeigt auch Teil dessen was man unter Engagement zusammenfassen sollte? Sozialkapital, Zivilgesellschaft, Engagement, alle diese Punkte sind umstritten und es stehen aus guten Gründen verschiedene Konzepte nebeneinander. Es wäre furchtbar, wenn es immer nur eine Deutung dieser Paradigmen gäbe.

Die zwei Punkte, die ich im Sinne einer Vertiefung hervorheben will, sind folgende: Erstens: Es gibt im Englischen das schöne Bild von der vertikalen und horizontalen Bestimmtheit des Engagements. Mit der horizontalen Bestimmtheit ist gemeint, wie die Kultur einer Gesellschaft und ihre Politik insgesamt das Engagement prägt. Wie haben deutsche Traditionen, deutsche politische und soziale Kultur Engagement geprägt? Mit der vertikalen Prägung ist gemeint, wie weit Engagement durch die Traditionen in einem ganz bestimmten Handlungs- oder Politikfeld beeinflusst wird, so dass es im Gesundheitsbereich anders ausbuchstabiert wird als

etwa im Kulturbereich. Ich finde, dass beide Prägungen in der Engagementdebatte noch nicht genügend wahrgenommen werden. Was die spezifische Ausformung von Engagement in bestimmten Lebens- und Politikbereichen angeht, haben wir etwa Bereiche, die nur ganz peripher von Engagement mitbestimmt werden. Wenn man etwa an die Arbeitsmarktförderung denkt, so ist dort das Wort Engagement eher ein Fremdwort. Im Gegensatz dazu ist Engagement beispielsweise aus den Debatten zur Stadterneuerung nicht mehr wegzudenken. Mit der Perspektive darauf, Aufgaben der Engagementforschung in den Dialog zu bringen, möchte ich die zu wenig genutzten Möglichkeiten unterstreichen, Dialoge zwischen wissenschaftlichen Vertretern aus verschiedenen Politikfeldern wie den oben genannten und denjenigen, die Engagementforschung nicht feldgebunden betreiben, zu organisieren.

Der dritte und letzte Punkt: Ich habe vor etwa 15 Jahren den Begriff des intermediären Bereichs mit geprägt. Kann man diesen Bereich genau abgrenzen? Nun, eine der angesprochenen Grenzen ist die zwischen formell und informell. Man könnte auch von dem Unterschied zwischen dem gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich sprechen. In diesem Übergangsbereich zwischen dem großen formellen zivilgesellschaftlichen Bereich und dem ganz engen privaten Bereich gibt es ein Feld vieler verschiedener communities. Ich benutze den englischen Begriff, weil das deutsche Wort Gemeinschaft oft immer noch von vielen als belastet empfunden wird. Nun, diese communities haben viele verschiedene Gesichter. Sie reichen von den „greedy communities“, die, wie einige islamistische Gruppen, ihre Mitglieder ganz und gar in Beschlag nehmen möchten, bis zu den sehr offenen Gemeinschaftsformen eines Stadtteils oder der christlichen Kirchen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es hier andere und spezifische Motivationen für Engagement gibt als die Motivationen, die sich aus der Mitgliedschaft in der großen politischen Gemeinschaft der deutschen Bürger ergeben. Wir bewegen uns in Hinblick auf Engagementformen und –motivationen also hier auf der Ebene von Nachbarschaften, religiös inspirierten Gemeinschaften und ähnlichem in einem Zwischenfeld, wo Engagement nicht in erster Linie „bürgerschaftlich“ motiviert ist. Engagementforschung in Deutschland thematisiert diese Bezüge zwischen Gemeinschaft und Engagement zu wenig, ist zu sehr auf das Große und Ganze der Bürgerschaft fixiert.

Loring Sittler:

Ich habe Herrn Olk nicht so verstanden, dass er das informelle Engagement ganz ausklammert. Es gehört als wesentlicher Bestandteil zur Zivilgesellschaft, muss aber vom bürgerschaftlichen Engagement im engeren Sinne abgegrenzt sein. Das natürlich, um das ganze Bild zu bekommen, das formelle mit dem informellen

Engagement gemeinsam gedacht werden muss, ist evident. Bei der These von Herrn Evers, dass angesichts immer kleiner werdender Familien im demografischen Wandel ein Familienersatz durch informelle nachbarschaftliche Netzwerke heranwächst, die an deren Stelle treten, kommen wir in ganz tiefes Wasser.

Wie ist die Tendenz der Beteiligten, die angesprochenen Forschungsgemeinschaften, Netzwerke und Kontaktstellen zu etablieren? Gibt es dazu eine Bereitschaft oder wird weiter in der Zerklüftung der Landschaft gearbeitet?

Rupert Graf Strachwitz:

Von einer Zerklüftung zu sprechen, ist etwas übertrieben. Die meisten, die sich mit diesem Bereich wissenschaftlich herum schlagen, sind durchaus untereinander vernetzt, aber was fehlt, sind die Räume, die Möglichkeiten und die Chancen, einmal in einer gewissen Gelassenheit über grundsätzliche theoretische Fragen nachzudenken. Wir sind alle in der Position, dass wir uns von Projekt zu Projekt hangeln und ständig unter dem Druck stehen, bestimmte Ergebnisse abliefern zu müssen, bestimmte Kompilationen vorlegen zu müssen und dergleichen mehr. Für den Austausch über die Grundprobleme der Theorie haben wir alle wenig Zeit. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Da gibt es Kontroversen, da gibt es völlig unbekannte Teile, in die wir nur Hineinwachsen können, wenn wir uns mal die Gelassenheit gönnen bzw. sie uns gegönnt wird.

Ich stimme Herrn Braun sehr zu. Wir haben in den letzten 10 bis 15 Jahren eine Menge auf dem Gebiet gemacht. Wir sind aber an einem Punkt, wo wir nur den nächsten wichtigen Schritt gehen können, wenn wir die Theorie-defizite auch wirklich angehen. Da hapert es. Ich nenne mal ein Beispiel. In der Auseinandersetzung, ob die Zivilgesellschaft nun ein Bereich oder mehr eine Handlungslogik ist, haben wir kontroverse Positionen. Irgendwann werden wir uns darüber mal unterhalten und im Sinne einer Veröffentlichung der Problematik verständigen müssen. Wir können es noch eine Weile so weiter treiben, bei jeder Veröffentlichung einen eigenen Begriff von Zivilgesellschaft zu benutzen. Damit machen wir uns irgendwann mal lächerlich. Dann kommt der Punkt, wo man sich auch einmal darüber unterhalten muss.

Loring Sittler:

Wer nimmt das in die Hand?

Rupert Graf Strachwitz:

Es gibt eine Menge der hier Anwesenden, die das in die Hand nehmen können. Das ist kein Problem der Organisation, sondern ein Ressourcenproblem.

Thomas Brunotte:

Anträge aus dem Bereich der Engagementforschung bei der VolkswagenStiftung können von Postdoktoranden in der Förderinitiative „Schumpeter-Fellowships“ oder auf Förderung von Professuren unterschiedlicher Größenordnung und Ausstattung in der Förderinitiative „Lichtenberg Professur“ zur Prüfung entgegengenommen werden. Ferner besteht die Möglichkeit, im Programm „Symposien und Sommerschulen“ eine Förderung für interdisziplinäre und internationale Arbeitstagungen einzuwerben, um Engagementforscher miteinander ins Gespräch zu bringen und erste Schritte hin zu der gewünschten und besprochenen Koordination der Engagementforschung unternehmen zu können.

Sebastian Braun

Ich will zwei Bemerkungen machen: Die These der Zerklüftung in der Engagementforschung finde ich problematisch. Gemeinsamkeit in der Forschung stellt sich über Themen und gemeinsame Interessen her. Insgesamt gibt es doch einen harten Kern, der sich regelmäßig sieht, thematisch aber immer unterschiedliche Schwerpunkte setzt. Sich ein bis eineinhalb Jahre nicht zu sehen, ist in der Wissenschaft keine Seltenheit. Der zweite Aspekt, der mir wichtig erscheint, weil ich jetzt noch einmal die Teilnehmerliste durchgegangen bin: Warum diskutieren wir so viel über Theoriebildung? Es geht in erster Linie doch darum, dass u. a. Modelle, Ansätze, Konzepte und Begriffe heraus gearbeitet werden, die auch für die empirische Evaluationsforschung hilfreich sein können, wenn z. B. ein differenzierter Begriff von Integration dazu beiträgt, durch ein Brennglas in der Empirie schauen zu können, ob bestimmte Maßnahmen „integrativ“ wirken. Es soll dabei keinesfalls der Eindruck entstehen, dass es um Geld für den Rückzug in den „universitären Elfenbeinturm“ ginge.

Ein dritter Aspekt erscheint mir noch wichtig: Es gibt seit vielen Jahren und immer wieder Diskussionen, dass der Weg zu hochrangigen Forschungsförderungsstrukturen, wie z.B. der Volkswagenstiftung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und vieler anderer Institutionen im Alltagsbetrieb so weit sei. Wir hatten schon vor Jahren diskutiert, ob es nicht möglich wäre, mit einer auch nur begrenzten Unterstützung von eineinhalb bis zwei Jahren Laufzeit eine volle Stelle an einer Wissenschaftseinrichtung einzurichten, um eine koordinierende Funktion hinzubekommen, die die Möglichkeit eröffnet, dass sich mehrere Personen in einem strukturierten Rahmen treffen können, die dann gemeinsam an Anträgen zu einer Forschergruppe der DFG oder an einem Programm der Volkswagenstiftung arbeiten oder sich z.B. zusammenschließen, um für einen Sonderforschungsbereich der DFG ein Themenfeld differenziert auszuarbeiten. Das gelingt nur sehr begrenzt ausschließlich mit den Ressourcen der Universität. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Stiftungs- und Unternehmensmittel von den-

jenigen Institutionen zur Verfügung gestellt würden, die sich im Feld der Zivilgesellschaftsentwicklung bewegen, um eine Anschubfinanzierung für ein koordinierendes Büro zusammenzubekommen. Das wäre ein sehr sinnvoller und akzeptabler Schritt.

Thomas Olk:

Da möchte ich gerne anschließen. Das sind die entscheidenden Punkte. Die entscheidende Frage lautet: Kommen wir heute weiter oder nicht. Ich habe bei der Vorbereitung für diese Konferenz ältere Papiere aus der Anfangs- und Endzeit der Enquete-Kommission wieder gefunden. Es sind hier im Raum einige Aktive dabei, die daran mitgewirkt haben. Am Ende der Arbeit der Enquete-Kommission waren wir genau an dem Punkt und haben über die wissenschaftlichen Konsequenzen geredet. Wir sind an einigen Stellen wirklich weiter, nicht zuletzt durch den Freiwilligen-Survey, aber auch durch andere Dinge. Es bleibt aber dabei, dass wir uns hier nicht Sand in die Augen streuen sollten, wo die Probleme liegen. Erstens haben wir in der Universitätslandschaft eine massive Rückkehr, gegen alle Schlagworte, in die konventionelle disziplinäre Forschung. Sprechen Sie mal mit Schulforschern über das Thema Schulen und Engagement. Da kriegen sie einen Vogel gezeigt. Sprechen sie mit einem Sozialpolitikforscher der herkömmlichen Provenienz etwa im ZeS in Bremen, wo ich herkomme; über Sozialpolitik und Engagement. Das zählt sich karrierebezogen nicht aus, über den Teller rand zu sehen, und Verbindungsthemen an den Nahtstellen zu thematisieren und neue Formen der Vernetzung/unterschiedliche Zugänge zu institutionalisieren. Es ist nicht einfach, aber möglich. Dazu braucht es aber die Unterfütterung. Dazu hat Herr Braun eben ansatzweise etwas gesagt. Es ist ein hoch kompetitives Feld.

Deshalb kommen wir nur weiter, wenn wir eine Stelle auf neutralem Boden haben, die die Vernetzung, im Sinne von Zusammentragen dessen was man mitbringt, aber immer zu Augenhöhebedingungen, ermöglicht. Das ist die Schwierigkeit. Wenn irgendein Institut den Versuch unternimmt, Dominanz auszuüben, werden die anderen nicht mitspielen. So ist die Realität. Deswegen wird es auch nicht mit der Lichtenberg-Professur funktionieren. Das ist ein toller Vorschlag. Aber es wird nicht ausreichen, weil ein einzelner Lehrstuhlinhaber auf verlorenem Posten, wenn er etwas Übergreifendes bewirken und vernetzen soll. Das kann auch keine Gruppe, die sich gut kennt, alleine bewirken. Man trifft sich alle paar Jahre und die Kumulation findet doch nicht statt, weil die strukturellen Dinge, die ich eben angesprochen habe, dagegen sprechen. Deswegen würde ich in der Tat sagen: Wir brauchen auf neutralem Boden eine Vernetzungsstelle durch einen Verbund von Stiftungen und nicht vom Staat finanziert. Dann sollte eine Gruppe von Leuten gefördert werden, die aussichtsreich ist, weil

sie Erfahrungen hat. Man kann keine Newcomer nehmen, das ist kein Juniorprofessur-Projekt. Es müssen Leute machen, die im Feld bereits Erfahrungen haben, die etabliert sind, die wissen, worüber sie reden und die sofort anfangen können, weil sie die anderen auch gut kennen. Was wir an Vertrauens- und Kooperationspotenzial in den letzten Jahren aufgebaut haben, auch unter stark kompetitiven Bedingungen, ist an sich schon interessant. Das könnte jetzt umgesetzt werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Die Theoriebildung ist deshalb so wichtig, weil wir nur dort begründete Forschungsprogramme, die über den Tag hinausreichen, formulieren können. Ich betone auch den Plural. Wir müssen das handlungsentlastet tun, nicht in der üblichen Mühle kurzer Anträge „zwei Seiten, machen sie mal schnell, Laufzeit ein halbes Jahr und dann noch schnell ein Bericht“. Das wird so nicht gehen. Wir brauchen eine handlungsentlastete Situation, in der eine Gruppe, die sofort anfangen kann, neben dem Alltag ungefähr drei bis vier Jahre – natürlich unter Einbeziehung junger Promovenden – sitzt und das aufbaut.

Volker Then:

Ich fürchte, dass die Einigkeit höher als erwartet ist. Ich freue mich darüber und möchte mit derselben Beobachtung beginnen, die Herr Olk so betont hat. Wir haben nicht damit zu tun, dass es schon in allen Disziplinen und über die Disziplingrenzen hinweg akzeptiert ist, Engagementforschung als ein wichtiges Feld der Arbeit zu beschreiben. Wir sehen das bei dem von Generali geförderten Promotionsprogramm, für das wir regelmäßig Promotionsstipendien ausschreiben. In der Bewerberinteressenlage melden sich immer wieder reihenweise Leute bei uns aus der Ökonomie oder aus der Politikwissenschaft, die fragen: Kann ich mich denn da beteiligen, es ist doch ein soziologisches Thema?

In der Wahrnehmung der Debatte außerhalb bestimmter Kernzirkel, wie sie hier im Raum versammelt sind, ist dies noch kein interdisziplinäres Thema und es ist noch weniger ein Thema des Mainstream anderer Disziplinen. Sie haben es an der Sozialpolitik, an der Schulentwicklung und der Bildung deutlich gemacht. Das könnten wir durch alle Felder ziehen. Wir haben immer wieder Kollegen, die in diesen Feldern und von diesen Zugängen aus Engagementforschung betreiben, die das aber nicht als Teil eines Netzwerks oder Kollegenkreises zur Engagementforschung verstehen, sondern sich in ihrer Zuordnung immer zuerst als Bildungs-, als Sozialpolitik- oder als Governance-Forscher u.a. verstehen.

Insofern ist schon Arbeit zu leisten im Sinne dieser Brücke und es ist auch Arbeit zu leisten bei den theoretischen Anstrengungen, denn nur diese erlauben uns, die Brücken zwischen den Disziplinen zu schlagen. Die

angewandten Einzelprojekte auf der empirischen Ebene bieten diese Chance nicht. Wir brauchen vorher eine kategoriale Anstrengung. Aus unserer eigenen Instituterfahrung möchte ich unterstreichen, dass dies durchaus auch eine gemeinsame Anstrengung von privaten Förderern und privaten Forschungsförderakteuren sein kann und wir nicht notwendiger Weise warten müssen, bis es zu einem staatlichen Programm kommen wird. Ein staatliches Programm hätte möglicherweise wieder zu hohe Normativierungslasten, weil es doch in kürzerer politischer Absicht und weniger in Grundlagen erforschender Wissenschaftsperspektive aufgelegt werden würde. Aus unserer eigenen Erfahrung ist durchaus schon ein gewisser Spielraum für diese Art von Arbeit in unserem eigenen Institut entstanden. Es ist vielleicht auch möglich, Dinge, bei denen viele von uns schon in kleineren Einzelkoalitionen kooperiert haben, also in bilateralen oder kleineren multilateralen Kontexten, um eine Stufe weiter zu treiben: Jetzt ließe sich eine gemeinsame kategoriale Anstrengung machen und hierbei hilfreich wäre das gemeinsame Förderengagement vielleicht auch einer Gruppe privater Förderer.

In der Tat lässt sich das große Programm nicht denken, aus dem das, was wir auf der theoretischen, auf der kategorialen Ebene formulieren, hervorgehen wird und das in Zeiträumen von 5-7 Jahren vielleicht mehrere Schwerpunktakzente zu setzen vermag. Solche Schwerpunkte und Akzentsetzungen werden vielmehr in wechselnden Koalitionen von unterschiedlichen Akteuren jeweils von denjenigen Kollegen und Instituten bearbeitet werden, die das am besten können und worauf sie jeweils gut vorbereitet sind. Aber es ist dann die zentrale Aufgabe, einen Ort der Debatte und der Planung zu schaffen, und dafür eine Anschubfinanzierung oder Koordinierungsstelle. Eine solche Arbeit macht man nicht in einem halben Jahr. Herr Braun hat hier von zwei Jahren gesprochen. In einer solchen zeitlichen Kategorie sollte man mindestens denken.

Bernd Hallenberg:

Ich möchte aus Sicht eines mit der Engagementforschung befassten Verbandes eine kurze Anmerkung machen. Wir sind als Verband mit unmittelbarem Praxisbezug Nutzer und gleichzeitig – Herr Olk hat es angesprochen – auch Koproduzent von Engagementforschung. Für mich wäre es in der Tat außerordentlich wichtig, dass die hier angesprochene Forderung nach Koordination nicht nur die Inhalte bzw. die Abstimmung des Forschungsbereichs als solchen betrifft, sondern auch mit Blick auf den laufenden Praxisbezug bzw. auf diejenigen erfolgt, die versuchen, die Ergebnisse der Engagementforschung in den Rahmen potentieller Nutzer zu transportieren. Der vhw arbeitet sehr eng mit Städten, dem Dritten Sektor und den Bürgern selber zusammen, um neue Formen des Dialogs und der urbanen

Regelungsstrukturen (Stichwort „urban governance“) zu etablieren. Die Engagementforschung spielt bei dem Einleiten dieser Verfahren eine sehr wichtige Rolle. Wir haben hier einen Zugang, der unmittelbar praktische Relevanz hat. Das Schnittstellenmanagement zwischen der Engagementforschung und deren Koordination auf der einen Seite und den Anwendern, denjenigen, die den Transmissionsriemen spielen, müsste in dem Kontext überdacht und verbessert werden.

Loring Sittler:

Ist es für das WZB vorstellbar so was wie eine Funktion einer Koordinierungsstelle zu übernehmen, Herr Priller? Und Herr Prof. Schlüter, wie schätzen sie die Möglichkeiten ein, so einen Stiftungsverbund oder innerhalb des Stifterverbands ein Sonderprogramm aufzulegen? Ist das überhaupt denkbar und wenn ja, wie können wir es ein paar Schritte weiter bringen?

Eckhard Priller:

Ich habe mich in der bisherigen Diskussion bewusst zurück gehalten. Es wurde von einem neutralen Feld gesprochen. Ein solches neutrales Feld haben wir in Deutschland nicht. Da müssen wir in die Schweiz oder nach Liechtenstein gehen. Natürlich könnte man am WZB die hier genannten Funktionen der Forschungs koordinierung realisieren. Doch das hängt von vielen Faktoren ab. Man sollte zuerst sehen, wo liegen die positiven Erfahrungen, wie ist die Ausgangslage, wie muss die Struktur aussehen, die auch die Koordination von stärker praxisorientierter Forschung mit einschließt. Wir müssen uns zuerst verständigen, was erreicht werden soll. In der Hinsicht ist auch von einer Überforderung der Koordinierung abzusehen.

Was ich sehr wichtig finde, wenn wir über die Forschungsstrukturierung sprechen, ist die Frage, in welchem Verhältnis Forschung und Politik stehen. Wenn zunehmend von Engagementpolitik gesprochen wird, schlägt sich das natürlich auch in der Forschung nieder. Die gegenwärtige Forschungsfinanzierung mit einer starken Anbindung an das Familienministerium schafft eine Reihe von Problemen. Das Familienministerium ist natürlich an kurzfristigen und sehr praktisch ausgerichteten Projekten interessiert. Es sind thematische Fragestellungen, die aus dem Ressort erwachsen und nicht die Grundlagenforschung im Focus haben. Zu fragen ist deshalb: Warum gibt es so wenige Verbindungen zum Bildungs- und Forschungsministerium? Sind andere institutionelle Bindungen eigentlich notwendig, um hier geeignete und bessere Rahmenbedingungen für die Grundlagenforschung zu schaffen? Müssten wir nicht viel stärker einen Blick darauf werfen, wie es in anderen Forschungsfeldern und -bereichen aussieht? Welche Infrastrukturbedingungen gibt es in diesen Feldern?

Diese Aspekte sind mit einzubeziehen, wenn die Engagementforschung verbessert werden soll.

Insgesamt kann das WZB als grundlagenorientierte Forschungseinrichtung durchaus Aufgaben in der Forschungs koordinierung übernehmen. Die Möglichkeiten hängen von verschiedenen Faktoren und vor allem von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab.

Andreas Schlüter:

Es wird in dem Vortrag von Herrn Olk und in den Diskussionsbeiträgen deutlich, wie vielschichtig das Phänomen ist, das untersucht wird. Der Stifterverband gemeinsam mit der Thyssen Stiftung und der Bertelsmann Stiftung haben den Ausgangspunkt gewählt, wie er durch das UN-Handbuch vorgegeben ist, nämlich einer organisationsbezogenen Analyse dieses Feldes als Ansatzpunkt. Wir wissen, dass damit natürlich nicht die gesamte Zivilgesellschaft abgebildet werden kann. Gleichwohl ist es ein auch in anderen Ländern praktizierter Ansatz, sich diesem Feld zu nähern. Der Stifterverband wird sich gemeinsam mit den beiden anderen Stiftungen in diese Richtung weiter bewegen. Die ersten Ergebnisse liegen wahrscheinlich noch in diesem Jahr vor, wenn man die 3,6 Millionen Organisationen, die das statistische Bundesamt kennt, darauf untersucht hat, welche davon dem Dritten Sektor entsprechend dieser Statistik zuzuordnen sind, welche Mitarbeiter sie haben, welche Umsätze sie machen und wie weit sie zur Wertschöpfung in der Volkswirtschaft beitragen.

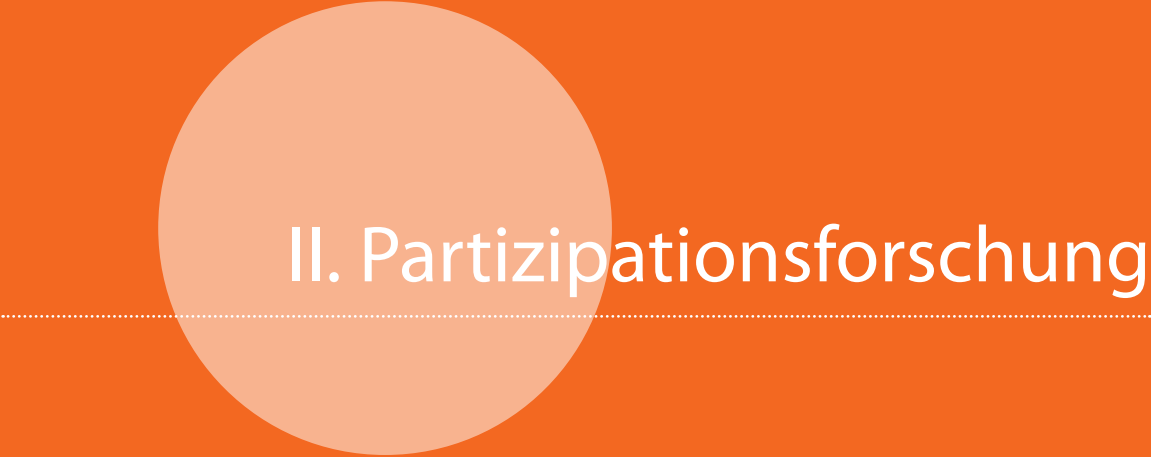
Das ist ein erster grober Überblick, aber möglicherweise auch ein Raster, eine Struktur, auf der man weiter ansetzen kann. In diese Richtung wird es wahrscheinlich weiter gehen. In welche Richtungen es dann weiter geht, müssen wir in solchen Foren auch weiter diskutieren. Es gibt da unterschiedliche Ansätze. Wenn man eine erste vordere Ebene dieses Sektors, eine institutionelle Ebene, hat, dann sind dahinter weitere Ebenen zu sehen. Die nächste wäre dann eine monetäre/finanzielle Ebene, die die Finanzströme in diesem Feld untersucht, und eine dritte Ebene wäre dann der persönliche Einsatz, das Engagement. Das wäre eine Strukturierung des Feldes.

Eine zweite Strukturierung ergibt sich dann aus den Sektoren. Auch die Untersuchung in den einzelnen Feldern, möglicherweise auch ergänzt um sektorspezifische Erkenntnisinteressen, ist vorgezeichnet durch das UN-Handbuch. Diejenigen, die sich mit Wirkung im bürgerschaftlichen Engagement im Feld der Bildung beschäftigen, interessiert anderes als z.B. diejenigen, die sich im Umweltschutz mit bürgerschaftlichen Engagement beschäftigen. Also gilt es da noch einmal sektorspezifisch nachzulegen. In diese Richtung wird es wahrscheinlich weiter gehen. Einen zweiten Zugang zu

wählen ist nicht der richtige Weg, sondern man sollte den Ansatz beim UN-Handbuch als Grobstruktur weiter verwenden und sich möglichst weit vorantasten in der Hoffnung, dass mit verschiedenen, tieferen Schichten die Erkenntnis wächst oder dass eine sektorspezifische genauere Analyse möglicherweise neue Erkenntnisse zu Tage fördert, die im Dritten Sektor dann eine ganze Menge von Grundlagen für eine weitere Analyse bilden können.

Loring Sittler:

Eine Schlussbemerkung: Der Generali-Zukunftsfond ist keine Forschungsförderungseinrichtung, sondern macht das im Nebenerwerb, weil wir hoffen, dass damit indirekte positive Effekte erwirkt werden für das unmittelbare Engagement. Dennoch sehen wir uns auch in der Aufgabe, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und zu organisieren und solche Initiativen wie heute fortzusetzen. Wir werden nicht locker lassen, an Strukturen zu arbeiten, und eine Infrastruktur des Nachdenkens zu schaffen, die uns alle weiter voran bringt. Viele Potenziale liegen auf der Straße, die wir noch aufwecken und mit einbeziehen können, um auch die nötige materielle Grundlage zu schaffen. Wir werden dabei bleiben, solche Gelegenheiten wie heute noch mehr und mit viel mehr Zeit zu schaffen.



II. Partizipationsforschung

Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation

Bisherige Entwicklungsstadien der Partizipationsforschung im Fokus

Ich beginne mit der keineswegs selbstverständlichen Feststellung, dass es tatsächlich eine „Partizipationsforschung“ gibt, die sich – insbesondere auch von ihrer Entwicklungsgeschichte her – als ein eigenständiger Forschungsbereich fassen lässt, der sich nur mit erheblichen Einschränkungen unter die Engagementforschung im allgemeineren Sinn des Wortes subsumieren lässt. Ich will insbesondere auch deshalb mit einem kurzen Blick auf die neuere Geschichte dieses Forschungsbereichs beginnen.

Es zeigt sich hierbei eine sehr enge Wechselwirkung zwischen den jeweils vordringlichen gesellschaftspolitischen Fragestellungen und Thematisierungen und den im Vordergrund stehenden Forschungsansätzen.

Blickt man zunächst auf die Partizipationsforschung von den 1950er bis zu den ausgehenden 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts, dann entdeckt man, dass es sich vornehmlich um eine „Civic Culture“-Forschung handelte, bei der das Wahlverhalten der Bevölkerung im Mittelpunkt stand. So weit sich diese Forschung auf Deutschland bezog, stand im Hintergrund die offen ausgesprochene Frage, ob das Land in der Lage sein werde, sich auf dem Hintergrund der NS-Diktatur zu einer „normalen“ Demokratie zu entwickeln.

Diese Forschungsrichtung wurde schon seit dem Beginn der 1970er Jahre in internationaler Breite von einem zweiten Entwicklungsabschnitt der Partizipationsforschung überlagert, der sich unter dem Einfluss aktueller Entwicklungen in den Vordergrund schob. Das Thema dieses zweiten Abschnitts, der teils entgegengesetzt anmutende Forschungsaktivitäten freisetzte, lässt sich durch das Stichwort der „partizipatorischen Revolution“ charakterisieren. Auslöser war das Aufbrechen eines massiven politischen Protests inmitten einer florierenden Prosperität ausgerechnet bei den jugendlichen Teilen der von ihr besonders profitierenden

Segmente der Bevölkerung. Es entstand hier ein sehr dringlicher Deutungsbedarf, welcher der Partizipationsforschung für längere Zeit seinen Stempel aufdrückte. Bei der Deckung dieses Bedarfs kam es zu einer charakteristischen Verbindung der Partizipationsforschung mit der um dieselbe Zeit entstehenden Wertewandelforschung. Diese Verbindung lieferte ein Theoriegerüst von großer Stärke und Durchschlagskraft, dessen Tragfähigkeit bis heute fort dauert, wie sich aus der anhaltenden Virulenz der Wertedebatte ablesen lässt.

Nichtsdestoweniger lässt sich an einer großen Zahl von Symptomen ablesen, dass sich die gesellschaftspolitische Lage inzwischen wiederum verändert hat und dass sich in diesem Zusammenhang neue Herausforderungen für die Partizipationsforschung ergeben, auf die sie reagieren muss – was schwierig ist, da die neue Lage Deutungsprobleme aufwirft.

Bei der Kennzeichnung dieser neuen Lage hat man zunächst an die unbezweifelbare Tatsache zu denken, dass die „partizipatorische Revolution“ inzwischen längst vorbei ist. Man reibt sich heute fast schon die Augen, wenn man sich daran erinnert, dass das Jahr 1969 zu einem „Jahr der Bürgerinitiativen“ erklärt werden konnte und dass in den nachfolgenden Jahren Hausbesetzungen und KKW-Besetzungen an der Tagesordnung waren. Zwar entwickelten sich als Fortsetzung der partizipatorischen Revolution in den 1970er und 1980er Jahren verschiedene neue soziale Bewegungen, unter denen die Ökologiebewegung, die Anti-Atomkraftbewegung und die neuen Frauen-, Schwulen und Lesbenbewegungen hervorragten. Es gab darüber hinaus – was für das Partizipationsthema natürlich von besonderer Bedeutung ist – eine fast schon explosionsartige Entwicklung sog. neuer Formen der Bürgerbeteiligung, die in den 1990er Jahren im Zusammenhang der Agenda 21-Bewegung einen neuen Auftrieb erhielten.

Zu Beginn der 1990er Jahre setzte aber gleichzeitig auch eine Gegenbewegung ein, die ihre Entstehung zum guten Teil dem verschärften Druck von Haushaltskonsolidierungszwängen vor allem in den Kommunen verdankte und die ihren charakteristischen Ausdruck u.a. in einer Verwaltungsmodernisierungsbewegung fand, bei der sich unter dem Stichwort eines „Neuen Steuerungsmodells“ Effizienzgesichtspunkte in den Vordergrund schoben. Diese dokumentierten sich u.a. darin, dass der „Kunden“-Begriff weitgehend den „Bürger“-Begriff verdrängte. 1994 strich die sog. Schlichterkommission einen Großteil der beteiligungsfreundlichen Passagen, die in den Vorjahren in das Verwaltungsverfahrensgesetz eingefügt worden waren, im Interesse einer vermehrten „Zügigkeit“ des Verwaltungshandelns wieder aus diesem Gesetz heraus. Auch bei den Vorschlägen des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“ vom September 1997 stand die Steigerung der Effizienz des Verwaltungshandelns ganz im Vordergrund. Beteiligungsforschung geriet immer mehr ins Hintertreffen.

Das alles *schien* sich mit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition und der Erhebung des „aktivierenden Staats“ zum Leitbild ändern zu wollen. In der Tat erfuhr nunmehr der „Bürger“-Begriff eine Wiederaufwertung und die Idee der „Bürgerkommune“ wurde geboren. Das Momentum der hier einsetzenden Entwicklung war aber viel begrenzter als zunächst zu erwarten war, wenn man von den Auswirkungen einer sehr kräftig einsetzenden elektronischen Innovationswelle absehen will. Besonders gravierend war aber, dass sich die neue Thematisierung des „Bürgers“ nicht in Richtung der Bürger-*Partizipation*, sondern sehr viel allgemeiner und unspezifischer in Richtung des freiwilligen bürgerschaftlichen *Engagements* unter Einbeziehung des herkömmlichen Vereinswesens entfaltete. Die Forschung vollzog diese Entwicklung mit, was sich in der Entstehung des – anfangs von mir selbst aktiv mitgetragenen – Freiwilligensurveys dokumentierte, in welchen die Partizipationsthematik nur sehr randständig einbezogen wurde. Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys schienen allerdings – und scheinen bis heute – der sich abzeichnenden *Posteriorisierung* der Partizipationsthematik Recht zu geben: Den Befragungsergebnissen zufolge waren und sind es bis heute – ganz im Gegensatz zum bürgerschaftlichen Engagement im allgemeinen – nur sehr kleine Minderheiten der Bevölkerung, die im Bereich der lokalen Bürgerbeteiligung im politischen Sinne des Wortes zumindest häufiger oder gar regelmäßig aktiv werden.

Dass die damit zusammenhängende Posteriorisierung und Marginalisierung der Partizipationsforschung inzwischen zu einer Mainstream-Orientierung geworden ist, dokumentiert u.a. der „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“, den kürzlich das Berliner Wissenschaftszentrum im Auftrag des Bundesministeriums

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verfasste. Es heißt hier, dass ein Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, der die „Demokratisierungsfunktion an prominente Stelle rückt“, lieber ersetzt werden sollte durch ein Engagementverständnis, das auf die „Erstellung von Leistungen im Kontext von Wohlfahrtsproduktion fokussiert“ ist. Es bedarf kaum gesonderter Erwähnung, dass die hierin zur Geltung gelangende Neigung zu einer *Entpolitisierung* des Engagementverständnisses durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Haushaltskrise weiter gefördert wird. Ausnahmen bestätigen letzten Endes die Regel. So wird eine aktuell beobachtbare Konjunktur des Themas „Bürgerhaushalt“ stark durch die Erwartung gefördert, mit einem Bürgerhaushalt konfliktfreier sparen zu können.

1. Der aktuelle Partizipationsforschungsbedarf – Unterschätzungstendenzen und ihre Gefahren

Würde man an dieser Stelle einen Strich ziehen und die Analyse der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage abschließen wollen, dann würde man kaum sehr viel Motivation entwickeln können, sich für eine aufwändige Agenda der Partizipationsforschung einzusetzen. Vor allem angesichts der schwachen Partizipations-Impulse seitens der Bevölkerung, aber auch angesichts vielfältiger Partizipationswiderstände in Teilen der Politik und Verwaltung und in der Wirtschaft würde man dann eher dazu neigen können, den aktuellen Partizipationsforschungsbedarf *gering* einzuschätzen. Man würde dann der Neigung zur Vernachlässigung oder definitiven Abwertung des Partizipationsbereichs zugunsten eines von politischen Aspekten gereinigten „Zivilengagements“, wie sie sich in dem eben schon erwähnten Bericht des Wissenschaftszentrums Berlin findet, zustimmen können und diese Neigung als situationsangemessen einzuschätzen haben.

Allerdings würde man dann Gefahr laufen, schwerwiegende Aspekte der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage außer Acht zu lassen, die aber, wie ich meine, berücksichtigt werden müssen, wenn man den Bedarf künftiger Forschungen zur Partizipation richtig einschätzen will.

Diese schwerwiegenden Aspekte kommen zum Vorschein, sobald man sich nur die Zeit nimmt, die Gesamtheit der verfügbaren Daten zur politischen Kultur in unserem Lande mit der nötigen Aufmerksamkeit ins Auge zu fassen. Es stellt sich dabei ein ambivalentes Ergebnis ein. Auf der einen Seite ist die faktische Beteiligungsintensität der Bevölkerung – von Ausnahmen abgesehen – ohne Zweifel geringfügig. Sie beschränkt sich überwiegend auf eine Beteiligungselite, die von Praktikern gern als die Gruppe der „üblichen Verdächtigen“ persifliert wird.

Durch das oft lautstarke Auftreten dieser Beteiligungselite wird aber nun andererseits die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, dass in der *Breite* der Bevölkerung, bei der schweigenden Mehrheit, wenn man so will, im Laufe der letzten Jahrzehnte ungeachtet ihrer schwachen Beteiligungsaktivität ganz im Stillen ein beeindruckendes Wachstum des „politischen Interesses“ stattgefunden hat. Dieses weist zwar eine schwankende Höhe und zeitweilige Rückläufigkeiten auf. Legt man aber den Trend zugrunde, dann sieht man deutlich, dass das politische Interesse inzwischen die überwiegende *Mehrheit* der Bevölkerung erreicht hat. Dem Freiwilligensurvey 2004 zufolge waren insgesamt 89% der Menschen in unserem Lande politisch interessiert, wobei der Anteil der „stark“ Interessierten zunahm und bereits nahezu die 50 %-Grenze erreicht hatte. Es ist wichtig zu sehen, dass dieses massenhafte politische Interesse keinesfalls nur abstrakt und diffus ist. Wir haben bisher hierüber keinesfalls bereits ausreichende Daten. Legt man aber Analysen zugrunde, wie sie z.B. aufgrund der Leipziger „Demokratiebilanz 2003“ verfügbar sind, dann kann man erkennen, dass mehr als 7 von 10 Befragten daran interessiert und dazu bereit waren, sich aktiv – und vermutlich auch konkret – z.B. mit Fragen der städtischen Planung zu beschäftigen und entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen.

Natürlich scheint an dieser Stelle der Einwand nahe zu liegen: Ja, wenn die Menschen politisch derart stark und zunehmend interessiert sind, warum gehen sie denn dann nicht in die politischen Parteien? Und warum sinkt denn dann die Wahlbeteiligung? Und warum überlassen die Menschen denn dann die Partizipation letztlich doch einer kleinen Beteiligungselite?

Die *scheinbar* nahe liegende Antwort lautet: Weil sich die Menschen in Wahrheit nicht beteiligen wollen, weil sie in Wahrheit nur ihr privategoistisches Interesse im Blick haben und sich nicht den Deut um die öffentlichen Angelegenheiten (oder, um es einfach zu sagen, um das Gemeinwohl) kümmern. So nahe liegend diese Antwort manchem auch erscheinen mag, so falsch ist sie aber auch. Und genau an dieser Stelle wird derjenige Punkt erreicht, an welchem die Kritik an einer bei Vordergrundstatsachen stehen bleibenden Betrachtung der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage und damit letztlich auch an einer Posteriorisierung der Partizipationsforschung ansetzen muss.

Die verfügbaren Daten legen erstens die These nahe, dass die Bevölkerung durchschnittlich gesehen den Eindruck hat, viel zu wenig Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt zu haben. Die lokale Lebenswelt ist dabei nicht ausgenommen. Im Gegenteil stammen die Daten, auf die ich mich beziehe, schwergewichtig aus dem kommunalen Bereich.

Die zweite Feststellung lautet, dass die Bevölkerung – einschließlich der Beteiligungselite! – durchschnittlich den Eindruck hat, durch Bürgerbeteiligung würden die Ergebnisse von Planungs- und Entscheidungsprozessen nicht spürbar beeinflusst. Die Aktiven gehen dabei offenbar von der Erfahrung einer relativen Ineffektivität ihrer eigenen Beteiligungsaktivitäten aus und bei denen, die bisher noch nicht aktiv waren, hat sich diese Erfahrung offenbar herumgesprochen.

Die dritte Feststellung lautet, dass die Bevölkerung einschließlich der Beteiligungselite durchschnittlich den Eindruck hat, durch Politik und Verwaltung würden die vorhandenen Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt.

Fasst man diese drei Feststellungen zusammen, dann läuft das durch Umfragen ermittelbare Meinungsbild der Bevölkerung auf die resignative Auffassung hinaus, man habe zwar viel zu wenig Einfluss auf die Gestaltung der wichtigen Dinge, es habe aber auch keinen großen Zweck, in Beteiligungsaktivitäten Zeit und Energie zu investieren, denn die politischen und administrativen Entscheider würden ja letztlich doch machen, was sie wollen und sich im Zweifelsfall über die Interessen der Bevölkerung hinwegsetzen. Es geht also nicht darum, dass sich die Menschen nicht beteiligen wollen, Sie wollen dies – mehrheitlich – durchaus, wie sie ausdrücklich bekunden. Sei werden aber durch ein vorherrschendes Gefühl vermutlicher Vergeblichkeit gelähmt, das die Motivationspsychologie als „Misserfolgserwartung“ bezeichnet und als eine der hauptsächlichen Erklärungen für unterlassenes Handeln ansieht.

2. Plädoyer gegen die Posteriorisierung der Partizipationsforschung mit Blick auf den Befund eines anwachsenden Beteiligungsbedarfs

Es liegt nahe, an dieser Stelle auch noch einen Blick auf die politischen und administrativen Entscheider und deren bereits angesprochene Unlust gegenüber der Partizipationsthematik zu werfen. Die an die obige Thesenfolge unmittelbar anschließende These hierzu lautet, dass die Partizipations-Unlust der Entscheider im Kern nichts anderes als eine – mit einem charakteristischen Missverständnis gepaarte – Reaktion auf die Partizipations-Unlust der Bürger ist: Man beobachtet, die Bürger kommen nicht, und man nimmt an, sie wollen nicht.

Wir werden, wenn wir dies in den Blick fassen, wieder an den Ausgangspunkt der Analyse zurückgeführt, deren eigentlicher Zweck es allerdings war, eben diese Deutung der Passivität der Bürger zu entkräften. Wenn wir nun den komplizierten Mechanismus gegenseitiger Missverständnisse durchschauen, der in Wahrheit vorliegt, und der sich als ein sich selbst aufschaukelnder

„Teufelskreis“ beschreiben lässt, dann werden wir aber auch fast automatisch über die gegenwärtig vorherrschende Posteriorisierung und Marginalisierung der Partizipationsforschung hinausgeführt. Der stärkste Grund hierfür ist ja, wie ich schon sagte, der Eindruck einer relativ geringfügigen Nutzung von Beteiligungschancen durch die Bevölkerung und die Annahme eines mangelnden Beteiligungsinteresses.

Wenn wir nun erkennen müssen, dass die Bevölkerung in Wahrheit ein sehr starkes Beteiligungsinteresse hat, das aber – populär ausgedrückt – frustriert ist, und wenn wir weiter erkennen müssen, dass diese Frustration einer vermuteten Abwendung der politischen und administrativen Elite von den Interessen der Bevölkerung angelastet wird, dann wird klar werden, dass wir an dieser Stelle in Wahrheit ein sehr schwerwiegendes Problem, ein wirkliches „Systemproblem“, haben. Wenn man sich an geläufige Ausdrücke halten will, kann man von einer vorherrschenden Politik- und Politiker-Verdrossenheit sprechen. Diese ist aber offenbar inzwischen bereits dabei, in eine Demokratie-Verdrossenheit umzuschlagen, die möglicherweise nur noch eines „zündenden Funkens“ bedarf, um uns auch im scheinbar so ruhigen Mitteleuropa unruhige Verhältnisse zu bescheren.

In der Tat begeht man wohl einen schwerwiegenden Fehler, wenn man davon ausgeht, die gegenwärtige gesellschaftliche Ruhe als Ausdruck von Zufriedenheit mit den Verhältnissen und als Vertrauen in die Regierenden zu interpretieren. Man kommt den Fakten sehr viel näher, wenn man umgekehrt von einem krisenhaften Vertrauensverlust spricht, der zwar aktuell vor allem Apathie nach sich zieht, der aber auch latente Aggressionskeime in sich trägt. Den sich anbietenden Ausweg aus dieser Kalamität liefert die Bevölkerung selbst, wenn sie bei verschiedenen Befragungen den Wunsch nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung zum Ausdruck bringt und damit einen massiven bisher ungedeckten Bedarf anmeldet. „Die Menschen suchen nach neuen Formen des Mitmachens“, heißt es in einer kurz vor dem Jahreswechsel erschienenen Studie der Bertelsmann Stiftung zum Thema des Demokratievertrauens der Deutschen. Und es heißt hier weiter: „Partizipation ist das große Thema der nächsten Jahre“.

3. Vordringliche Elemente einer Forschungsagenda

Wenn wir davon auszugehen haben, dass ein vermuttert geringfügiger Partizipationsbedarf der Bevölkerung eine der Hauptursachen für eine bisher noch bestehende Posteriorisierung und Marginalisierung der Partizipationsforschung ist, und wenn wir uns nunmehr vergewissert haben, dass der Partizipationsbedarf der Bevölkerung in Wahrheit riesengroß ist, dann ergibt sich daraus die logische Schlussfolgerung, auch den

Partizipationsforschungen - Bedarf gravierend nach oben zu korrigieren. Die Bertelsmann-Stiftung hat diese Schlussfolgerung bereits vollzogen, indem sie den Carl-Bertelsmann-Preis 2011 der Partizipationsthematik widmet. Auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat die Herausforderung erkannt, indem sie die anstehende Verwaltungsstrukturreform nicht nur mit einer mehrstufigen Bürgerbeteiligung, sondern darüber hinaus mit einem aufwendigen Programm für deren Evaluierung verknüpft hat. Um nur ein weiteres Beispiel zu nennen: der vhw (Bundesverband für Wohnungswesen und Stadtentwicklung) hat auf der kommunalen Ebene ein Forschungsprogramm zur Ermittlung des „Public Value“ der Bürgerbeteiligung gestartet.

Zu der ins Auge zu fassenden Forschungs-Agenda will ich, da ich die verfügbare Redezeit im Auge haben muss, keine umfassende Auflistung liefern, sondern mich auf Vordringliches konzentrieren.

Wie die zur Beantwortung anstehende zentrale Forschungsfrage lautet, kann m.E. aus den von mir dargestellten Befunden ohne Schwierigkeit abgeleitet werden. Sie lautet, meines Erachtens, konsequenterweise: Welche Mittel und Wege stehen zur Verfügung, um die Blockierung des Partizipationspotentials in der Bevölkerung zu überwinden und seine möglichst weitgehende Freisetzung zu ermöglichen?

Für die Beantwortung der weiteren Frage nach der Vorgehensweise nutze ich die engagementpolitischen Empfehlungen des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) vom Oktober 2009. Unter der Überschrift „politische Teilhabe ermöglichen – Beteiligungsformen erweitern“ heißt es hier, dass eine „Bestandsaufnahme sowie eine Auswertung der Akzeptanz und Wirksamkeit bestehender Verfahren“ fehlt.

In der Tat ist diese Feststellung, so allgemein und lapidar sie auch klingen mag, durchaus zutreffend. Insbesondere auf der Ebene der Kommunen, die ja die hauptsächliche Geschehensebene der Bürgerbeteiligung darstellt, fehlen uns bereits die elementarsten Kenntnisse darüber, welche Beteiligungsaktivitäten es überhaupt gibt, wie umfangreich sie sind, welche Teile der Bevölkerung in sie involviert sind, ob es diesbezüglich Unterschiede gibt, die wahrscheinlich mit den angewendeten Verfahren zusammenhängen, was diese Verfahren zu leisten vermögen, wo und wie sie einsetzbar sind und was ihre Wirkungen auf die politische Kultur und von daher auf die Entwicklung der Demokratie im Ganzen sind. Genaue gesagt haben wir solche Kenntnisse bisher nur mehr oder weniger zufällig insbesondere aus einzelnen Kommunen, ohne dass bisher ausreichende Anstrengungen unternommen wurden, die vorhandenen Einzelstudien zusammenzutragen, zu sichten und systematisch auf verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse hin zu

untersuchen. Es erscheint dringend, dies nachzuholen. In diesem Zusammenhang legt sich die Einrichtung einer Dokumentationsstelle etwa nach dem Modell der Dokumentations- und Transferstelle WiDuT am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer nahe. Eine solche Dokumentationsstelle könnte z.B. auch Standards für Evaluationsstudien entwickeln, deren Vorhandensein und Nutzung zukünftige Auswertungen enorm erleichtern würde.

Vieles spricht allerdings dafür, nicht nur auf der Ebene der Sekundärauswertung, sondern auch auf der Ebene der Primärforschung neue Impulse zu setzen und möglichst bald zumindest eine bundesweit ansetzende systematische Studie in Angriff zu nehmen.

Wie eine solche systematische Studie aussehen könnte, muss natürlich sorgsam überlegt werden. Fasst man die fundamentale Tatsache ins Auge, dass für den Erfolg der Bürgerbeteiligung die Durchbrechung eines „Teufelskreises“ ineinander verhakter gegenseitiger Missverständnisse auf Seiten der Bürger und der Entscheider erforderlich ist, dann legt sich meines Erachtens vorrangig eine Untersuchung nahe, die es erlaubt, die beteiligungsbezogenen Erwartungen und Erfahrungen von Bürgern und Entscheidern gleichermaßen zu erfassen. Natürlich muss diese Studie so angelegt werden, dass die beteiligungsbezogenen Erwartungen und Erfahrungen von Bürgern und Entscheidern im jeweiligen Kontext der örtlichen Rahmenbedingungen erfasst und unmittelbar aufeinander bezogen werden können. Dabei müssen die jeweils im Spiele befindlichen Einflussfaktoren möglichst vollständig erfassbar werden.

Dies mag kompliziert klingen, setzt aber eigentlich nur voraus, dass man sich zunächst auf eine Auswahl von Kommunen einigt, in denen Beteiligungsaktivitäten stattfinden, und dass man in diesen Kommunen nach einem vorher festgelegten Untersuchungsdesign, das natürlich übereinstimmend sein muss, eine intensiv angelegte Evaluationsstudie durchführt. Diese Studie sollte ohne Zeitdruck durchgeführt werden können. Es sollten hierfür 3-4 Jahre zur Verfügung stehen, wobei Zwischenergebnisse erwartet werden könnten. Der Ausbau der Studie zu einer Panelstudie auf längere Sicht erschiene sehr wünschenswert.

Natürlich muss hierbei eine besondere Aufmerksamkeit der Frage geschenkt werden, wovon es abhängt, dass die Einbeziehung der sozial schwachen Teile der Bevölkerung und der Menschen mit Migrationshintergrund gelingt. Es muss aber z.B. auch gewährleistet sein, dass diejenigen Beteiligungsformen, von denen man sich Wirksamkeit versprechen kann, in den ausgewählten Kommunen antreffbar sind und dass diesbezüglich Vergleiche mit dem Ziel der Ermittlung von Erfolgs- und Misserfolgsmomenten möglich sind.

Ich will diesbezüglich aber im Augenblick nicht weiter ins Detail gehen, sondern die gleichermaßen wichtige Tatsache ansprechen, dass an einer solchen Studie ohne Schwierigkeit verschiedene Forscher oder Forschergruppen teilnehmen könnten, so dass ein Gemeinschaftsunternehmen der interessierten Forscher und Forscherinnen gewährleistet wäre. Die teilnehmenden Forscher und Forscherinnen könnten ggf. auch als unabhängige Fachkommission tätig werden. Gleichzeitig könnte das Vorhaben aber ohne weiteres auch als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen organisiert werden und würde somit auch in dieser Hinsicht den in den engagementpolitischen Empfehlungen des BBE genannten Kriterien voll gerecht werden können.

4. Ergänzung: Partizipation im Engagement als Forschungsthema

Ich habe mir für den Abschluss einen Themenaspekt aufgespart, der m.E. unter keinen Umständen fehlen sollte, wenn von Partizipation und Partizipationsforschung die Rede ist, nämlich die Partizipation im Engagement, genauer gesagt die „organisationsinterne Demokratie“ in den über 600.000 eingetragenen Vereinen in Deutschland und in den vielen anderen Organisationen, in denen sich freiwilliges bürgerschaftliches Engagement (oder „Zivilengagement“) vollzieht, bis hin zu den politischen Parteien.

Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hatte diesen Aspekt an zentraler Stelle in ihre Handlungsempfehlungen aufgenommen, wobei sie sehr konkret anregte, dass „Vereine und Verbände, Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften, sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts“ eine „innerorganisatorische Öffnung“ vollziehen, d.h. „vermehrt Möglichkeiten der Partizipation schaffen und kooperative Organisations- und Führungsstrukturen etablieren“ sollten. Eine besondere Bedeutung kommt, so heißt es an der betreffenden Stelle weiter, auch den „Schulen“ zu. „Sie sollten sowohl als Lernorte für bürgerschaftliches Engagement als auch als zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in das Gemeinwesen hin öffnen, eine größere Bedeutung erfahren.“

Wenn sich nun Roland Roth in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung auf den Standpunkt stellte, dass „die Mitglieder in vielen Organisationen“ – von den Schülern ganz zu schweigen – „fast nichts zu sagen“ haben, dann wird hier ein gewaltiger Zusatzbedarf an Partizipation und Partizipationsforschung sichtbar, denn hierüber wissen wir bisher sehr viel weniger, als eigentlich erlaubt sein sollte. Wenn weder der Freiwilligensurvey noch der Engagementatlas oder auch der Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen

Engagements in Deutschland des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung das Thema der organisationsinternen Partizipation mit der wünschenswerten Eindeutigkeit ansprechen, dann muss dies wohl – aus der hier verfolgten Perspektive – ohne wenn und aber als ein Versäumnis bezeichnet werden.

Wie könnte der hier nahe liegende Zusatz zur Agenda der Partizipationsforschung nun aber aussehen? Um Zeit zu sparen halte ich mich nicht mit allgemeinen Überlegungen auf, sondern wende mich direkt dem Freiwilligensurvey zu. Als Mitglied des Beirats zum Dritten Survey weiß ich natürlich, welcher Druck zusätzlicher Wünsche auf dieser Umfrage lastet, und dass die Anmeldung weiterer Wünsche nicht willkommen ist. Wenn ich mir aber die zahlreichen teils sehr detailliert anmutenden Fragen im Fragebogen ansehe, die sich auf die Beschreibung der ausgeübten Tätigkeiten und auf die Umstände beziehen, unter denen sie ausgeübt werden, dann gewinne ich allerdings den Eindruck, dass es keine Probleme bereiten sollte, in Verbindung mit einigen kleineren Streichungen die relativ wenigen zusätzlichen Fragen unterzubringen, die zur Erfassung der organisationsinternen Partizipationsqualität erforderlich wären.

Natürlich könnte man sich auf den Standpunkt stellen, dass der dritte Freiwilligensurvey gerade erst stattgefunden hat, dass das Thema aber allzu dringend ist, um bis zum nächsten Freiwilligensurvey im Jahr 2014 zu warten und dass es deshalb nahe liegt, zeitnah eine gesonderte Bevölkerungsumfrage zu starten. Diese gesonderte Umfrage könnte nicht nur von der Teilnehmerzahl her, sondern auch thematisch gesehen breit angelegt sein, d.h. auch allgemeinere Themenstellungen der Partizipationsorientierung und -erfahrung der Bevölkerung außerhalb des Themas der organisationsinternen Partizipation mit aufnehmen.

Dies würde den unüberschätzbaren Vorteil mit sich bringen, dass z.B. die sehr wichtige, aufgrund der bisher verfügbaren Daten aber nicht entscheidbare Frage einbezogen werden könnte, unter welchen Bedingungen das ehrenamtliche Zivilengagement der Bevölkerung dazu beitragen könnte, die politische Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung mit mehr Handlungsbezogenheit auszustatten.

Pars pro toto? Partizipationsforschung im Rahmen von Engagementforschung

1. Es gibt zwei verschiedene Traditionen des Nachdenkens über Engagement – verstanden als das Aktivwerden von Bürgern jenseits von beruflichem und privatem Alltag. Die eine hat mehr mit Engagement im Sinne politischer Beteiligung und Demokratie zu tun, die andere mehr mit Engagement im Sinne sozialer Teilhabe und Mitarbeit. Im Nachdenken und in der Forschung zu Engagement beides zusammen zu sehen, erfordert zunächst einmal, die unterschiedlichen Merkmale beider Pole und Traditionen anzuerkennen.
2. Partizipation im Kontext der Politikwissenschaften und speziell von Demokratietheorien hat sich bis heute vor allem auf Fragen der Teilhabe von Bürgern im Sinne der Mitsprache konzentriert. Verschiedene Demokratiekonzepte (liberal, republikanisch...) haben unterschiedlich anspruchsvolle Bilder vom Aktivbürger als partizipierendem Bürger gezeichnet. Mit der Erweiterung der Demokratieperspektive auf zahlreiche Felder und Lebensbereiche ergab sich in dieser Tradition auch ein entsprechender Strang von Forderungen und Institutionalisierungsformen: Konzepte und institutionalisierte Formen partizipatorischer Demokratie mit Beiräten und Mitbestimmungsregeln finden sich quer durch Politikfelder von der Stadtplanung bis zur Schulpolitik. Diese Tendenzen zur Stärkung von Engagement als Mitsprache sind durchweg mit Forschung verbunden gewesen – Forschung als Theoriebildung und als empirisch unterfütterte Untersuchung von Partizipationspraktiken. Der Beitrag von Helmut Klages beruft sich vor allem auf diese Traditionsstränge.
3. Soziales und freiwilliges Engagement, Ehrenamt und Hilfsbereitschaft verweisen jedoch vor allem auf einen anderen Strang engagierter Mitarbeit im Gemeinwesen, der viele Facetten hat, die von der zwangslosen geselligen Organisation in der Freizeit über die Caritas bis zu klassen- und milieu-gebundenen Solidaritäten reichen. Sehr oft ist hier der Bezug der Beteiligten zu Fragen von Politik und Demokratie locker und gering: Viel Vereinswesen und soziale Mitarbeit hatte Kontinuität unter Diktatur und Demokratie. Diese Politikferne hat sie denn auch lange aus dem Blickfeld politikwissenschaftlicher Forschung zu Partizipation und Engagement gerückt. Die Tradition der Partizipationsforschung, auf die Helmut Klages sich bezieht, erfasst diesen Bereich kaum. Während die historischen Erscheinungsformen solchen Engagements als oft „fragloser“ Hilfbereitschaft, etwa als Geschichte des Ehrenamts, recht gut aufgearbeitet worden ist, gab es in der Soziologie und Kulturforschung jedoch nur ausnahmsweise Versuche, sie auch theoretisch zu erfassen (sh. hier z. B. die Untersuchungen von Wuthnow zu volunteering und self help).
4. Theoretische Forschungsansätze, die *beide* Erscheinungsformen von Engagement, politische Partizipation und soziale Hilfsbereitschaft, zugleich in den Blick nehmen, sind rar. Umso wichtiger war die Zivilgesellschaftsdebatte, in der das versucht wird – speziell dort, wo stärker politikwissenschaftlich und eher soziologisch geprägte Sichtweisen zusammen finden. Beispielhaft für Möglichkeiten und Probleme ist hier z. B. der Beitrag von Putnam. Mit dem Begriff des sozialen Kapitals versucht er nicht nur, Engagement in seiner ganzen Breite zu thematisieren - von der Nachbarschaftshilfe bis zur Teilnahme der freiwilligen Helfer an Wahlkampagnen. Er hat darüber hinaus mit dem Begriff des Sozialkapitals auch aufmerksam gemacht auf mögliche politische Effekte und Bedeutung auch alltäglicher Geselligkeit. Mit diesem Konzept wurde so etwas wie eine lebensweltliche Öffnung der Demokratie und

Partizipationsbegriffs vollzogen, oder auch umgekehrt, auf die demokratiepolitische Bedeutsamkeit scheinbar rein sozialer Hilfe- und Mitarbeitensformen aufmerksam gemacht.

5. Putnam, aber auch etliche andere Theoretiker der jüngeren Demokratie- und Zivilgesellschaftsdebatte, stehen damit für den Versuch, Konzepte zu entwickeln, mittels derer sich die heutige Realität von Partizipation und Engagement in ihrer Breite und Vielfalt angemessen begreifen lässt. Kennzeichnend für sie sind die vielen Mischformen und Schattierungen zwischen so etwas wie der „fraglosen“ Hilfsbereitschaft, die gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen in keiner Weise in Frage stellt, auf der einen und der Beteiligung an politisch kontroversen Projekten und Debatten auf der anderen Seite, zwischen „Pflegeverein“ und Umweltprotest. In den verschiedensten Lebensbereichen und Politikfeldern ist dieses breite Spektrum von Engagement zu finden: in Quartieren der sozialen Stadt mit Wohnerversammlungen und Spielplatzprojekten ebenso wie in der lokalen Schulpolitik, wo es einerseits um Partizipation der Eltern am Schulkonzept geht, andererseits aber auch um Mitgliedschaft im Förderverein oder das mit Anpacken bei überfälliger Renovierung.
6. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie sehr das Desiderat „Engagementforschung“ so etwas wie einen anspruchsvollen Vorgriff darstellt auf eine Forschungspraxis, die interdisziplinär ausgerichtet ist und *Engagement in seiner ganzen Breite* ins Auge fasst. In einem solchen Ansatz geht es zunächst darum, politikwissenschaftlich angeleitete Partizipationsforschung zu sensibilisieren für Fragen nach der Bedeutung lebensweltlicher und weithin „unpolitischer“ Engagementformen, gleichzeitig aber auch eine weithin lediglich empirisch-statistische Debatte zu diesen alltäglichen Hilfe und Engagementformen zu öffnen für Fragen nach einer angemessenen theoretischen Konzeptionierung.
7. Helmut Klages hat sich nun in seinem Beitrag vor allem dafür stark gemacht, in der öffentlichen Debatte, der Politik und der Forschung wieder jene Formen von Engagement in Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, wo es um das Verlangen nach Mitsprache, um Kritik an sozialen und politischen Machtverhältnissen geht. Angesichts der offenkundigen Tendenz ministerieller Förderprogramme, allein nach dem sozialwirtschaftlichen Ertrag von Engagement im Sinne von „Hilfsbereitschaft“ zu fragen, macht diese Forderung in vieler Hinsicht Sinn. Und doch scheint sie mir dort zu kurz zu greifen, wo das große Feld „unpolitischer“ Engagementformen damit aus dem Blick gerät oder nur insoweit

thematisiert wird, wie es sich „(re)politisieren“ lässt. Was ist der zivile, demokratische Ertrag der dortigen Bereiche engagierter Selbstorganisation und Mitarbeit? Wovon hängt er ab? Unter welchen Bedingungen stellt er sich ein? Diese Fragen werden durch ein Revival einer Partizipationsdebatte nicht beantwortet werden.

8. Fazit: Ein Ansatz, der mit Blick auf Engagement Fragen der Demokratie hervorhebt, wird immer dann problematisch und ungenügend, wenn er sich in einen selektiven Blick verwandelt. Er droht die gerade angesprochenen „unpolitischen“ oder fraglos konformen Bereiche von Engagement zu vernachlässigen oder gar außen vor zu lassen. Insoweit das geschieht, ergibt sich leicht so etwas wie eine doppelt gespaltene Aufmerksamkeit:

- hier das Interesse an Engagement unter den Vorzeichen von Fragen der Macht und Demokratie, dort unter den Vorzeichen von sozialwirtschaftlichen Erträgen.
- hier die Konzentration der Aufmerksamkeit auf Protestformen und advocacy, dort auf ehrenamtliches Engagement als Hilfsbereitschaft.

Eine solche Zersetzung dessen, was in zivilgesellschaftlicher Perspektive gerade zusammen gedacht werden sollte, wäre allerdings fatal. Aber nicht nur das einschlägige Interesse von Sozial- und Verwaltungsexperten, auch ein Blick, der alles Engagement allein an der Latte des Beitrags zur gesellschaftskritischen Bewusstseinsbildung misst, trägt möglicherweise dazu bei. Es gilt, die Frage nach den sozialen und wirtschaftlichen Erträgen von Engagement und seinem Wert für Demokratie gleichermaßen ernst zu nehmen und beide nicht aus ihrer Verklammerung zu entlassen.

Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation

Den Ausführungen von Herrn Klages ist auch aus meiner Sicht im Wesentlichen zu folgen. Insbesondere möchte ich seine Warnung vor einer Demokratieverdrossenheit und den möglichen Folgen nachdrücklich unterstreichen. In der Tat sehe auch ich die Gefahr, dass die weitverbreitete und leider auch nicht unbegründete Ablehnung staatlichen Handelns mit einem grundsätzlichen Versagen demokratischer Verfahren gleichgesetzt wird und dass aus dieser – wie ich durchaus meine, falschen – Beurteilung Wünsche nach anderen Verfahren abgeleitet oder von politischen Rattenfängern erfolgreich propagiert werden. Die vielfältigen negativen Erfahrungen mit eingeforderten oder tatsächlich umgesetzten Reformen unserer Verfahren im Kontext des Staates lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass diese in nächster Zeit erfolgreicher sein könnten. Es gilt daher, und hier würde ich gern einen zusätzlichen Gedanken in die Debatte einführen, nach anderen Wegen der Partizipation als Auswege aus dem zu Recht geschilderten Dilemma zu suchen. Mir scheint, dass es hierfür in Wissenschaft und politischer Praxis durchaus Modelle gibt.

Herr Klages hat Partizipation wesentlich als ein im Staatswesen verankertes und dementsprechend auch in den Staatsorganen zu gestaltendes Element der Demokratie beschrieben. Es obliegt insofern, so interpretiere ich das, den im demokratischen Verfahren ermittelten Trägern der hoheitlichen Gewalt, Partizipation zu definieren und entsprechende Verfahren einzurichten. In dieser Definition beschränkt sich Partizipation denn auch auf Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse, die letztlich von der hoheitlichen Gewalt zu verantworten, in der Regel sogar auf solche, die von dieser auch initiiert worden sind. Schon hier und auch in traditionellen Beteiligungsverfahren lässt freilich die moderne Kommunikationstechnologie viel breitere, ganz anders strukturierte Partizipationsmöglichkeiten zu als nur mit und von den „üblichen Verdächtigen“, etwa die in der EU inzwischen üblichen öffentlichen Konsultationsprozesse

– nicht immer zur Freude der bisher Beteiligten und noch von manchen wohl auch vorsätzlich eingebauten Schwierigkeiten behindert. Wie diese Prozesse tatsächlich ablaufen, ist kaum erforscht. Hier ist jedenfalls eine unorganisierte Zivilgesellschaft tätig, und ich sehe hier einen Ansatz für die Engagementforschung.

Aber Politik entwickelt sich heute auch woanders. Schon die ganz erheblichen, nach meiner Beobachtung immer erfolgreicher Partizipationsprojekte, die etwa von den Medien angefacht und getragen werden, fallen jedoch aus der genannten Definition heraus, während sie andererseits in der Legitimation zwar umstritten, aber jedenfalls höchst wirksam sind. Noch entscheidender ist es, dass vielfach Partizipationsprozesse im Markt und in der Zivilgesellschaft originär entstehen und die Entwicklung der Gesellschaft in steigendem Maße prägen, von der hoheitlichen Gewalt aber weder eingerichtet noch erwünscht, noch gesteuert, noch unmittelbar in ihren Ergebnissen verarbeitet werden, oft auch weithin unbeachtet bleiben. Dass wir Partizipation nur im Paradigma – man könnte auch sagen, durch die Brille – von Staat und Herrschaft sehen, scheint mir daher der Lebenswirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht zu entsprechen. Ein Paradigma, das Staat, Markt und Zivilgesellschaft als prinzipiell gleichrangige Arenen gesellschaftlich relevanten, kollektiven Handelns begreift, schiene mir daher geeigneter, um Partizipationsprozesse abzubilden.

Im hier diskutierten Kontext kann die wichtige Arena Markt nicht weiter betrachtet werden. Ich konzentriere mich auf die Arena Zivilgesellschaft und Sie merken schon, ich verwende den Begriff etwas anders als Thomas Olk. In der entsprechenden Enquete-Kommission, deren Ergebnisse natürlich auf staatliches Handeln bezogen waren, haben wir nicht vom aktivierenden, sondern vom ermöglichenden Staat gesprochen und damit auf das Problem aufmerksam gemacht, dass die Träger der hoheitlichen Gewalt ihre Möglichkeiten eben gerade

nicht ausschöpfen dürfen, wenn der Ausweg aus dem Dilemma des zu engen Paradigmas gelingen soll. Auch hier sind viele Fragen offen, vor allem dann, wenn wir Partizipation als aktives Handeln, d.h. als Initiativprozess und nicht oder nicht nur als ein ‚Gefragtwerden‘, d.h. eine Beteiligung definieren.

Im Fokus auf die Zivilgesellschaft wissen wir aber vor allem sehr wenig über die Mechanismen der Entscheidungsfindung, der Partizipationsverfahren auf der Meso-Ebene, d.h. in den Organisationen. Hier besteht dringender Forschungsbedarf, empirisch ebenso wie theoretisch. Mir scheint, dass es – und hier folge ich durchaus Herrn Klages – vielfach Defizite zu analysieren und Optimierungsstrategien zu entwickeln gibt. Dies ist umso wichtiger, weil Partizipation hier nicht nur einen zentralen Bestandteil der Handlungslogik und einen entscheidenden Legitimationsansatz darstellt, sondern auch im Zusammenhang mit dem sogenannten zivilgesellschaftlichen Mehrwert zu erörtern ist. Die Zivilgesellschaft erbringt eben nicht primär Dienstleistungen, sie ist gerade nicht, wie wir immer wieder hören müssen, als ‚Koproduzent sozialer Dienstleistungen‘ definiert, sondern „erwirtschaftet“ als politischer Mitgestalter einen gesellschaftsentwickelnden, positiv verändernden, stabilisierenden Mehrwert. Stichworte sind neben Partizipation etwa Identifikation, Integration usw. Hierzu lassen sich zahlreiche Forschungsdesiderate beschreiben.

Gleiches gilt für die Entwicklung der Zivilgesellschaft als solche. Die stark zunehmende Ausdifferenzierung hängt ursächlich auch mit den Partizipationsprozessen in den Organisationen zusammen, wodurch, so die Hypothese, einerseits die Handlungslogik des hier ausgedrückten bürgerschaftlichen Engagements prinzipieller, idealtypischer wird, andererseits aber Erfolge von Partizipation vielleicht doch zunehmend mühsam zu erzielen sind. Dies führt zurück zu der Frage des Paradigmas. Wenn die skizzierte Theorie der drei Arenen stimmt, sind Fragen der Kooperation zwischen diesen angesichts der radikal unterschiedlichen Handlungslogiken ebenso wichtig wie offen.

Daran knüpft sich meine letzte Bemerkung. Mir scheint es ein dringendes Petitum zu sein, Zivilgesellschafts- und Engagementforschung stärker mit anderen Forschungsfeldern zu verknüpfen, wenn Sie so wollen, an diesen mit dem hier entwickelten Blick auf gesellschaftliche Prozesse zu partizipieren. Partizipation als aktive Initiativfunktion von bürgerschaftlichem Engagement kann letztlich nur gelingen, wenn sie in der Verwaltungswissenschaft, der Regionalplanung, der Rechtspflege, in den Sozial- und Kulturwissenschaften und ganz besonders in meiner Disziplin, der Politikwissenschaft, wissenschaftlich reflektiert und gemeinsam in diskursiven Prozessen entwickelt worden ist.

Podium 2:

Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation

Moderation:

Dr. Jeannette Behringer, Studienleiterin Ressort Gesellschaftsethik des Ev. Studienzentrums Boldern in Zürich

Teilnehmer:

Prof. Dr. Adalbert Evers, Professor am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin

Ich möchte Ihnen gern unser Podium vorstellen: Herr Prof. Klages ist einer der Urheber des Freiwilligensurveys und ist em. Professor für empirische Sozialwissenschaften, insbesondere Soziologie an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Prof. Dr. Evers ist Leiter des Instituts für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung an der Uni Gießen. Dr. Graf Strachwitz ist Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin und Geschäftsführer der Maecenata Management GmbH in München und einer seiner Schwerpunkte ist das Stiftungswesen.

Moderatorin Jeannette Behringer:

Ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Jeannette Behringer. Ich bin Politologin und zum einen Projektleiterin des Projekts „Grenzenlos-Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Zudem bin ich als Studienleiterin für Gesellschaftsethik am evangelischen Studienzentrum Boldern in Zürich tätig.

Ziel unseres Podiums ist es, „Bedarfe und Agenden zukünftiger Forschung zu Partizipation“ zu formulieren. Ich denke, wir können dieses wichtige Thema in der verbleibenden Zeit anreißen und vor allem wichtige Forschungsfragen formulieren. Zum Ablauf: Wir werden so wie heute Morgen jetzt zwei Statements von Prof. Dr. Evers sowie von Graf Strachwitz hören, und wir treten dann im Anschluss in eine Diskussion ein, die ich gerne entlang zweier Themenblöcke strukturieren würde: einmal entlang der festgestellten Systemkrise der Demokratie – welche Fragen ergeben sich daraus für aktuelle Agenden der Partizipationsforschung? –, und zweitens würde ich dann gerne diskutieren, welche Synergien sich ergeben zwischen der politischen Partizipationsforschung einerseits und der Forschung zum lebensweltlichen Engagement, wie Herr Prof. Evers es nennen wird, andererseits.

Adalbert Evers:

Vielen Dank für den Beitrag, Herr Kollege Klages. Es gibt zwei Arten, darauf zu reagieren. Die eine Art ist, wie Sie es teilweise in Ihrem Beitrag gemacht haben, den Partizipationsbegriff sehr weit zu fassen. Dann verschwimmt allerdings die Partizipation im Engagement. Ich will jetzt einmal das Gegenteil tun, auch auf die Gefahr hin, Ihnen in Bezug auf Ihren Beitrag Unrecht zu tun, und sagen: Partizipation und Engagement sollen voneinander abgegrenzt und unterschieden werden. Engagement ist der weitere Begriff und umfasst viel mehr als Partizipation, verstanden als jenes Engagement, das in der Form der politischen, über Sprache, Kritik, Diskussion vermittelten Beteiligung auftritt. Für die Zukunft der Agenda von Engagementforschung würde das dann bedeuten, nach dem speziellen Beitrag politischer Partizipationsforschung zu fragen.

Partizipationsforschung in dem von Prof. Klages beschriebenen Sinne war seit jeher eine Domäne der Politikwissenschaft. Sie wurde im Kontext von Demokratietheorien betrieben und fragte deshalb auch immer in erster Linie nach dem demokratisch-politischen Ertrag von Partizipation und Engagement. In diesem Sinne hat der Begriff bis in die 1980er Jahre hinein vorherrschende

Deutungsmacht besessen. Das hing auch damit zusammen, dass wir ja parallel zur Sozialstaatsentwicklung eine Entwicklung von „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) hatten, wo im öffentlichen Diskurs Partizipationskonstrukte damals so wichtig waren wie heute die Engagementdebatte. Wir hatten die Mitbestimmung im betrieblichen Bereich, Diskussionen über die Ausweitung von Schüler- und Elternmitbestimmung u.v.a.m. Die Rede über Politik weitete sich über den engeren staatlichen Bereich hinaus zu einer über Partizipation in allen Lebensbereichen aus. Das Problem war, dass selbst bei dieser Öffnung des Partizipationsbegriffs in einem stark von den Politikwissenschaften her kommenden Diskurs vieles ausgespart blieb. Da kamen das Vereinswesen, Selbsthilfegruppen und Sozialprojekte ebenso wenig vor wie das Chorsingen. Es zeigte sich selbst in diesem ausgeweiteten politikwissenschaftlichen Konzept von Partizipation in allen Lebensbereichen, dass man damit nicht das zur Gänze erfassen kann, worauf Engagementforschung zielen sollte: den gesamten Bereich von Engagement, auch jenen der nicht auf Teilhabe am politischen Geschäft zielt, sondern „nur“ auf eine aktivierte soziale und kulturelle Teilhabe

Das alles verweist auf eine zweite Tradition, die theoretisch viel weniger gut ausgebildet ist, aber die ebenfalls für die Engagementforschung wichtig ist: Gemeint sind die Traditionen sozialen Engagements, das Ehrenamt und in diesem Zusammenhang besonders solche Begriffe wie Solidarität, Hilfsbereitschaft etc. Das waren und sind alles Formen von Engagement, die sich zunächst durch eine ganz manifeste Politikferne auszeichnen; Kritisieren, Diskutieren etc. spielt hier gegenüber dem „Anpacken“ eine vergleichsweise geringe Rolle. Es ist daher auch nicht zufällig, dass diese Traditionen sozialen Engagements nicht Gegenstand einer stark politikwissenschaftlich und partizipationsorientiert geprägten Debatte wurden; diese Begriffe fielen dort gewissermaßen durch. Und das Problem ist: Wenn sie dort durchfielen, wo hatten die in der Forschung und im theoretischen Diskurs ihre Heimat? Die Begriffe und Konzepte kamen einerseits in der historischen Forschung vor: Engagement und die Geschichte des Ehrenamts sind z. B. seit jeher Themen der kulturwissenschaftlichen Forschung; sie kommen außerdem, aber da müssen wir dann schon über die Landesgrenzen hinaus schauen, in Beiträgen wie denen von Wuthnow in den Vereinigten Staaten, oder von Eliasoph in der soziologischen, zum Teil religionssoziologisch orientierten Forschung im Ausland vor. Mit anderen Worten: es gibt eine breite Skala von Engagementformen, die hierzulande auch nicht annähernd so theoretisch-konzeptionell stark gemacht worden sind, wie das Engagement als politische Partizipation.

Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements scheint nun eine Brücke zu bauen zwischen politischer Partizipation und diesem anderen Engagement in Traditionen

wie denen des sozialen Ehrenamts. Tatsächlich gibt es aber bis heute wenig Konzepte und theoretische Klarheit zu der Frage, was Bürgerengagement im Sinne politischer Partizipation und im Sinne oft reichlich politikferner, damit aber nicht unbedingt politisch bedeutungsloser sozialer Mitarbeit verbindet. Ein solches Konzept fehlte.

Umso dankbarer waren wir – und das sage ich hier auch mit Blick auf diejenigen, die in der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ dabei waren –, als uns aus den USA Putnam mit seinem Konzept des Sozialkapitals, bei aller Kritik, die man da machen kann, ein solches Konzept lieferte. Das eigentümliche an diesem Konzept des Sozialkapitals ist ja, dass unter diesem Begriff beides, politische Mitsprache und soziale Mitarbeit gefasst werden sollte, Engagementformen die von der guten Nachbarschaft herüber reichten bis zu der Frage „Was ist aus der amerikanischen Gewerkschaft und ihrer Mitgliedschaft geworden?“ Bei allem, was man sonst kritisieren mag, lag der große Vorzug des Beitrags von Putnam darin, dass er die demokratische Frage in die Alltagsfragen von Engagement mit hinein nimmt. Er unternahm eine lebensweltliche Öffnung der Demokratiedebatte, indem er Fragen wie die Autonomie der Alltagsgestaltung, die Alltagsformen im Betrieb, die Kultur des Vereins etc. aufgriff – Fragen also, die im weiteren Sinne das Verhältnis von Demokratie und persönlicher Autonomie betrafen.

Von dort her denke ich, dass, wenn es hier heute um eine Agenda für Engagementforschung geht, man sich von zwei Verengungen lösen sollte: Einerseits von einer Verengung auf Engagement als politische Beteiligung und andererseits von einer Verengung auf Fragen von Engagement im Sinne der sozialen Mitarbeit und Hilfsbereitschaft. Konzentrieren sollten wir uns auf Verschränkungsformen in dem breiten Zwischenbereich von – ich will es einmal bildlich ausdrücken – Pflegeverein und Umweltprotest. Wir haben einen breiten Bereich von Engagement, der sowohl die Grenzen der klassischen Partizipationsforschung als auch die Begrenzungen einer alle politischen Fragen und Fragen der Macht beiseite schiebenden Forschung zu Potentialen an Hilfsbereitschaft überschreitet.

Was folgt daraus? Ich würde mich schon mit Herrn Klages zusammen dafür einsetzen, Partizipationsforschung mit den von ihm beschriebenen Fragen stärker zu machen. Aber darüber hinaus meine ich, dass wir auch einen neuen und veränderten Blick brauchen, um vielleicht in anderer Weise das einzulösen, was mit Putnam begonnen wurde, nämlich auch die Demokratiebedeutsamkeit alltäglicher Formen von Hilfsbereitschaft und Engagement aufarbeiten zu können. Es wäre ein Blick, der einfach akzeptiert, dass es seit jeher einen breiten Bereich von Engagement gab, dem

man solch eine Politiknähe, wie sie Partizipationstheorien zumeist unterstellen, einfach nicht attestieren kann. Es gibt einen breiten Bereich von politikfernem freiwilligem Engagement, von Vereinsformen, die eine lange Tradition haben. Auch wenn sie politische Bedeutsamkeit haben, so muss man doch akzeptieren, dass ihre vielen sonstigen integrativen Effekte und ihr Funktionieren sich vielleicht eher soziologisch und historisch erschließen. Derartige Forschungen aus den USA haben z. B. gezeigt, wie sich Volunteering dort sehr oft auch gerade durch die Abgrenzung gegenüber Politik und politischem Meinungsstreit konstituiert hat. Alltagsengagement mit einer gewissen Offenheit für größeren Fragen der Demokratie zu thematisieren, dass wäre mein Desiderat. Es grenzt sich sowohl ab von jenen, die zwischen Fragen von Macht, Politik und solchen des Engagements als praktischer Hilfebereitschaft eine klare Trennlinie ziehen wollen, als auch von jenen Ansätzen, die an Engagement einzig und allein in Hinblick auf Fragen der Macht, Demokratie und politischen Partizipation interessiert sind.

Rupert Graf Strachwitz:

Nach dem, was Adalbert Evers gesagt hat, bin ich ja unter Druck, die Ehre meiner Disziplin als Politikwissenschaftler wiederherzustellen, aber ich will das eigentlich so nicht tun, weil ich eigentlich gut anknüpfen kann und auch den Ausführungen von Herrn Klages im Wesentlichen folge. Insbesondere, und das stelle ich gerne an den Anfang, möchte ich seine Warnungen vor einer Demokratieverdrossenheit und den möglichen Folgen nachdrücklich unterstreichen. In der Tat sehe ich auch die Gefahr, dass die weit verbreitete und leider auch nicht unbegründete Ablehnung staatlichen Handelns mit einem grundsätzlichen Versagen demokratischer Verfahren gleichgesetzt wird, und dass aus dieser falschen Beurteilung Wünsche nach anderen Verfahren abgeleitet oder von politischen Rattenfängern erfolgreich propagiert werden. Die vielfältigen negativen Erfahrungen mit eingeforderten oder tatsächlich umgesetzten Reformen unserer Verfahren im Kontext des Staates lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass diese in nächster Zeit erfolgreicher sein könnten.

Es gilt daher, und hier würde ich gerne einen zusätzlichen Gedanken in die Debatte einführen, nach anderen Wegen der Partizipation als Auswegen aus dem zu recht geschilderten Dilemma zu suchen. Mir scheint, dass es hierfür in Wissenschaft und politischer Praxis durchaus Modelle gibt, aber sie müssen untersucht und weiter erprobt werden. Herr Klages hat Partizipation wesentlich als ein im Staatswesen verankertes und dementsprechend auch in den Staatsorganen zu gestalten-des Element der Demokratie beschrieben. Daraus folgt, so interpretiere ich das, dass die in demokratischen Verfahren ermittelten Träger der hoheitlichen Gewalt

Partizipation definieren und entsprechende Verfahren einrichten. In dieser Definition beschränkt sich Partizipation denn auch auf Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse, die letztlich von der hoheitlichen Gewalt zu verantworten sind, in der Regel sogar auch solche, die von dieser auch initiiert worden sind.

Schon hier und auch in traditionellen Beteiligungsverfahren lässt freilich die moderne Kommunikationstechnologie viel breitere und ganz anders strukturierte Partizipationsmöglichkeiten zu als nur mit und von den üblichen Verdächtigen, etwa die in der EU inzwischen üblichen öffentlichen Konsultationsprozesse – nicht immer zur Freude der bisher Beteiligten und noch von manchen, wohl auch vorsätzlich eingebauten Schwierigkeiten behindert. Wie diese Prozesse ablaufen, ist kaum erforscht. Hier ist jedenfalls unorganisierte Zivilgesellschaft tätig, und ich sehe hier einen wichtigen Ansatz für die Engagementforschung. Aber Politik entwickelt sich heute auch ganz woanders. Schon die ganz erheblichen, nach meiner Beobachtung immer erfolgreicher Partizipationsprojekte, die etwa von den Medien angefacht und getragen werden, fallen aus der genannten Definition heraus, während sie andererseits in der Legitimation zwar umstritten, aber jedenfalls oft höchst wirksam sind. Noch entscheidender ist, dass vielfach Partizipationsprozesse im Markt und in der Zivilgesellschaft originär entstehen und die Entwicklung der Gesellschaft im steigenden Maße prägen, von der hoheitlichen Gewalt aber weder eingerichtet noch erwünscht, weder gesteuert, noch unmittelbar in ihren Ergebnissen verarbeitet werden, oft auch weithin unbeachtet bleiben. Dass wir Partizipation nur im Paradigma von Staat und Herrschaft sehen, scheint mir daher der Lebenswirklichkeit nicht mehr zu entsprechen.

Ein Paradigma, das Staat, Markt und Zivilgesellschaft als prinzipiell gleichrangige Arenen gesellschaftlich relevanten kollektiven Handelns begreift, schiene mir daher geeigneter, um Partizipationsprozesse abzubilden. Im hier diskutierten Kontext kann die wichtige Arena Markt nicht weiter betrachtet werden. Ich konzentriere mich auf die Arena Zivilgesellschaft, und Sie merken schon, ich verwende den Begriff schon etwas anders, als Thomas Olk ihn verwendet hat. In der entsprechenden Enquete-Kommission, deren Ergebnisse natürlich auf staatliches Handeln bezogen waren, haben wir eben nicht vom „aktivierenden“, sondern vom „ermöglichenden Staat“ gesprochen und damit auch auf das Problem aufmerksam gemacht, dass die Träger der hoheitlichen Gewalt ihre Möglichkeiten gerade nicht ausschöpfen dürfen, wenn der Ausweg aus dem Dilemma des zu engen Paradigmas gelingen soll. Auch hier sind viele Fragen offen, vor allem dann, wenn wir Partizipation als aktives Handeln, d. h. als Initiativprozess und nicht oder nicht nur als ein Gefragtwerden zur Beteiligung definieren.

Im Fokus auf die Zivilgesellschaft wissen wir aber vor allem sehr wenig über die Mechanismen der Entscheidungsfindung, der Partizipationsverfahren auf der Meso-Ebene, d.h. in den Organisationen. Hier besteht dringender Forschungsbedarf, empirisch ebenso wie theoretisch. Mir scheint, dass es, und hier folge ich durchaus auch Herrn Klages, vielfach Defizite zu analysieren und Optimierungsstrategien zu entwickeln gilt. Dies ist umso wichtiger, als Partizipation hier nicht nur einen zentralen Bestandteil der Handlungslogik und einen entscheidenden Legitimationsansatz darstellt, sondern auch im Zusammenhang mit dem sogenannten zivilgesellschaftlichen Mehrwert zu sehen ist. Die Zivilgesellschaft erbringt eben nicht primär Dienstleistungen, sie ist gerade nicht nur, wie wir neulich einmal hören mussten, als Koproduzent sozialer Dienstleistungen definiert, sondern „erwirtschaftet als politischer Mitgestalter einen gesellschaftsentwickelnden, positiv verändernden stabilisierenden Mehrwert“. Stichworte sind neben Partizipation etwa auch Identifikation, Integration u.s.w. Hierzu lassen sich zahlreiche Forschungsdesiderate beschreiben. Gleiches gilt für die Entwicklung der Zivilgesellschaft als solcher. Die stark zunehmende Ausdifferenzierung hängt ursächlich auch mit den Partizipationsprozessen in den Organisationen zusammen. Dadurch wird, so die Hypothese, einerseits die Handlungslogik des hier ausgedrückten bürgerschaftlichen Engagements prinzipieller, wenn man so will idealtypischer, andererseits sind aber Erfolge von Partizipation vielleicht doch zunehmend mühsam zu erzielen. Dies führt zurück zu der Frage des Paradigmas: Wenn die skizzierte Theorie der drei Arenen stimmt, sind Fragen der Kooperation zwischen diesen – angesichts der radikal unterschiedlichen Handlungslogiken – ebenso wichtig wie noch offen. Daran knüpft sich meine letzte Bemerkung. Mir scheint es ein dringendes Petition zu sein, Zivilgesellschafts- und Engagementforschung stärker mit anderen Forschungsfeldern zu verknüpfen und an diesen anderen Forschungsfeldern mit dem hier entwickelten Blick auf gesellschaftliche Prozesse zu partizipieren. Partizipation als aktive Initiativfunktion von bürgerschaftlichem Engagement kann letztlich nur gelingen, wenn sie in der Verwaltungswissenschaft, der Regionalplanung, der Rechtspflege, in den Sozial- und Kulturwissenschaften, ganz besonders in der Tat auch in der Politikwissenschaft in diesem Paradigma wissenschaftlich reflektiert und gemeinsam in diskursiven Prozessen entwickelt worden ist.

Jeannette Behringer:

Ich möchte mit der aktuellen Frage nach Partizipation im Sinne der Demokratieentwicklung einsteigen. Eine erste Frage, die ich für die Diskussion aufgreifen möchte, betrifft die vermuteten Partizipationsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Zum einen gibt es sich abschwächende Partizipationsimpulse mit Blick auf das repräsentativ-demokratische Institutionengefüge,

zum anderen gibt es ein hohes politisches Interesse der Mitgestaltung der eigenen Lebenswelt, das z. B. im Freiwilligen-Survey festgestellt wird. Im Freiwilligen-Survey sind aber auch genuine Bereiche der politischen Partizipation zusätzlich genannt, zum Beispiel der Bereich der Politik- und Interessenvertretung des lokalen Bürgerengagements. Die Bertelsmannstudie berichtet über eine hohe Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen. Es scheint hier einen uneinheitlichen Forschungs- und Wissenstand zu geben.

Die zweite Frage: Wissen wir genug darüber, in welchen Bereich politische Partizipation unter welchen Bedingungen erfolgt? Ich erinnere vor allem an die Wahlabsistenz und auch die dezidierte Abstinentz, sich in Parteien zu engagieren. Wissen wir, warum welche Form des politischen Engagements gewählt wird und warum nicht und welche Motivationen dahinter stecken? Welche Gründe für Ohnmacht und Apathie gibt es eigentlich, und liegen hier evtl. auch Gründe dafür, um sich in neuen Formen von Partizipation zu engagieren, in denen man vielleicht etwas mehr Effizienz erwartet?

Ein drittes Thema ist die Untersuchung der Wahrnehmung partizipativer Prozesse durch Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Aus praktischen Erfahrungen wissen wir ja, dass da vielleicht auch sehr viel Konkurrenz im Spiel ist: Wir führen ja eine strukturelle neue Komponente ein im politischen System, die nicht immer sehr willkommen ist. Aber dennoch könnte die Untersuchung der Wahrnehmung partizipativer Prozesse durch Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu einer Anregung führen, dass wir diese Prozesse qualitätsvoller machen können. Könnte das zu einer Verbesserung des Legitimitätsproblems führen?

Ein viertes Thema betrifft die Bestandsaufnahme der Beteiligungsaktivitäten. Hier fehlen elementarste Kenntnisse, Herr Prof. Klages, welche Aktivitäten genau, wer ist involviert, wie umfangreich sind die Aktivitäten? Brauchen wir, etwas ketzerisch gesprochen, zusätzlich zum Freiwilligen-Survey einen Partizipationssurvey?

Eine weitere Thematik in dem Bereich betrifft neue Verfahren im Bereich der E-Democracy, der neuen Kommunikationstechnologien. Welche Rolle spielen diese Verfahren gerade in öffentlichen Konsultationsverfahren? Auch: um welche Form der Partizipation handelt es sich hier? Ganz aktuell wird etwa die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes mit einem solchen öffentlichen elektronischen Konsultationsverfahren durchgeführt. Wie lassen sich diese Ergebnisse – eine ganz wichtige strukturelle Frage – mit formellen Verfahren verknüpfen?

Zur Frage, wie Synergien aus Erkenntnissen politischer Partizipation und lebensweltlichen Engagements entstehen können. Ich habe selber auch ein bisschen

gegraben und eine Definition von Fritz Vilmar gefunden, der schreibt: „Politische Partizipation ist die Beteiligung des Bürgers an gesellschaftlichen Prozessen, und zwar sowohl an Meinungs- und Entscheidungsprozessen als auch an sozialen und speziell politischen Aktivitäten selbst.“ Wir hatten hier einmal den Versuch eines integrierten Begriffs der sozialen und politischen Partizipation. Könnte das eine Begrifflichkeit sein, die wir vielleicht wieder aufgreifen können? Welche Demokratietheorien meinen wir denn eigentlich, wenn wir sagen, dass die Politikwissenschaft sich nicht um das Alltagsengagement gekümmert hat. Ich erinnere an den Ausdruck „Demokratie ist Lebens- und Herrschaftsform“, der eigentlich schon in den 1950er Jahren geboren wurde.

Herr Prof. Evers, Sie fordern die Annäherung der politikwissenschaftlichen Forschungen an die Erforschung lebensweltlicher Engagementformen einerseits, und die Öffnung der Erforschung lebensweltlicher Engagementformen für Fragen nach der Rolle von Demokratie und sozialer Herrschaft andererseits. Wie kann diese Öffnung gelingen? Welche Ansätze sind zentral? - Sie hatten den Sozialkapital-Ansatz und auch die Ansätze von Wuthnow genannt. Gibt es weitere Ansätze, die wir für diese Synergie fruchtbar machen können? Auch die Frage der Partizipationsfähigkeit wäre ein Thema, das wir aufgreifen könnten. Ist die Herausbildung persönlicher Kompetenzen und Ressourcen im Engagementbereich relevant für politische Partizipation, und wenn ja - wie? Und ist vielleicht auch der private Sektor hier, als vierte Komponente, stärker zu berücksichtigen?

Eine zentrale Frage für Engagement und Partizipation ist zudem: Wie bringen wir Menschen überhaupt in eine Gemeinwohlorientierung, weil sich erhebliche Teile der Gesellschaft von öffentlichen Diskussionen, Debatten und Beteiligungen und Engagementformen ganz grundsätzlich verabschieden?

Das sind ganz kurz zusammengefasst mögliche Fragen für eine Diskussion hier auf dem Podium und im Publikum, die ich hiermit gerne eröffne.

Loring Sittler:

Ich will mich nur vergewissern, ob ich Sie richtig verstanden habe, Herr Prof. Evers. Sie sagen doch, wenn ich es jetzt vereinfache, der Blick nur auf Macht und Verwaltung müsse auf alle Partizipationsformen und mit dem Engagement verbunden werden?

Adalbert Evers:

Mein Punkt war, dass eine politikwissenschaftliche Brille, die nur in Bezug auf politische Beteiligung und Fragen von Macht den Blick schärft, einen großen Teil anderer Motive und Bedeutungen, die bei Engagement im

Spiel sind, nicht mit erfasst und dafür auch keine Konzepte anzubieten hat: Freude an Geselligkeit, Hilfsbereitschaft, Helfen aus Mitbetroffenheit in Gemeinschaften und anderes mehr.

Loring Sittler:

Aus meiner Sicht wäre es eine sehr naheliegende Folgerung, dass wir uns im Folgenden auf die der Demokratie vorgelagerten Engagementformen konzentrieren, die die Lebensqualität betreffen und etwa in den Stadtteilen tatsächlich das Leben ausmachen. Dann wäre noch die Frage, ob man nicht in einem so umfassenden Ansatz den Schwerpunkt dorthin verlagert, wo die Leute tatsächlich Partizipationsbedarfe haben, wo sie auch Chancen haben, etwas zu gestalten, übersichtliche Dinge, die man auch begreifen kann, und nicht so sehr auf diese demokratietheoretischen Ober-Ebenen, die mit repräsentativen Systemen im Übrigen ziemlich gut bedient sind.

Adalbert Evers:

Nun, ich dachte, dass aufgrund der Forschungsarbeiten, die ich vorgelegt habe, ich hier einmal einen Input gegen die strikte Dominanz der Politikwissenschaften und der demokratieorientierten Forschung geben kann, ohne gleich in den Verdacht zu geraten, eine unpolitische Sichtweise zu bedienen. Tatsächlich kommt es mir nach wie vor auf Verbindungen von Beteiligungsmotiven und Alltagspraktiken an. Ich möchte nicht eine Sicht stark machen, wie sie etwa im Bundesministerium für Familien vertreten wird und die ungefähr so lautet: „Hören wir auf über Demokratie zu reden; erforschen wir lieber ungenutzte Helferpotentiale.“

Es geht in der Tat darum, an der theoretischen Fundierung der Alltagsformen von Engagement stärker zu arbeiten. Die Bezüge reichen hier von Marcel Mauss' Theorie der Gabe über deutsche Beiträge zu Konzepten der Alltagssolidarität bis zu Wuthnow. Ihm zufolge ist das Konzept von Volunteering im amerikanischen Gemeinwesen kurz gefasst: „What goes around comes around“: Wer etwas gibt, macht das in der Hoffnung, irgendwann einmal etwas zurückzubekommen. All das ist aber sehr weit entfernt von Fragen der Demokratie als Herrschaftsform - das sollte man erst einmal zur Kenntnis nehmen.

Einen ganz praktischen Punkt zu dem aufeinander beziehbareren Spannungsgefüge zwischen dem, was man das Konzept der „Helfergesellschaft“ nennen könnte und Habermas' diskutierender Gesellschaft, möchte ich aber noch ansprechen: Warum wird bei den zahlreichen von Ministerien in Auftrag gegebenen Studien zu den sozialen Integrationsbeiträgen von Alteninitiativen, Mehrgenerationenhäusern und vielem ähnlichem nicht auch einmal nach deren tatsächlichen Effekten für Demokratie und demokratische Kultur gefragt? Stattdessen werden Fragen von Demokratie und sozialer

Integration entzweigeschnitten, nach dem Motto: Wenn etwas soziale Integrationseffekte hat, dann reicht das; und was die Demokratie angeht, hat Putnam ja schon hinlänglich bewiesen, dass es der Demokratie sowieso gut tut, wenn sich Mehrere zu etwas zusammenfinden

Ich meine, wir sollten uns stärker auf reales Engagementverhalten im Alltag einlassen, statt darüber eine politikwissenschaftliche Rhetorik zu legen. Schaut man in die Geschichte, dann zeigt sie uns einerseits, wie munter Gesellung in Vereinigungen und entsprechendes Engagement selbst noch im Nationalsozialismus fortlebten. Kein sichtbarer Bezug also zwischen Fragen von Demokratie und Engagement. Aber man könnte auch einmal genauer nachfragen, und ich glaube, es gibt auch Studien dazu, dass gewisse religiöse Einstellungen und das Engagement in der Gemeinde eine ganz wichtige widerständige Funktion gegen autoritative Einbrüche in der deutschen Geschichte gehabt haben. Was ich damit illustrieren will, ist das sehr vermittelte Verhältnis zwischen Fragen von geselligem Engagement, alltäglichem Engagement im Sinne von Hilfsbereitschaft und Fragen der Demokratie. Es ist weder mit Konzepten zu fassen die sich nur für Engagement im Sinne diskursiver Partizipation, also der Mitsprache, interessieren und es wird dort negiert, wo man an der demokratie-politischen Bedeutung sozialen Engagements gar nicht weiter interessiert ist, sondern nur soziale und wirtschaftliche Effekte im Blick hat.

Sebastian Braun:

Was ich noch nicht richtig herausgehört habe, ist die Frage, welche Problemlösungskompetenz der Bürgerin und dem Bürger eigentlich zugeschrieben wird. Also: Ist mehr Partizipation immer schon ein Grant für Verbesserungen im demokratischen politischen System z.B. unter Gesichtspunkten von Governance? Das ist sicherlich keine neue Debatte, aber sicher eine, die auch wiederum in der Bürgerengagement-Diskussion kaum unter steuerungstheoretischen Fragestellungen von Gesellschaft diskutiert wird, genauso wie unter organisations-theoretischen Problemen. Wir problematisieren immer die Oligarchie-These. Wir fragen uns aber umgekehrt eher selten, inwieweit Vereine und Profit-Organisationen ein Organisationsdilemma erleben würden, wenn es nicht ein paar Wenige in der Organisationsführung machen würden. Die Frage ist also: Welche Problemlösungskompetenz wird dem „Mehr“ an Bürgerengagement im politischen Prozess in einem weiteren Sinne eigentlich zugestanden und beigemessen?

Helmut Klages:

Das ist die klassische Frage nach dem Verhältnis zwischen Demokratie und Effizienz. Das ist ja eines der Argumente, das in der politikwissenschaftlichen Diskussion seit geraumer Zeit diskutiert wird, und gewöhnlich zur

Infragestellung der partizipativen Demokratie führt. Das ist gegenwärtig sogar der Mainstream der politologischen Diskussion, an der ich nicht teilnehme, weil ich mich der Politologie nicht zurechne, sondern eher der Soziologie, die sich da gewisse Sonderstandpunkte vorbehält. Aber ich möchte sagen, dass wir tatsächlich ohne eine Erörterung organisatorischer Lösungen nicht auskommen, das ist völlig klar. Wenn wir nur davon ausgehen, sagen wir einmal, eine unorganisierte Vielfalt von Bürgermeinungen in den politischen Entscheidungsprozess einzuführen, dann erzeugen wir wahrscheinlich nur einen Störfaktor. Weil der politische Prozess gar nicht in der Lage ist, die unorganisierte Vielfalt individueller Einzeläußerungen von Bürgern zu verarbeiten, dazu fehlt ihm die Verarbeitungskapazität. Infolge dessen ist der Effekt gleich Null.

Wir müssen also Formen finden, eine realistische Bürgerbeteiligung zu praktizieren, die so organisiert ist, dass der Entscheidungsprozess in den Kommunen von den Bürgern beeinflusst werden kann, ohne dass er dadurch überfordert und geschwächt wird. Im Augenblick wird er ja gar nicht von den Bürgern beeinflusst: Jede Realanalyse des Entscheidungsprozesses z. B. in Verwaltungen, zeigt ja, dass der Bürgereinfluss fast vernachlässigenswert ist. Wir müssen also eine Form finden, die es erlaubt, die Rationalität des Entscheidungsprozesses, die wir ja brauchen, um als Staat existenzfähig zu sein, mit einem Input der Wünsche und Bedürfnisse der Bürger in Beziehung zu bringen. Das ist eine Organisationsaufgabe, die uns gestellt ist. Infolge dessen müssen wir uns auf die Frage einlassen: Wie bringen wir das fertig, unter Nutzung geeigneter Verfahren – es gibt ja eine große Fülle von Verfahrensansätzen zur Bürgerbeteiligung heute, die bisher auf ihre Leistungsfähigkeit noch kaum untersucht ist –, die Bürger an den verschiedenen Punkten, wo in den verwaltungsinternen, demokratieinternen Prozessen Entscheidungen stattfinden, einzubringen, und zwar so, dass die Meinungen der Bürger aus der Perspektive effizienzorientierten Handelns verstehbar und als „positive“ Beiträge nachvollziehbar werden, um von daher auch wirksam werden zu können. Das ist ein ganz schwieriges Geschäft, das bisher in der Beteiligungsforschung selbst nur ganz wenig aufgeworfen worden ist.

Man geht eher aus von mehr oder weniger spontan angelegten Gruppenprozessen, die zu Meinungsäußerungen der Bürger führen, die dann zu den Politikern transportiert werden, die sie entweder nicht verstehen oder jedenfalls nicht zu berücksichtigen verstehen, da sie mit den Aufgaben, die sie vor sich sehen, kollidieren. Die Frage ist, wie können wir diese Kluft überwinden. Das ist eine Frage der Auffindung und auch der Kombination entsprechender Beteiligungsverfahren. Beteiligung wird, wenn sie effizient werden soll, ein relativ kompliziertes Geschäft. Ein kompliziertes Geschäft, das dazu führt, dass man gewissermaßen kalkulatorisch sich überlegt, welche Verfahren leisten eigentlich was, und zwar im

Hinblick auf die Befruchtung von Entscheidungsprozessen politischer und administrativer Art, so dass die Meinungen der Bürger als Beiträge zu den anstehenden Problemlösungen interpretiert werden können. Das ist eine Aufgabe, die noch nicht gelöst worden ist, die auch durch den bloßen Hinweis auf die Vielfalt verfügbarer Verfahren nicht gelöst werden kann.

Manchmal sagt man heute: Die Verfahrensfrage brauchen wir gar nicht mehr anzuschneiden, denn wir haben ja einen ganzen Sack voller Verfahren. Von Anwaltsplanungen bis zur Zukunftskonferenz, dazwischen dreißig bis fünfzig Verfahren, je nach Zählweise. Aber welche Verfahren geeignet sind, die Logikdifferenzen zwischen den miteinander in Verbindung zu bringenden Sphären auf eine für alle Beteiligten produktive Weise zu überwinden, und wie verschiedene Verfahren mit unterschiedlichen Leistungsprofilen dabei zusammenwirken können und müssen, das wissen wir nicht, und da müssen wir forschen, und auch Versuche starten, Beobachtungen machen, Evaluierungen durchführen. Und darin sehe ich einen ganz wesentlichen Punkt der Arbeit, die hier zu leisten ist.

Jeannette Behringer:

Ist die von Ihnen vorgeschlagene Forschung zum Thema Wahrnehmung von Partizipation von Seiten von Politik und Verwaltung eine Möglichkeit, damit die Frage nach der Problemlösungskompetenz besser beantwortet werden kann?

Rupert Graf Strachwitz:

Wir bewegen uns in der Diskussion vielfach in einer Idealtypik, die wahrscheinlich noch nie bestanden hat, die aber heute mit Sicherheit nicht mehr besteht. Wir versuchen das Zustandekommen von Entscheidungen immer noch so zu konstruieren, als ob sie im parlamentarischen Verfahren erfolgen würde. Dieses hat aber mit der Lebenswirklichkeit überhaupt nichts zu tun, sondern die Prozesse laufen im Grunde genommen ganz woanders ab. Und wie sie ablaufen, in hochkomplexen Strukturen, die immer komplexer werden, einfach weil die Welt sich halt so entwickelt, davon wissen wir äußerst wenig. Das heißt, wenn wir über Partizipation sprechen und wenn wir dazu forschen wollen, dann müssen wir in diese Komplexität einsteigen, und wir müssen schauen, dass wir gewisse Ausblendungen, die wir vorgenommen haben, möglichst zurückfahren.

Und zu diesen Ausblendungen gehört, dass wir uns sehr schwer damit tun, zu akzeptieren, dass im Markt, in den Medien, aber auch eben in diesem ganzen Bereich Zivilgesellschaft, wo sich bürgerschaftliches Engagement manifestiert, aktive Partizipationsprozesse tatsächlich vollziehen. Dort werden Dinge angestoßen,

die dann später zu ganz erheblichen Entwicklungen führen. Bloß wie das genau passiert und wie sich da sozusagen die Legitimation verbindet, davon wissen wir äußerst wenig. Ich glaube, da müssen wir einsteigen, wenn wir akzeptieren wollen, dass die Verdrossenheit mit unserem politischen System möglicherweise eher zu katastrophalen Folgen führen kann. Wenn wir uns ganz darauf fokussieren zu sagen, das ist nun einmal unser System, und wir wissen alle, es funktioniert eigentlich nicht mehr richtig, aber wir konzentrieren uns immer weiter noch darauf, dann fahren wir gegen die Wand. Wenn wir aber sehen, es gibt auch andere Prozesse, die möglicherweise tragfähig sind, dann kommen wir aus diesem Dilemma möglicherweise heraus. Nur wie das funktioniert, wie tatsächlich unorganisierte Prozesse sich allmählich in organisierte entwickeln – und darum geht es ja in der Zivilgesellschaft –, davon wissen wir äußerst wenig.

Thomas Olk:

Man kann die Positionen von Helmut Klages und von Sebastian Braun so anordnen, dass sie als zwei grundsätzlich unterschiedliche Blickwinkel auf das gleiche Phänomen verstanden werden können. Herr Klages verfolgt ein Plädoyer und eine Argumentation, die sagt: Von der Input-Seite her betrachtet haben wir eine Unterzufuhr von Partizipationsenergie in das demokratische System, weil dieses Partizipationsbegehren von den Bürgerinnen und Bürgern, das durchaus da ist, ausgebremst wird. Ausgebremst durch starke Faktoren, die immer darauf hinauslaufen, dass alle Beteiligten im Grunde wissen: Wir können uns noch so abstrampeln, wir können uns noch so einmischen – entscheiden werden immer die Anderen, und letztlich sind wir die Dummen und haben was investiert. Das ist ein ganz wichtiger Befund auch der Partizipationsforschung: Wenn ich weiß, dass ich sowieso keinen Unterschied mache, und wenn ich das in Projekten der Partizipation erlebe, werde ich danach umso weniger bereit sein, weiterzumachen. Die Erfahrung von jungen Menschen, dass es einen Unterschied macht, ob ich mich in einem Kinder- und Jugendparlament oder in einem Kinder- und Jugendbeirat engagiere oder nicht, ist ein wichtiger Motivationsfaktor, und das ist er auch, was weitere Partizipation begünstigt oder nicht begünstigt.

Und die andere Seite ist die Output-Seite, die Sebastian Braun angesprochen hat. Wie viel Partizipation ist funktional bzw. für ein „smooth functioning“ von Organisationen gut? Ist das überhaupt eine berechnete Frage, ist Demokratie nicht ein Wert an sich? Die Frage ist durchaus berechnete. Es gibt möglicherweise auch zuviel Partizipation. Partizipation ist jedenfalls nicht immer ein Selbstzweck. Auch nach dem, was ich gerade im Bereich von Kindern und Jugendlichen in den eben erwähnten Projekten „Mitwirkung“, aber auch jetzt in „Jugend engagiert, Jugend bewegt“ miterleben durfte, wirken die

Fragen der Demokratie, der Beteiligung im Alltag und der Partizipation im engeren Sinne an politischen Beteiligungsprozessen doch auf interessante Weise immer wieder zusammen. Man kann nämlich sagen, dass in Organisationen oder in kommunalen Räumen, in denen der Alltag Beteiligung aufgrund von Kulturen des autoritären Entscheidens oder des sozusagen nicht-autonomen-agieren-Lassens gar nicht zulässt, Beteiligungsinseln wie zum Beispiel Beiräte nur leere Hülsen sind.

Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die berühmte Partizipation in der Schule durch den Klassensprecher. Alle Schüler wissen, dass sie da missbraucht werden für ein Instrument, das immer indirekt mittransportiert, Partizipation in der Schule ist nicht möglich, ich bin aber der Klassensprecher. Weil die Institution Schule wirklich relevante Partizipation, etwa an Fragen des Unterrichts usw., nicht zulässt. Das heißt, der Schritt zu einer echten Partizipation würde die Kultur der Schule verändern müssen. Und an dieser Frage kann man die Zusammenhänge zwischen Alltagsbeteiligung und politischer Beteiligung im engeren Sinne sehr schön studieren. Und dort wird sie auch operabel, nämlich da, wo man konkrete Organisations-Settings oder kommunale Settings hat. So ist es zum Beispiel enttäuschend, dass nach Ergebnissen einer Studie der Bertelsmann Stiftung trotz fünfzehn Jahren Beteiligungs-Projekte auf der kommunalen Ebene, die überwiegende Mehrheit von Kindern und Jugendlichen noch nie an solchen Beteiligungsprojekten teilgenommen hat. Es bleibt also überwiegend wirkungslos, was da gemacht wird, und die Frage ist: Hat das Methode, oder haben sie es falsch angepackt? Das wären jetzt weiterführende Fragen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es wirklich einen politischen Willen zur Ermöglichung von Partizipation gibt. Wenn bestehende Verfahren nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, dann müssten die Wirkungen anderer Verfahren untersucht werden. Sie haben das angesprochen, Herr Klages. Oder ist es vielleicht doch so, wie ich immer wieder erleben kann, wenn ich bei Veranstaltungen zum Thema Bürgerkommune mit Kommunalpolitikern spreche, dass es erhebliche Vorbehalte gegen direkte Formen der Partizipation gibt. Es wird dann in der Regel nach der Legitimation derjenigen Gruppen und Personen gefragt, die nicht durch repräsentative Wahlen in ein politisches Amt gekommen sind. Das ist eine Haltung, die bisher in keiner Weise wirklich aufgebrochen werden konnte.

Adalbert Evers:

Ich sollte eigentlich direkt da anknüpfen. Mein Ausgangspunkt war ja die Beobachtung, dass es breite Bereiche des Alltagsengagements gibt, für die die Überschrift Bürger-Engagement keinen Sinn macht. Denn wenn wir vor jedes Engagement das Adjektiv „bürgerschaftlich“ setzen, dann bezeichnet bürgerschaftliches Engagement im breiteren Rahmen von Engagement kaum noch etwas

unterscheidbares und besonderes. Ich denke, bürgerschaftliches Engagement ist jenes spezifische Engagement, wo ich vor allem anderen in meiner Identität als Bürger oder lokaler Mitbürger angesprochen bin. Wir wissen aber, dass es bei Engagement an einer Schule, wenn ein Schulfest stattfindet, eine Reihe anderer Identitäten gibt, die angesprochen werden und dann für Engagement tragend sind – Mutter des Schülers zu sein, Teil der Schulgemeinde. Bürgerschaftliches und gemeinschaftliches Engagement in diesem Sinne zu unterscheiden meint aber nicht im Sinne von Besser oder weniger Wertvoll zu klassifizieren. Es geht schlicht um Verschiedenheit. Der Reichtum an Engagementformen ist also deutlich größer als das, was der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, wenn er ernst genommen wird, bezeichnet. Und dieser Reichtum kann nur teilweise mit den Konzepten der Beteiligungsforschung, speziell der Forschung zu mehr politischen Mitsprache, gefasst werden.

Das Beispiel Schule oder auch das Beispiel Stadtquartiersentwicklung zeigen einen großen Reichtum an Formen des Involviertseins – vom Chorsingen der Russlanddeutschen, die gerade über einen Kulturverein versuchen, im Stadtquartier auch eine Bedeutung zu bekommen, bis hin zur regelmäßigen Partizipation im Quartiersrat.. Es gilt, diese verschiedenen Engagementformen in ihrem Eigenwert überhaupt erst einmal zu respektieren. Die wirtschaftlichen, sozialen und die demokratischen Erträge so einer Beteiligungsvielfalt, alle miteinander gehören auf die Agenda. Und da fehlt mir dann in der Betrachtung von Alltagsbeteiligung von Seiten der institutionellen Politik sehr oft das Interesse an den demokratischen Erträgen.

Rupert Graf Strachwitz:

Zu dem Anspruch, dass die Politikwissenschaft alles mit Macht und Herrschaft assoziiert, darüber unterhalten wir uns nachher. Hier ist wohl mehr die Politik als nun gerade die Politikwissenschaft gemeint. Es gibt in unserer Gesellschaft Menschen, die sich engagieren, einmal in der Woche bei der Tafel oder sonst wo, und für sich dabei in Anspruch nehmen, dass sie dadurch an der gesellschaftlichen Entwicklung aktiv partizipieren. Und diese Menschen sagen in wachsendem Maße gleichzeitig: Alles, was mit Politik oder Parteipolitik zu tun hat, damit will ich überhaupt nichts zu tun haben, da kann ich sowieso nicht ändern, das ist möglicherweise auch alles von Übel, das ist nicht meins - aber ich partizipiere an gesellschaftlicher Entwicklung durch ganz konkrete Arbeit. Nun ist das wahrscheinlich tatsächlich etwas überspitzt gesagt, aber in der Kumulation und dort, wo es dann kollektiv wird, ist das, glaube ich, inzwischen der Realität näher als die Gegenposition. Wir wissen aber nicht, wie das tatsächlich im Einzelnen abläuft und wo diese Zahnräder ineinander greifen. Wie tragen solche rein zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen tatsächlich zur gesellschaftlichen Entwicklung bei?

Worum es mir eigentlich bei dem Thema Partizipation geht, ist, dass wir diese sehr informellen Formen der Partizipation, die gar nichts mit Macht und Herrschaft zu tun haben, einbeziehen in die Überlegungen, und dass wir versuchen, da Erklärungsmuster zu finden.

Helmut Klages:

Ich wollte nur ganz kurz sagen, dass die eine Perspektive die anderen Perspektiven überhaupt nicht ausschließt. Ich bin selbst ehrenamtlich in einem Verein außerhalb des politischen Bereichs tätig, der sich mit sozialen Fragen beschäftigt. Es gibt dort Mitarbeiter, die ihr Geschäft lieben, weil sie es für sinnvoll halten, sich mit sozialen Fragen zu beschäftigen. Es gab aber trotzdem starke Konflikte, und die hatten damit zu tun, dass diese Mitarbeiter das Gefühl hatten, an den Entscheidungsprozessen in diesem Verein zu wenig Beteiligung zu haben. Ich selbst habe dann eine Organisationsreform durchgesetzt, die dazu geführt hat, dass eine Demokratisierung des Entscheidungsprozesses innerhalb dieses Vereines stattgefunden hat, und zwar im Sinne kooperativer Führung und einer weitgehenden Entscheidungsbeteiligung der Mitarbeiter, die eigentlich an sich keine formale Entscheidungsbefugnis hatten, die aber de facto in den Entscheidungsprozess eingebunden wurden. Es ergab sich dadurch eine Explosion von Motivation. Aber gleichzeitig wurde auch ganz klar, dass dieser Verein unter starken externen Restriktionen steht, die sich aus der städtischen Sozialpolitik ergeben, und dass er abhängig ist von Entscheidungen des Sozialausschusses des Stadtrates. Wir gerieten hier an eine Grenze der Dimension, in der wir uns mit unserem internen Demokratisierungsansatz bewegen. Diese besteht grob gesagt darin, dass der zuständige Ausschuss und letzten Endes auch der Stadtrat selbst eine Vorstellung von Sozialpolitik haben, in der unsere Vorstellungen keinerlei Stellenwert besitzen und auch keine gesicherte Resonanz finden. Es entstand hier zwangsläufig der Wunsch, über Chancen zu bürgerschaftlich fundierten Inputs in die Arbeit des Stadtrates zu verfügen. Wir haben zwar versucht, das zu erreichen, aber zunächst ergebnislos, weil uns keine etablierten Verfahrensgrundlagen zur Verfügung standen. Man kommt an dieser Stelle also nicht weiter, ohne sich auf eine definitiv ins Politische erweiterte Frage nach Partizipation einzulassen. Die Verschränkung der Perspektiven ist evident!

Sabine Geiss:

Ich wollte den Fokus auch noch einmal auf die Freiwilligen lenken. Das große Interesse, das der Freiwilligen-survey gemessen hat, bezog sich nicht nur auf die Politik, sondern auch auf das öffentliche Leben insgesamt. Das führt natürlich dazu, dass sich Menschen verstärkt öffentlich beteiligen, also in Organisationen mitmachen und sich dann letztlich auch engagieren. Wir erleben im Moment, dass die Situation der Mitbestimmung und der

Mitentscheidung zwar eingeschränkter als 2004 eingeschätzt wird, insgesamt aber von zwei Dritteln der Engagierten als ausreichend eingestuft wird. Allerdings sehen wir jetzt die Organisation globaler als auf der rein politischen Ebene betrachtet. Und da ist es eben so, dass gerade in den Vereinen die Mitbestimmung deutlich besser eingeschätzt wird als in Bereichen oder in kommunalen staatlichen Einrichtungen, die sehr viel stärker abhängig sind zum einen von Entscheidungen auf der kommunalen Ebene, aber auch von der Finanzierung dort. Doch noch einmal zu den Motiven: Es ist tatsächlich so, dass die Engagierten im Wesentlichen mitmachen, nicht weil sie die große Politik machen wollen, das können sie auch nicht, das ist unrealistisch, sondern weil sie die Gesellschaft im Kleinen verändern wollen. Und das kann man in einer Initiative oder in einem Verein auch recht gut machen. Dieses Motiv kann durchaus auf die politische Ebene erweitert werden, und einige Bevölkerungsgruppen stimmen da sehr stark zu, gerade beispielsweise die Arbeitslosen, die verstärkte Wünsche und Erwartungen an das freiwillige Engagement haben.

Helmut Klages:

Nur einen Satz - vielen Dank! Das Interessante ist, wie entsteht dort kritische Masse? Das ist die wirklich interessante Kernfrage. Wann entsteht aus dem Engagement dieser vielen einzelnen Menschen eine tatsächliche Veränderung?

Jeannette Behringer:

Vielen Dank für die Diskussion. Ich möchte die wichtigsten Aspekte und Fragestellungen, die sich ergeben haben, kurz zusammenfassen: Ich denke, wir haben als ein zentrales Ergebnis herausgearbeitet, dass wir die Begrifflichkeiten Engagement und Partizipation noch einmal genauer fassen müssen, in ihren Überlappungen, aber auch in ihren ganzen Unterschieden, und hierfür unterschiedliche Ergebnisse verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen mit einbeziehen müssen. Empirisch müssen wir uns auf die Suche machen nach den verschiedenen aktuellen Formen von Partizipation und Engagement, und sie untersuchen sowohl hinsichtlich der subjektiven Absicht und Ausdrucksweise und Motivation der Engagierten selbst bis hin zur eingetretenen strukturellen und gesellschaftlichen Wirkung. Zum zweiten müssen wir uns neu und immer wieder mit der Qualität einer Partizipation auseinandersetzen, die letztlich die schwierigen Fragen der Legitimation aufgreift. Wir benötigen ausserdem verstärkt eine Forschung, die die Wahrnehmung von „Partizipation“ nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger, sondern auch durch andere Akteure, wie Politik und Verwaltung, untersucht.

Ich danke Ihnen sowie unseren Podiumsteilnehmern Herrn Prof. Evers, Herrn Prof. Klages sowie Herrn Dr. Strachwitz herzlich für die Diskussion.



III. Engagementberichterstattung

Bedarfe und Perspektiven der Engagementberichterstattung und ihrer institutionellen Begleitung

1. Einleitung

Das Thema Engagementberichterstattung hat durch den Beschluss des Deutschen Bundestages¹, regelmäßig ein Engagementbericht erarbeiten zu lassen, und durch den ersten nun vom WZB² vorgelegten Engagementbericht eine neue Qualität und eine neue konzeptionelle und strategische Bedeutung erlangt. Die umfangreichen Arbeiten, die die Enquete-Kommission zur „Zukunft bürgerschaftlichen Engagements“ geleistet hat und die durch zahlreiche Expertisen ergänzt und fundiert wurden, haben einen Fundus für eine sich als eigenständiges Politikfeld formierende Engagementpolitik gelegt. Sie haben aber auch die „Engagementforschung“ befördert, deren Agenda auf dem Programm der Tagung steht. Der Freiwilligensurvey, der nun bereits zum dritten Mal vorgelegt wird³, kann als eine der Bausteine einer bisher so noch nicht genannten Engagementberichterstattung angesehen werden. Das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“⁴ bemüht sich um eine stärkere Verschränkung vorliegender Datensätze, ihre Aufbereitung und Verschränkung. Im Nationalen Forum für Engagement und Partizipation⁵ wurden und werden Fragen diskutiert, die für eine nationale Engagementberichterstattung von Bedeutung sind und werden zudem Agenden für eine engagementbezogene Forschung diskutiert. Im Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich Ebert Stiftung werden seit langem für eine Engagementberichterstattung bedeutsame Fragen diskutiert⁶. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) identifiziert, koordiniert, moderiert und initiiert, die Diskussionen und viele Aktivitäten im weiten Feld der Engagementförderung⁷. Die Forschungslandschaft ist dabei, sich neu zu ordnen und neu zu gewichten. So ließe sich in etwa der Hintergrund beschreiben, vor der das mir gestellte Thema zu entfalten ist. (s. Abb. 1)

2. Engagementberichterstattung in Baden-Württemberg

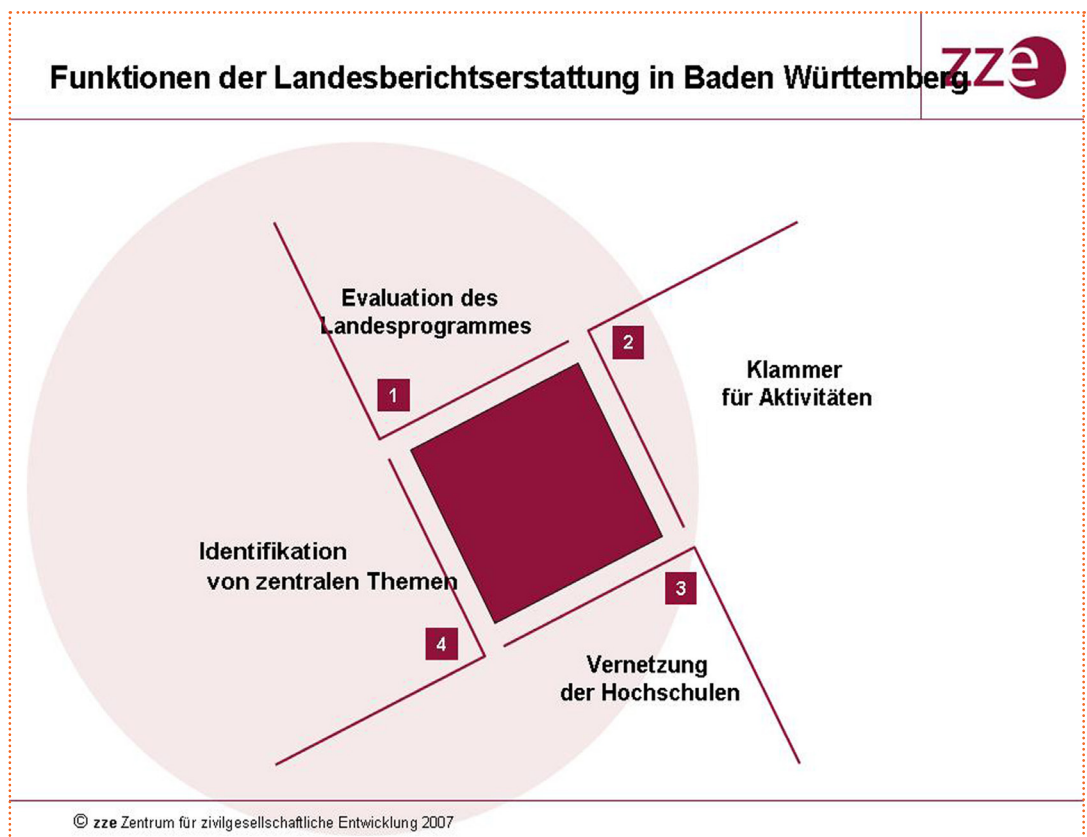
Das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) verfügt seit 14 Jahren über Erfahrungen in der Landesberichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg⁸. Hier kam und kommt der Landesberichterstattung unterschiedliche Funktionen zu: Sie diene und diene der Evaluation der vielfältigen Landesaktivitäten zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements des Ehrenamtes, sie bilde aber auch zugleich eine Klammer für die vielfältigen Aktivitäten auf kommunaler und Landesebene. Sie fördere und fördere die Vernetzung der Hochschul- und Universitätsaktivitäten und habe die Aufgabe, zentrale Themen zu identifizieren, die für die Politik und die zivilgesellschaftlichen Akteure von Bedeutung sind. Die Landesberichterstattung in Baden-Württemberg ist bundesweit einzigartig – auch in ihrer Kontinuität – und hat wesentlich Anteil daran, dass in Baden-Württemberg eine erfolgreiche und vergleichsweise konsistente Engagementpolitik betrieben wird. (s. Abb. 2)

Sie diene vielen anderen Bundesländern und dort Verantwortung tragenden Akteuren als Grundlage und Referenz für politische Aktivitäten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und für entsprechende Programme. Eine eigenständige Landesberichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement wird auch weiterhin, auch angesichts einer nationalen Engagementberichterstattung, ihre Bedeutung nicht verlieren. Obliegt doch dieses Politikfeld gerade den Ländern und bietet es ihnen in den Kommunen Chancen, originäre und passfähige Förderprogramme und Politiken „aufzulegen“. Eine nationale Berichterstattung über Engagement ändere nichts an der Kompetenzordnung in Sachen Engagement und an der ordnungspolitisch richtigen Verankerung der Engagementförderung auf der Landes- und kommunalen Ebene⁹. Die Erfahrungen

Abb. 1:



Abb. 2:



mit der Landesberichterstattung in Baden-Württemberg können für einen Engagementbericht auf Bundesebene Impulse und Anregungen geben. Gleichwohl gilt, dass eine Engagementberichterstattung auf Bundesebene in anderen Kontexten und in einen komplexeren Zusammenhang gestellt ist.

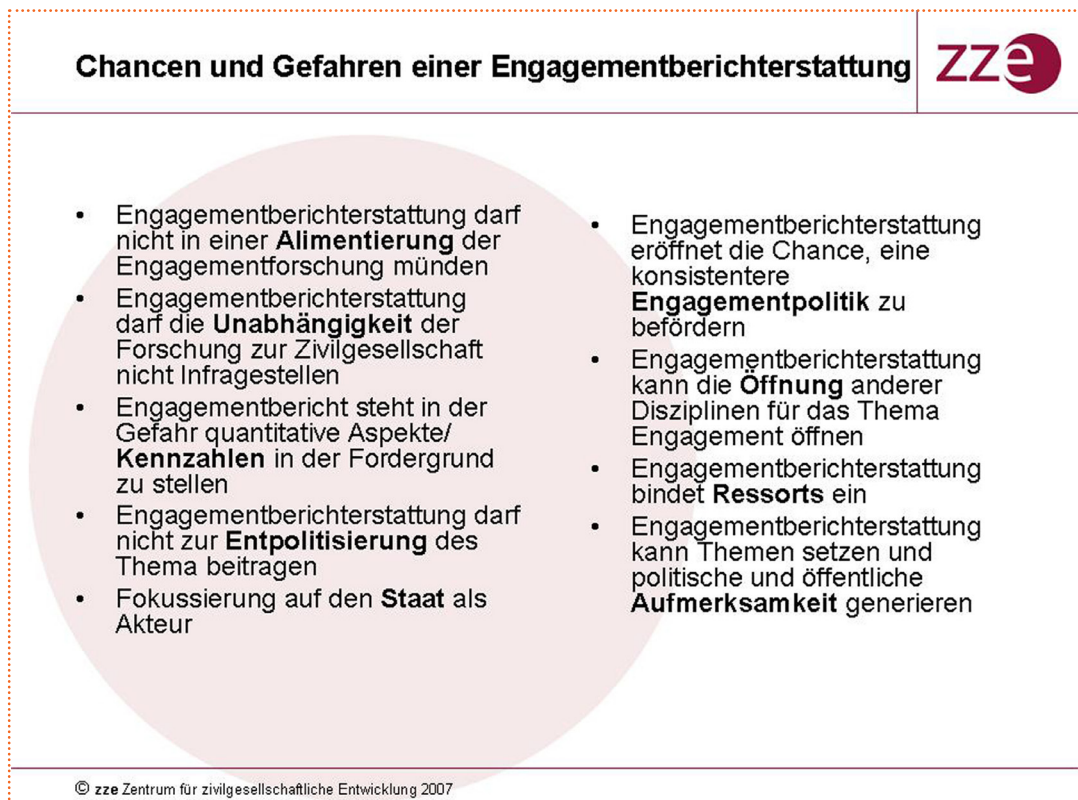
3. Chancen und Gefahren einer nationalen Engagementberichterstattung

Der Beschluss des Deutschen Bundestages, eine regelmäßige Engagementberichterstattung „in Auftrag“ zu geben, eröffnet Chancen für das Feld des bürgerschaftlichen Engagements. Er kann eine konsistentere Engagementpolitik befördern und bisher so noch nicht mit Fragen des bürgerschaftlichen Engagements befasste Disziplinen für das Thema öffnen und sie einbeziehen. Eine Engagementberichterstattung bindet alle Ressorts ein. Sie kann Themen setzen und politische und öffentliche Aufmerksamkeit für Fragen des Engagements und der zivilgesellschaftlichen Dimension der Gestaltung unserer Gesellschaft generieren. Sie begegnet aber auch Gefahren: Eine Engagementberichterstattung darf nicht in einer Alimentierung der Engagementforschung münden und die Unabhängigkeit der Forschung zur Zivilgesellschaft in Frage stellen. Eine Engagementberichterstattung steht in der Gefahr, quantitative Aspekte und Kennzahlen in den Vordergrund zu stellen: Sie inte-

ressieren eine an schneller öffentlicher Wirkung orientierte Politik besonders.

Engagementberichterstattung darf aber nicht zur Entpolitisierung des Themas beitragen und zu sehr auf den Staat als Akteur der Engagementförderung fokussieren. Ihr kann dennoch wesentliche Bedeutung auch für die Politik zukommen, die durch eine Engagementberichterstattung Glaubwürdigkeit in dem Handlungsfeld gewinnt, übergreifender wirksam werden könnte und wichtige Trends und Themen identifizieren und bearbeiten lassen kann und das zu für die Politik günstigen Konditionen. Weiterhin bietet eine Engagementberichterstattung die Möglichkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse für Politik aufzubereiten und in Empfehlungen münden zu lassen. Auch für die Wissenschaft bietet eine Engagementberichterstattung eine nicht unbedeutenden Rahmen für aufeinander bezogene Forschungen und Diskurse, lassen sich im Kontext einer Engagementberichterstattung doch Forschungsthemen und -linien identifizieren und ggf. konsentieren. Für die Praxis, für das Feld des bürgerschaftlichen Engagements und seine Förderung kann eine Berichterstattung eine Referenzfunktion für Praxisentwicklung wahrnehmen, die politische Bedeutung des Themenfeldes unterstützen, Zukunftsfragen und Trends vermitteln und als Baustein für das Wissensmanagement in dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements dienen. (s. Abb. 3)

Abb. 3:



Wie erwähnt, steht eine Berichterstattung des Bundes in Kontexten vielfältiger Forschungsaktivitäten im Bereich der Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements. Dazu gehört das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen, dazu gehören Auftragsforschungen zu Dauerbeobachtung und Wirkungsanalysen. Eigenständige Engagementforschung an Hochschulen und Universitäten, so wenig sie bislang noch zu finden ist, ist ebenso als Kontext einer Engagementberichterstattung zu berücksichtigen wie die Forschungen „anderer Disziplinen“ zu engagementrelevanten Fragestellungen, sei es in der Soziologie, in der Volkswirtschaft, in den Politikwissenschaften. Diese Kontexte sind in eine Berichterstattung zu integrieren, damit diese nicht isoliert in der Landschaft steht.

4. Typen von Berichterstattungen

Schaut man auf andere Politikfelder, in denen Bericht erstattet wird, so lassen sich unterschiedliche Typen von Berichten identifizieren. Am nahe liegendsten wäre eine unabhängige Kommission mit Expertisemitteln, wie dies aus dem Bereich der Familien-, der Alten- und Jugendberichterstattung bekannt ist. Die Vorteile einer solchen Kommission liegen in ihrer Unabhängigkeit, in ihrer Diskursivität, in der Multidisziplinarität. Es ist eine Kunst, sie zu moderieren und zu führen. Man wird aber sagen können, dass gerade die Familien-, die Jugend-, aber auch die Altenberichterstattung einen festen Platz in den entsprechenden Politikfeldern gefunden haben.

Es ließe sich auch darüber nachdenken, ob man so etwas wie „Zivilgesellschaftsweiser“, also einen Sachverständigenrat zur Engagementpolitik, einberuft, wie wir das aus dem Gesundheitswesen oder aus dem Bereich der Wirtschaft kennen. Der Vorteil einer Sachverständigenkonzeption liegt in ihrer kontinuierlichen Arbeitsweise, in der nicht ständigen, aber doch regelmäßigen Abgabe von Einschätzungen und zur Verfügungstellung von Expertise.

Nimmt man die Gesundheits- oder Sozialberichterstattung als Vorbild, so hätte eine Engagementberichterstattung zentral die Funktion, Daten zu generieren, zusammenzustellen, auszuwerten und aufzubereiten. Es fehlt aber noch an validen Datensätzen zum Feld des Engagements. Die durchaus strittige Diskussion über den Freiwilligensurvey oder auch über den Engagementatlas zeigt dies ebenso auf wie die immer wieder deutlich herausgestellten Desiderate der einzelnen Felder des Engagements und der Engagementförderung. Ein solcher Engagementbericht wäre aber etwas völlig anderes als der, der vom WZB im Jahre 2009 vorgelegt wurde. Hier handelt es sich um einen Typ von Engagementbericht, der in Politiklandschaft eher unüblich ist: die Beauftragung eines Institutes – mit oder ohne

Ausschreibung – mit einem thematisch ausgerichteten „Report, wobei beim ersten Engagementbericht viele Forschungsakteure mit einbezogen waren. Der Nachteil einer solchen Berichterstattung liegt in der potentiell großen Einflussnahme des Auftraggebers auf die Ausrichtung und auf die Ergebnisse der Arbeiten, ein Vorteil in der relativen Schnelligkeit der Erstellung.

Man wird sich entscheiden müssen, in welche Richtung man die Engagementberichterstattung des Bundes profiliert. Bei allen Typen der Engagementberichterstattung lassen sich unterschiedliche thematische Ausrichtungen vorstellen. Engagementberichte könnten ähnlich dem Alten- und Familienbericht thematische Schwerpunktsetzung enthalten, eine Handlungsfeld- und Zielgruppenorientierung verfolgen. Ein Engagementbericht könnte erweitert werden um den Aspekt der Partizipation und als Engagement- und Partizipationsbericht kommuniziert werden, um die Zusammenhänge zwischen Engagementförderung und politischer Partizipation deutlicher zu machen. Das Thema Governance und Engagement liegt als eines nahe, das in einer staatlichen Engagementberichterstattung verfolgt werden könnte. Auch das Thema Bildung und Engagement/Partizipation ließe sich als ein auch strategisch zentrales Thema ausmachen. Das sind nur Beispiele für eine mögliche inhaltliche Ausrichtung einer Engagementberichterstattung.

5. Perspektiven und Empfehlungen zur Diskussion

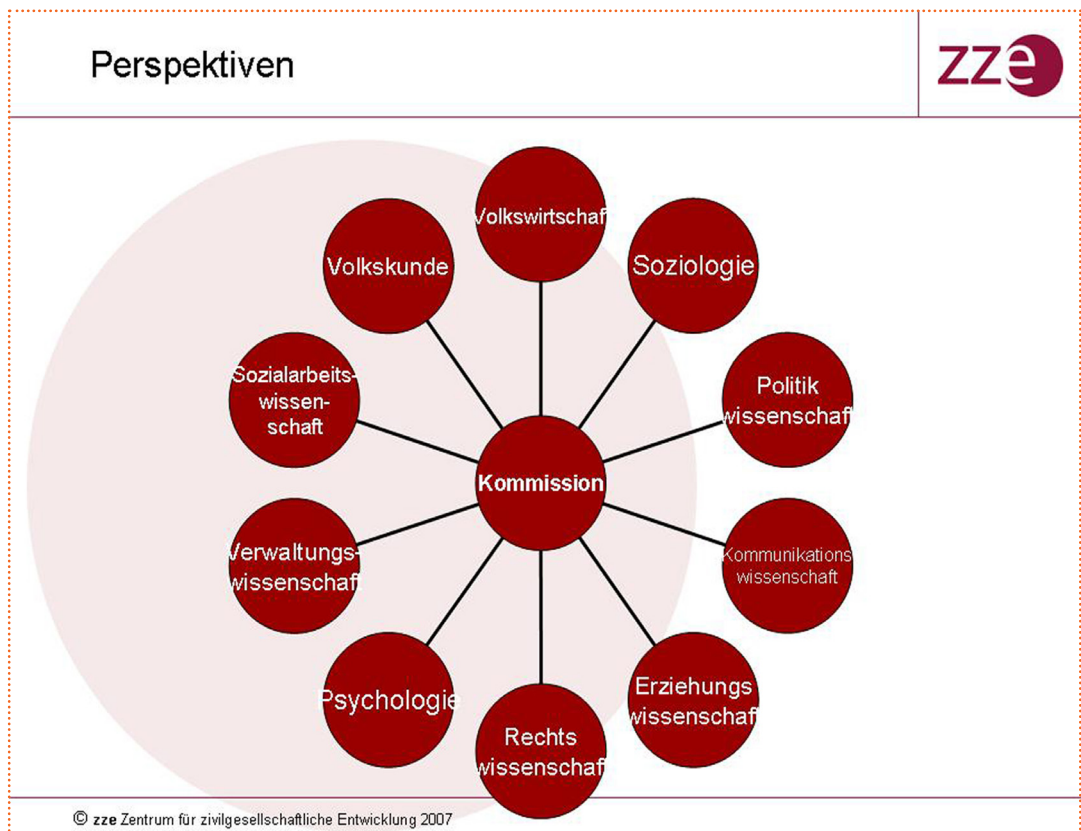
Aus meiner Sicht wäre angesichts der Breite des Feldes, der unterschiedlichsten Formen des Engagements und der vielen Ebenen, die mit Engagementförderung zu tun haben, eine Kommission à la Altenberichts- und Familienberichtskommission am nahe liegendsten und sinnvollsten. Ich würde sehr dafür plädieren, nicht (nur) die „üblichen Verdächtigen“ in eine solche Kommission zu berufen, sondern gerade andere Disziplinen einzubeziehen, die sich mit dem Thema der Zivilgesellschaft und des Engagements bislang so noch nicht intensiv und nicht bezogen auf das Feld der Engagementförderung und -politik befasst haben. Dazu gehören beispielsweise die Volkswirtschaft, die Volkskunde, die Verwaltungswissenschaft, die Psychologie, die Kommunikationswissenschaften. Auch eine politikwissenschaftliche, aber auch eine angewandte sozialarbeitswissenschaftliche Auseinandersetzung wären sinnvoll in eine solchen Kommission zu integrieren. (s. Abb. 5)

Zumindest auf Zeit würde eine solche Kommission wichtige Arbeit leisten und für die politisch mit der Engagementberichterstattung verfolgten Zielsetzungen Politikempfehlungen aussprechen können und unabhängige und weiterführende Ergebnisse vorlegen. Daran fehlt es bislang durchaus: Engagementpolitik ist, wenn es denn

Abb. 4:



Abb. 5:



jemals ein eigenständiges Politikfeld werden kann und soll, bislang nicht als eine konsistente Politik erkennbar und noch zu sehr in ministeriale Logiken und politische Aufmerksamkeitsbewirtschaftungen eingebunden sowie von Segmentierungen geprägt. Damit sollen nicht Einzelprogramme in ihrer Bedeutung und ihrem Erfolg relativiert werden, aber es soll doch entschieden für eine unabhängige Kommission geworben werden.

Parallel zu einer Engagementberichterstattung könnten in einem vom Bund geförderten Beirat zu Forschungsaufträgen beim federführenden Ministerium die Engagementforschung und ihre Desiderate einem Monitoring unterzogen werden. Ein solcher Beirat hätte sich nicht nur mit wissenschaftlichen Surveys wie dem Freiwilligensurvey auseinanderzusetzen, wie dies bislang der Fall ist. Einzubetten wäre ein Engagementbericht in eine zivilisierte und selbstaktive Forschungslandschaft, die sich noch stärker zu strukturieren hätte und die unterschiedlichen Felder der Engagementforschung „auf Augenhöhe“ einbezieht. Zivilgesellschaft ist in einem aktuellen Verständnis ganz wesentlich eine Handlungslogik. Sie sollte sich auch in der Engagementforschungslandschaft als Gütekriterium etablieren.

Anmerkungen

- 1 Drucksache 16/12221 vom 11.03.2009: „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Britta Haßelmann, Kai Gehring, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/12055: Nationaler Engagementplan der Bundesregierung.“
- 2 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.) 2009: „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Projektgruppe Zivilengagement.“
- 3 Rosenblatt, Bernhard von (Hg.) 2001: „Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht.“ Stuttgart.
Gensicke, Th./Picot, S. Geiss, S. 2005: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). München.
Gensicke, Th. 2009: Dritter Freiwilligensurvey 2009. Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement. TNS Infratest Sozialforschung, München.
Informationen zum 3. Freiwilligen-Survey 2009 : <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/freiwilligensurvey-3,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
- 4 Stiftungsverband (Hg.) 2009: Zivilgesellschaft in Zahlen. Der Beitrag des gemeinnützigen Sektors zur gesellschaftlichen Entwicklung und zur Wirtschaftskraft Deutschlands. Essen.
http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/dritter_sektor/downloads/zivilgesellschaft_in_zahlen_sammelband_01.pdf
http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/dritter_sektor/downloads/zivilgesellschaft_in_zahlen_projektflyer.pdf
- 5 Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) 2009: „Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht.“ Berlin.
- 6 <http://www.fes.de/buergergesellschaft/>
- 7 <http://www.b-b-e.de/>
- 8 Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan/Hoch, Hans/Heimer, Franz-Albert/Scharte, Ulrike 2004: Wissenschaftlicher Landesbericht zu Bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2002 und 2003. Sozialministerium Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart.
Hoch, Hans/Klie, Thomas/Wegner, Martina: 2. Wissenschaftlicher Landesbericht zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg 2004/ 2005/06 (Stuttgart, Freiburg).
Klie, Thomas (i. E.): „Landesberichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg und Einsichten für die Engagementförderung. In: WZB-Konferenzband „Engagementforschung: Nationaler und internationaler Erkenntnisstand und forschungspolitische Perspektiven.“
- 9 Igl, G. 2009: „Fördermöglichkeiten des Bundes bei lokalen und regionalen Infrastrukturvorhaben auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements. Rechtsgutachten erstattet im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Oktober 2009.

Engagementberichterstattung – Erfahrungen aus der Erstellung des Expertenberichts „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“

1. Einleitung

Seitdem die Konzepte von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft in der Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft verstärkte Aufmerksamkeit erfahren, werden auch Forderungen nach dem Aufbau einer umfassenden Datenbasis und nach der Verbesserung wissenschaftlicher Analysetätigkeit gestellt. Mit den Angaben aus dem Freiwilligensurvey, dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) oder anderen Untersuchungen liegen bereits wesentliche Basisdaten zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Ausprägung der Zivilgesellschaft vor. Die einzelnen Erhebungen haben dabei einen unterschiedlichen Stellenwert – beispielsweise der Freiwilligensurvey wegen der Breite und Tiefe der Erfassung des Engagements, das SOEP aufgrund der langen Zeitreihe, für das es Daten zum Engagement liefert.

Gleichzeitig bleiben diese beiden Basiserhebungen ebenso wie die anderen Erhebungen aufgrund der jeweiligen Begrenzungen und ihres besonderen Fokus der Betrachtung in ihren Aussagen beschränkt. Es sind deshalb noch beträchtliche Datenlücken vorhanden, und häufig ist die Datenqualität unzureichend. Umso mehr ist der Ruf nach einer wissenschaftlich fundierten Engagementberichterstattung zu unterstützen.

2. Erfahrungen bei der Erstellung des Expertenberichts „Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“

Der Expertenbericht „Zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ (Alscher et al. 2009) ist als Vorläufer eines umfassenden wissenschaftlichen Berichts zu sehen, mit

dessen regelmäßiger Erstellung – einmal pro Legislaturperiode – der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt hat.

Dieser Bericht, der im Rahmen der Initiative ZivilEngagement „Miteinander – füreinander“ verfasst und im Juni 2009 von der Projektgruppe Zivilengagement des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) vorgelegt wurde, bietet einen Überblick zum gegenwärtigen Stand des Engagements. In die Erarbeitung des Berichts waren in der Engagementforschung führende Wissenschaftseinrichtungen sowie Experten aus der Engagementpraxis einbezogen. Es wurden 13 Expertisen (vgl. www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/zeng.de.htm) erstellt sowie Aufbau und Entwurf des Berichts auf zwei Workshops diskutiert. Insofern wurde diese Berichterstellung durch den Auf- und Ausbau eines Forschungsnetzwerkes begleitet, so dass der Bericht nicht nur das Ergebnis der Projektgruppe am WZB, sondern auch ein Gemeinschaftsprodukt von Wissenschaft und Praxis darstellt.

In die Analysen wurden unterschiedliche Datenquellen einbezogen: Insgesamt sind es 23 Datensätze bzw. Untersuchungen, die sekundäranalytisch verwertet wurden – neben dem Freiwilligensurvey und dem SOEP Erhebungen wie der „European Social Survey“ oder der „Survey of Health, Aging and Retirement in Europe“. Auch Studien wie der Familienbericht, der Altenbericht oder der Kinder- und Jugendbericht wurden einbezogen. Der Engagementbericht beschränkt sich in seinem komplexen Verständnis von Engagement inhaltlich nicht auf das formelle Engagement, das in den zivilgesellschaftlichen Organisationen und in den Beteiligungsformen im Rahmen staatlicher Institutionen existiert. Berücksichtigt wird auch das informelle Engagement, das in Netzwerken zur Hilfe und Unterstützung in der Nachbarschaft, im Freundeskreis oder auf anderen Ebenen geleistet wird.

Der Bericht verfolgt im Einzelnen drei Ziele:

- Erstens bilanziert er den Ist-Zustand und gibt einen Überblick über die Entwicklung und gegenwärtige Situation des Engagements in Deutschland. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Darstellung des Engagements im Kontext der Familie, denn diese Thematik stand bislang nicht im Blickfeld der Engagementforschung. Der Bericht geht speziell darauf ein, welchen Beitrag Engagement unter den Bedingungen des demographischen Wandels leisten kann und wie die Rahmenbedingungen für Engagement zu verbessern sind. Es wird untersucht, ob die Zahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu- oder abnimmt und inwiefern sich das Engagement über die Zeit in andere Bereiche verlagert.
- Zweitens werden zukünftige Aufgabenfelder sowie allgemeine Entwicklungstrends und -potenziale des bürgerschaftlichen Engagements aufgezeigt.
- Drittens entwickelt der Bericht Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und die künftige Forschung zum Engagement.

Entsprechend den Zielstellungen gliedert sich der Engagementbericht in fünf Kapitel:

- Im ersten Kapitel – „Ausgangspunkte und methodische Grundlagen“ – wird auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen, die dem bürgerschaftlichen Engagement eine hohe Aktualität verleihen. Gleichzeitig werden die unterschiedlichen Kontexte und Aufgabenbereiche erörtert, in denen an das Engagement besondere Erwartungen gestellt werden. Schließlich vermittelt dieses Kapitel einen Überblick zur Herangehensweise, zu den einbezogenen empirischen Untersuchungen und zu bestehenden methodischen Problemen.
- Das zweite Kapitel – „Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements“ – betrachtet einerseits das individuelle Engagement und andererseits den Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen als wichtigen infrastrukturellen Rahmen. Die differenzierten Analysen nach Engagementbereichen und -formen, sozioökonomischen und demographischen Merkmalen sowie nach unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen verdeutlichen die starke Heterogenität und Differenziertheit des Engagements. Wichtige Aspekte sind dabei Vereinbarkeitsproblematiken von Beruf, Familie und Engagement, das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagement sowie Fragen der künftigen Engagemententwicklung.
- Das dritte Kapitel – „Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen“ – konzentriert sich auf die Zusammenhänge zwischen Familien und Engagement im Bereich Fürsorge und Pflege. Im Zentrum stehen dabei die

jeweils vorhandenen Engagementleistungen hinsichtlich Umfang und inhaltlicher Ausrichtung. Ausgangspunkt ist die Ermittlung konkreter Bedarfe und Problemlagen von Familien und älteren Menschen. Neben Analysen zu familienunterstützenden Angeboten, die an zivilgesellschaftliche Organisationen gebunden sind, wird das informelle Engagement, das durch Nachbarn, Freunde und Bekannte geleistet wird, hier besonders berücksichtigt. Zugleich wird Familie als wichtige Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet.

- Das vierte Kapitel – „Engagementpolitik“ – untersucht den aktuellen Stand der Engagementpolitik auf den föderalen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und entwickelt Vorschläge sowie Handlungsempfehlungen für die Akteure in diesem Politikfeld: Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft. Die Grundlagen bilden die im zweiten Kapitel herausgearbeiteten Tendenzen und die Lage des Engagements sowie die Ergebnisse des dritten Kapitels zum Engagement im Kontext von Familie.
- Im abschließenden fünften Kapitel – „Forschung für künftige Engagementberichterstattung“ – wird erläutert, wie die derzeit noch bestehenden Defizite an empirischen Daten behoben werden können und wie eine künftige Forschungsinfrastruktur aussehen sollte.¹

Wie die bisherigen Reaktionen auf den Bericht belegen, leistet er einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Beratung der Politik und der zivilgesellschaftlichen Akteure. Er trägt aber auch zur Information und Beförderung des öffentlichen Diskurses zum Engagement bei und kann so die Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung als Grundlage für die Berichterstattung befördern.

Gleichzeitig macht der Bericht auf wesentliche Defizite und Leerstellen aufmerksam. Es wird deutlich gezeigt, dass ein erforderlicher Qualitätssprung in der Engagementforschung sich nicht nur auf Fragen der Datenerhebung und empirischen Beschreibung beschränken darf. Vielmehr muss sich die Forschung stärker der Erklärung von Zusammenhängen und der Entwicklung theoretischer Modelle des Engagements zuwenden. Als eine Ursache für den unbefriedigenden Kenntnisstand zum Engagement wird die unzureichende theoretisch-konzeptionellen Fundierung der Thematik gesehen. Um diese Situation zu verbessern, hat eine kritische Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Engagementkonzepten zu erfolgen.

Das Fehlen einer allgemeingültigen Definition und die kategoriale Vielfalt verlangen nach einer weiterführenden wissenschaftlichen Klärung: Durch die synonyme Verwendung von Bezeichnungen wie Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit oder freiwillig

liges Engagement bestehen noch immer einschneidende begriffliche Unklarheiten. Bei den Akzentsetzungen bleiben die unterschiedlichen Diskurse, die die Engagementthematik in einzelnen Feldern und Formen auszeichnen, weitgehend unberücksichtigt. Während z.B. der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements die Teilhabe- und Demokratisierungsfunktion an prominente Stelle rückt, reicht eine solche Akzentsetzung für das Engagement in seinen vielschichtigen Ausprägungen und neueren Entwicklungsrichtungen nicht mehr aus. Insofern ist zu überlegen, ob der Begriff des Zivilengagements die Komplexität und Vielschichtigkeit der Thematik nicht besser reflektieren kann.

Aus den Erfahrungen, die bei der Erstellung des Engagementberichts gewonnen wurden, lässt sich ableiten, dass eine Verstärkung der Grundlagenforschung und eine Verbesserung der Forschungsinfrastruktur in folgender Hinsicht erforderlich sind:

- Durch die Etablierung eines Forschungsverbundes sind die Koordination und die Abstimmung zwischen den verschiedenen Forschungsprojekten zu verbessern. Der Auf- und Ausbau eines Forschungsnetzwerkes muss zu einer stärkeren Zusammenarbeit einschlägiger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Disziplinen und zu einer netzwerkartigen Verknüpfung der Forschungsaktivitäten führen.
- Mit der Einrichtung einer wissenschaftlichen Koordinierungs- und Dokumentationsstelle können die Voraussetzungen für eine bessere Verbreitung und Nutzung vorhandener wissenschaftlicher Resultate geschaffen werden. Dadurch lassen sich nicht nur Doppelarbeiten vermeiden, sondern können auch Ansatzpunkte für Kooperationen hergestellt werden.
- Die Forschungsförderungsorganisationen sind zu sensibilisieren, damit sie durch die Initiierung von Programmen und Projekten das Thema unterstützen. Um die anstehenden Aufgaben zu lösen, sind ferner neue Formen der Forschungsförderung erforderlich. Durch die Zusammenführung von Mitteln aus unterschiedlichen Quellen (Stiftungen, Bundes- und Länderministerien, zivilgesellschaftliche Organisationen) soll die Forschung weiter ausgebaut werden. Diese Form trägt außerdem dazu bei, dass neben rein wissenschaftlichen Zielstellungen Fragen der praktischen Gesellschaftspolitik und die Interessenlagen von Ländern, Kommunen, Stiftungen und weiteren Organisationen Berücksichtigung finden.
- Zur Gewährleistung von Langfristigkeit und Kontinuität in der Forschungsförderung zum Engagement darf seitens des Staats nicht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der alleinige Ansprechpartner sein, sondern auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung muss eine stärkere Rolle spielen. Um

neben der Forschung die Lehre auszubauen, sind an Hochschulen spezielle Lehrstühle einzurichten.

- Des Weiteren kann die Einrichtung eines gesonderten Fonds auf der Grundlage eines Forschungsprogramms bei der DFG eine wichtige unterstützende Funktion einnehmen.

3. Aufbau einer Engagementberichterstattung

Unter einer Engagementberichterstattung ist mehr als ein pro Legislaturperiode zu erstellender Bericht, wie er vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, zu fassen. Dieses Format, das wir aus anderen Themenfeldern – z.B. als Familienbericht, Altenbericht oder Kinder- und Jugendbericht – kennen, basiert im Wesentlichen auf der Zusammenfassung sowie der Aus- und Verwertung von bereits existierenden Berichtssystemen. Diese wurden, wenn man deren Entstehungsgeschichte verfolgt, konzeptionell als gesondertes Projekt entwickelt; sie sind hinsichtlich der Erhebung und Bereitstellung von Daten recht umfassend angelegt, methodisch fundiert und öffentlich zugänglich.

Engagementberichterstattung muss in dieser Hinsicht also mehr sein als ein Engagementbericht: Sie ist eine systematische Zusammenführung und Anordnung von empirischen Daten nach wissenschaftlichen, methodischen Kriterien und Kategorien. Die erforderlichen aufwendigen konzeptionellen Vorleistungen und Entwicklungsarbeiten wurden in anderen Bereichen, die als Referenz und Beispiel für die Engagementberichterstattung dienen, weitgehend abgeschlossen. Zu nennen sind beispielsweise der Aufbau der Gesundheitsberichterstattung oder der Umweltberichterstattung.

Inwiefern das laufende Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ für die Engagementberichterstattung entsprechende Aufgaben übernehmen kann, bleibt abzuwarten. Konzeptionell scheint aber hier eine über den bisherigen Ansatz hinausgehende Erweiterung notwendig zu sein. Weitreichende Zielstellungen, wie sie z.B. für die Gesundheitsberichterstattung verfolgt wurden, hat dieses Projekt bislang nicht (vgl. Anheier/Spengler 2009). Auch die erforderlichen umfangreichen Entwicklungs- und Aufbaukapazitäten stehen zurzeit für eine Engagementberichterstattung nicht zur Verfügung. Die Beschränkung auf eine reine Berichterstellung, wie sie gegenwärtig wahrzunehmen ist, führt zu einer Situation, bei der aktuell wie langfristig eine systematisch aufgebaute, wissenschaftlich methodischen Standards folgende Datenbasis nicht oder nur partiell vorhanden ist. Der bestehende Flickenteppich von empirischen Informationen kann – trotz des unzweifelhaft hohen Werts seiner Einzelbestandteile – eine solide, systematische und nach fundierten wissenschaftlichen Kriterien strukturierte Datenbasis nicht ersetzen.

Daher hat die Forschung sich beiden Aufgaben zu stellen: Aufbau einer Engagementberichterstattung und Erstellung eines Engagementberichts. Die Schaffung einer langfristigen und dauerhaften empirischen Informationsbasis, die auch Grundlage für künftige Berichte sein kann, ist gegenwärtig weder auf der Agenda der Forschung, der Ministerien und Institutionen, die sich mit der Engagementthematik befassen, noch auf der Tagesordnung der Forschungsförderer zu finden.

Eine künftige Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft bedarf einer umfassenden und sicheren Datenbasis. Immer wieder wird heute kritisiert, dass nur unzureichend zuverlässige und differenzierte Ergebnisse zur Lage und Ausprägung des Engagements vorliegen. Erforderlich sind deshalb ausreichend zuverlässige und statistisch belastbare Daten, die es ermöglichen, die aktuelle Engagementsituation genau abzubilden und zugleich Entwicklungen und Veränderungen des Engagements differenziert darzustellen.

Bei Datenerhebungen – der Freiwilligensurvey beispielsweise wird im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt – sollte die Wissenschaft zur Qualifizierung der Datenbasis stärkeren Einfluss erhalten. Zur Schließung vorhandener Datenlücken (z.B. zum informellen Engagement, zur Vereinbarkeit Beruf–Familie–Engagement oder zum Stellenwert zivilgesellschaftlicher Organisationen) ist die Engagementthematik zugleich stärker in das amtliche statistische System zu integrieren. Dadurch kann ein dauerhafter Grundstock gesicherter und belastbarer Daten zur Verfügung gestellt werden. Eine Kooperation der Wissenschaft mit der amtlichen Statistik ist – dies belegt das österreichische Beispiel – durch die Aufnahme eines speziellen Frageprogramms als eine freiwillige Zusatzerhebung im Rahmen des Mikrozensus möglich.

Ein Konzept für eine Engagementberichterstattung muss, wie die Erfahrungen zum Aufbau anderer themenorientierter Berichtssysteme zeigen, folgende Punkte klären (vgl. Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung 1990):

- Bestimmung, welche Informationen in Art, Umfang oder Qualität bisher nicht oder nicht ausreichend vorhanden und deshalb in ein Engagementberichtssystem zur Schließung von Datenlücken aufzunehmen sind;
- Ermittlung und Festlegung der Nutzer des Engagementberichtssystems;
- Sondierung von geeigneten Datenquellen für die Nutzung in einem Engagementberichtssystem sowie Bewertung deren Qualität;
- Festlegung von Verwertungsformen, die von der regelmäßigen Berichterstattung über themenbezogene Berichte bis zur Bereitstellung von speziellen Informationen reichen;
- Entwicklung von geeigneten Kooperations- und Organisationsformen für den Aufbau und die dauerhafte Funktion der Engagementberichterstattung;
- Festlegung von Phasen und Strukturen des Aufbaus der Engagementberichterstattung;
- Bestimmung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für den Aufbau und die Funktion der Engagementberichterstattung;
- Ermittlung der Kosten und der Finanzierungsquellen.

Um diese Aufgaben zu realisieren, bedarf es der Anstrengungen unterschiedlicher Akteure. Langfristigkeit und Koordination dieses Prozesses sind ebenso unabdingbar wie personelle und finanzielle Ressourcen. Auch hier sollte man sich an anderen Informationssystemen orientieren und nicht davon ausgehen, dass eine Engagementberichterstattung nebenbei und kostenneutral zu entwickeln ist.

Anmerkungen

- 1 Für die Konferenz „Engagementforschung: Nationaler und internationaler Erkenntnisstand und forschungspolitische Perspektiven“ im WZB am 12./13.11.2009 wurde von der Projektgruppe Zivilengagement eine Forschungsprogrammatik „Engagement“ entworfen, die als Grundlage für weitere Diskussionen anzusehen ist (vgl. Anlage). Die Beiträge der Konferenz erscheinen demnächst in einem Sammelband (Priller et al. 2010).

Literatur

- Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (2009): Zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin: BMFSFJ. Download: www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/bericht_buergerschaftlichesengagement_2009.pdf
- Anheier, Helmut K./Spengler (Hg.) (2009): Auf dem Weg zu einem Informationssystem Zivilgesellschaft. Anspruch, Potentiale, Verknüpfungen. Zivilgesellschaft in Zahlen, Bd. 1. Essen: SV Wissenschaftsstatistik GmbH.
- Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung(1990): Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung. Bestandsaufnahme und Konzeptvorschlag. Sankt Augustin: Asgard Verlag.
- Priller, Eckhard/Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Speth, Rudolf (Hg.) (2010): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Münster: LIT Verlag (im Erscheinen).

Entwurf einer Forschungsprogrammatik „Engagement“

Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft haben in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmende Aufmerksamkeit erfahren. Deutlich verbessert hat sich das empirische Wissen über das Engagement, und die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist stark gestiegen.

Obwohl die Forschung zu diesen Themen einen beachtlichen Aufschwung erfahren hat, ist dieser Wissenschaftsbereich in Deutschland immer noch unzureichend entwickelt. Der notwendige Qualitätssprung in der Engagementforschung muss sowohl in Bezug auf die theoretische Durchdringung, die Datenerhebung und die empirische Beschreibung als auch hinsichtlich der Untersuchungen, die sich der Thematik in der Tiefe widmen, erfolgen. Die Entwicklung eines längerfristigen Forschungsprogramms kann dazu einen wichtigen Beitrag liefern.

Die vorliegende Diskussionsgrundlage benennt bestehende Defizite und zeigt Wege und Möglichkeiten ihrer Beseitigung auf.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Punkte:

1. Theorie

Eine wesentliche Ursache für den unbefriedigenden Kenntnisstand zum Engagement ist in der unzureichenden theoretisch-konzeptionellen Fundierung der Thematik zu sehen. Um diese Situation zu verbessern, hat eine kritische Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Engagementkonzepten zu erfolgen. Das Fehlen einer allgemeingültigen Definition und die vorhandene kategoriale Vielfalt erfordern eine weiterführende wissenschaftliche Klärung. Eine Weiterentwicklung des Begriffsinstrumentariums hat präzisen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden und muss verbesserte

empirische Operationalisierungen sowie eine eindeutige empirische Vorgehensweise ermöglichen.

2. Partizipation und Mitgestaltung

Mitgestaltungsmöglichkeiten und Öffentlichkeit sind zentrale Elemente des bürgerschaftlichen Engagements. Eine künftige Engagementforschung muss sich stärker den Veränderungen der Öffentlichkeit wie dem Medienwandel und dem Entstehen neuer medial vermittelter Partizipationsformen widmen. Ebenso wichtig ist es, die Mitgestaltungsmöglichkeiten in den sich verändernden zivilgesellschaftlichen Organisationen genauer zu untersuchen. Insbesondere wird es darauf ankommen, die reale Beteiligung und die Beteiligungsmöglichkeiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen empirisch zu erfassen und Möglichkeiten der Verbesserung aufzuzeigen.

3. Themenvielfalt und Veränderung thematischer Schwerpunkte

Das Engagement ist in seinen natürlichen Wandlungsprozessen zu untersuchen. Der „Strukturwandel“ des Engagements ist ein ständiger Prozess. Aus praktischer und wissenschaftlicher Perspektive resultieren hieraus sich verändernde Schwerpunktsetzungen und Fokussierungen der Forschung. Künftig gilt es die Ausprägungen des informellen Engagements stärker und systematischer mit einzubeziehen. Des Weiteren müssen die Rolle und das Wirken von Netzwerken, Spenden, Sponsoring und Öffentlichkeitsarbeit Niederschlag in entsprechenden Projekten finden. Auch das Internet ist in seinen vielfältigen Einfluss- und Realisierungsrichtungen verstärkt zu berücksichtigen. Ökonomisierungstendenzen und die Ausprägung von Marktelementen, wie sie sich in Form von Leistungsausschreibungen, Wettbewerb und hierarchischer Steuerung in den Organisationen zeigen,

müssen intensiv analysiert werden. Auf der individuellen Ebene sind Monetarisierungstendenzen im Engagement und deren Auswirkungen zu untersuchen.

4. Spezifik soziodemographischer Gruppen und komplexer Ansätze

Die Untersuchung des Engagements spezieller Bevölkerungsgruppen, z.B. von Jugendlichen und Älteren, ist weiter zu verfolgen und auszubauen. Zugleich ist verstärkt der Einfluss komplexer Faktoren, wie sie mit dem Schicht-, dem Lebenslage-, dem Lebensstil- oder dem Milieuansatz aufgezeigt werden können, in die Engagementforschung zu integrieren. Dadurch lassen sich Veränderungen von Faktoren und Bedingungen für die weitere Ausprägung der Engagementkultur intensiver berücksichtigen.

5. Untersuchung des Motiv- und Wertewandels

Die Konzepte des Motiv- und Wertewandels (von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten) sind mittlerweile mehr als ein Vierteljahrhundert alt. Trotzdem bestimmen sie noch immer normativ die Debatte auch in der Engagementforschung. Angesichts des Wandels hin zu einer Einwanderungsgesellschaft, der Debatte um eine neue Bürgerlichkeit und des Schrumpfens der Mittelschichten sind die Fragen des Motiv- und Wertewandels neu zu untersuchen.

6. Angebots- und Nachfrageorientierung sowie Effizienz- und Wirkungsmessung

Die künftige Engagementforschung muss das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Engagementleistungen stärker in den Blick nehmen. Bislang fehlt es an Erkenntnissen darüber, wie viel Engagement eine Gesellschaft für welche Zwecke braucht. Die Ermittlung echter Bedarfe auf der Nachfrageseite und die Messung von Wirkungen und Effekten auf der Angebotsseite des Engagements tragen zur Engagemententwicklung bei. Sie dienen einer differenzierten Nutzenbestimmung des Engagements.

7. Engagement und Unternehmen

Die Forschung zum Engagement von Unternehmen ist zu intensivieren. Dies betrifft vor allem neue theoretische Konzepte für dieses Engagement, die interdisziplinär in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftswissenschaften erarbeitet werden müssen. Insbesondere geht es darum, die Themen Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility stärker in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen zu verankern.

Darüber hinaus sind durch quantitative Forschung das Engagement von Unternehmen, ihre Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Engagementförderung in regionalen und lokalen Netzen intensiver zu untersuchen.

8. Verbesserung der Datenlage

Eine künftige Engagementforschung muss in der Lage sein, die Veränderungen und die Dynamik des individuellen Engagements in Umfang und Tiefe ebenso zu analysieren, wie es bei der Arbeitsmarkt- oder Armutsforschung schon lange der Fall ist. Dies setzt eine weitgehende inhaltliche Klärung und methodische Übereinstimmung der zu analysierenden Kategorien voraus. Das bedeutet keine „Zwangs“vereinheitlichung der Debatten bzw. Verständigung auf eine einzige Datenquelle, sehr wohl aber eine klare Bestimmung der Unterschiede, Grenzen und Interpretationsmöglichkeiten der mittels unterschiedlicher Methoden gewonnenen Angaben. Wie in der Arbeitsmarkt- und Armutsforschung benötigt die Engagementforschung Datensätze, die hinreichend differenzierte Ergebnisse zu Engagierten, Engagementformen und -bereichen liefern. Auch für die Engagementforschung sind bessere Voraussetzungen für Panelanalysen zu schaffen.

9. Kooperation mit der amtlichen Statistik

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Datenlage des Engagements stellt die Kooperation von Forschung und amtlicher Statistik dar. Auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen hat eine solche Kooperation im Rahmen des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ bereits Gestalt angenommen. In Bezug auf das Engagement ist daran zu denken, ein entsprechendes Modul dem Mikrozensus anzufügen. Ein solches Vorgehen soll und kann Erhebungen wie den Freiwilligensurvey und dessen spezifische Information nicht ersetzen, vielmehr würde es entsprechende Erhebungen ergänzen.

10. Interdisziplinäre Ansätze

Da der Gegenstand des Engagements vielschichtig ist, muss verstärkt interdisziplinär geforscht werden. Besondere Aufmerksamkeit hat bei der Weiterentwicklung der Interdisziplinarität die hohe Komplexität und Dynamik des Engagements zu finden. So ist die zunehmende Dienstleistungsorientierung im Engagement sowohl von den Sozialwissenschaften als auch aus politikwissenschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Perspektive zu untersuchen. Verbindungen bestehen zu weiteren Fachdisziplinen, beispielsweise der Netzwerk-, Gender-, Nachhaltigkeits- und Personalmanagementforschung.

11. Organisationsbezogene Analysen

Es ist ein stärkeres Gewicht auf die Erhebung und Analyse von organisationsbezogenen Daten zu legen. Die Schlüsselrolle von Organisationen und Institutionen für die Entwicklung von Engagement muss eine angemessene Beachtung finden. Gerade bei den Organisationen sind Veränderungen eingetreten, die sich auf der Ebene des Engagements niederschlagen und seine organisationale Rahmung beeinflussen. Auch auf der Organisationsebene sind anspruchsvolle Daten zu erheben, die u.a. Panelanalysen ermöglichen.

Forschung auszubauen. Die Einrichtung eines gesonderten Fonds auf der Grundlage eines speziellen Forschungsprogramms kann eine wichtige unterstützende Funktion haben. Um neben der Forschung die Lehre zu verbessern, sind an Hochschulen spezielle Lehrstühle einzurichten.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Projektgruppe Zivilengagement

Mareike Alscher
Dietmar Dathe
Eckhard Priller
Rudolf Speth

12. Qualitative Forschung

Quantitative Untersuchungen mittels Survey-Studien haben ihre Grenzen. Deshalb sind qualitative Studien erforderlich, die sich besonders den dynamischen Prozessen der Aus- und Wiedereintritte des Engagements, wie sie in Lebensläufen und Biographien von Personen und Gruppen zum Ausdruck kommen, zuwenden können. Sie müssen auch in der Lage sein, gerade jene Formen des Engagements zu erfassen und zu analysieren, die außerhalb des klassischen Ehrenamts und der unentgeltlichen Mitarbeit in festen organisatorischen Strukturen entstanden sind. Qualitative Analysen sind ebenfalls auf der Ebene der Organisationen erforderlich, um in die Komplexität aktueller Wandlungs- und Veränderungsprozesse tiefer und komplexer einzudringen.

13. Forschungsinfrastruktur

Der derzeitige Forschungsstand und die künftigen Ansprüche erfordern eine Verstärkung der Grundlagenforschung. Durch die Etablierung eines Forschungsverbundes sind die Koordination und die Abstimmung zwischen den verschiedenen Projekten zu verbessern. Der Auf- und Ausbau eines Forschungsnetzwerkes muss zu einer stärkeren Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, zu einer Verknüpfung der Forschungsaktivitäten und zu einer langfristigen Forschung führen.

14. Forschungsförderung

Die Forschungsförderungsorganisationen sind zu sensibilisieren, damit sie durch die Initiierung von Programmen und Projekten das Thema unterstützen. Um die anstehenden Aufgaben zu lösen, sind darüber hinaus neue Formen der Forschungsförderung zu schaffen. Durch die Zusammenführung von Mitteln aus unterschiedlichen Quellen (Stiftungen, Bundes- und Länderministerien, zivilgesellschaftliche Organisationen) ist die

Anmerkungen zur Engagementberichterstattung

Inwiefern eignen sich Stiftungen als Förderer bzw. Träger von Engagementberichterstattung und welche Bedeutung haben sie für eine Forschungspolitik zum bürgerschaftlichen Engagement?

Nur 5% der Wissenschaftsausgaben werden in der Bundesrepublik Deutschland aus Stiftungen und Spenden bestritten.¹ Dennoch spielen Stiftungen für Forschung und Entwicklung und andere wissenschaftliche Tätigkeiten eine wichtige Rolle. Sie verstehen sich als Impulsgeber und fördern innovative Forschungsvorhaben, die mitunter jenseits der forschungspolitischen Agenda liegen. Als potenzielle Akteure in der Engagementforschung sind diejenigen Stiftungen interessant, die die Schnittmenge aus forschungs- und engagementfördernden Stiftungen bilden.

In Deutschland gibt es ca. 2.700 forschungsfördernde Stiftungen. Allerdings finanzieren die fünf größten wissenschaftsfördernden Stiftungen fast zwei Drittel der Gesamtausgaben der Stiftungen mit dieser Zwecksetzung. Knapp 75% der Fördergelder fließen in die Naturwissenschaften, nur 7% werden den Sozialwissenschaften gewidmet, in denen die Dritter Sektor-Forschung angesiedelt ist.²

Eine verhältnismäßig große Anzahl von Stiftungen mit kleinem Vermögen und Budget, denen wenige finanzkräftige, einflussreiche Stiftungen gegenüberstehen, ist für das Stiftungswesen in Deutschland charakteristisch. Die Verteilung in der Grundgesamtheit spiegelt sich daher nicht nur beim Thema Forschung wider, sondern auch beim Stiftungszweck „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“.

Nach der explorativen Kurzstudie „Engagementförderung durch Stiftungen“, die der Bundesverband Deutscher Stiftungen im März 2010 vorgestellt hat, fördern 60% der befragten Stiftungen freiwilliges bzw.

bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist Engagementförderung ein Querschnittsthema, dass sich in verschiedenen Tätigkeitsfeldern niederschlägt. Im Rahmen eines gleichnamigen Satzungszwecks wird bürgerschaftliches Engagement selten gefördert, denn dieses Aufgabenfeld wurde erst mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts 2007 als steuerlich gemeinnützig anerkannt.³

Der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt auf der Mobilisierung zum Engagement. 61 % der befragten engagementfördernden Stiftungen sind hier aktiv. Weitere wichtige Aufgaben liegen in den Bereichen „Förderung von Anerkennungskultur“ (43 %), „Aufbau und Weiterentwicklung von Infrastruktur“ (35 %) und „Qualifizierung und Wissensmanagement“ (33 %).⁴

Stiftungen, die bürgerschaftliches Engagement in dieser Form fördern, wollen gesellschaftliche Entwicklungen vorantreiben. Sie arbeiten überwiegend anwendungs- und handlungsorientiert. Nur wenige Stiftungen unterstützen die Entwicklung theoriebasierter Lösungsansätze.⁵ Dementsprechend setzen nur 3 % der befragten engagementfördernden Stiftungen Mittel für „Engagementforschung“ ein. Bezogen auf die Stichprobe von 220 sind das sechs oder sieben Stiftungen. Welche gemessen am Fördervolumen die bedeutendste Stiftung im Bereich „Engagementförderung“ oder „Engagementforschung“ ist, lässt sich nicht ermitteln.⁶

Es gibt unter den insgesamt 17.300 privatrechtlichen Stiftungen in Deutschland also nur wenige, die derzeit als Partner für eine umfassend angelegte Engagementberichterstattung in Frage kommen. Für die bekannten großen Stiftungen, die zu diesem Kreis zählen, wie die Bertelsmann Stiftung, die Fritz Thyssen Stiftung, die Körber-Stiftung und die Robert Bosch Stiftung, ist typisch, dass Stiftungsaktivitäten zum bürgerschaftlichen Engagement strategisch verankert sind.

Eine Stärke von Stiftungen macht die Tatsache aus, dass sie in der Öffentlichkeit als unabhängig und neutral wahrgenommen werden. Sie sind in der Lage, Akteure zu vernetzen. Stiftungen allein als Träger staatlicher Großforschungsprojekte wie einer institutionalisierten Engagementberichterstattung zu sehen, greift daher zu kurz.

Der Gedanke, eine Berichterstattung über Engagement institutionell zu verankern, steht in der Tradition des New Public Management. Vereinfacht lautet das Konzept: Der Aktivierende Staat zieht sich auf Kernaufgaben zurück, bleibt in der Gewährleistungsverantwortung und überlässt die Aufgabenerfüllung und ggf. sogar deren Finanzierung anderen Akteuren. Das Berichtswesen, das der Rechenschaftslegung und Kontrolle der Zielerreichung und Mittelverwendung dient, ist ein wichtiger Bestandteil des Public Management-Instrumentariums. Berichterstattung ist insofern ein typisches Instrument der Binnensteuerung. Der Staat fungiert unmittelbar oder mittelbar als Auftraggeber, nicht staatliche Akteure nehmen quasi als Auftragnehmer öffentliche Aufgaben wahr.

Das Konzept des New Public Management gilt u. a. aufgrund seiner „Politikblindheit“ als gescheitert. Seine Instrumente werden den Anforderungen einer sektorübergreifenden Steuerung nicht gerecht. Im wissenschaftlichen Diskurs wird das New Public Management vom Konzept der Public Governance abgelöst. Public Governance steht für Steuerungs-, Koordinations- und Kontrollstrukturen, die Zusammenschlüsse mehrerer Organisationen bzw. Akteursgruppen betreffen, die sich eigenständig mit Hilfe unterschiedlicher Steuerungsmodi (Hierarchie, Markt, gemeinsame Werte) koordinieren. Engagementberichterstattung und die Rolle von Stiftungen sind in diesem Kontext von Partizipation und Selbstregulierung zu sehen.

Ein staatlich initiiertes Monitoring von bürgerschaftlichem Engagement entspricht eher dem herkömmlichen Steuerungsmodus. Berichtspflichten führen im öffentlichen Sektor regelmäßig dazu, dass der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen steht, zumal die erhobenen Daten, wenn sie überhaupt systematisch ausgewertet werden, nicht immer in Erkenntnisse münden, die Veränderungsprozesse anstoßen.

Das Konzept der Engagementberichterstattung, die den Charakter einer Leistungsmessung über Kennzahlen hat, hat Grenzen. Die Inhalte werden tendenziell top-down definiert, der Forschungsansatz ist eher quantitativ als qualitativ und eher deskriptiv als normativ. Wichtige Forschungsfragen werden nicht beantwortet: Wie lässt sich die Wirkung von gemeinwohlorientiertem Handeln messen? Wie lässt sich Transparenz im Dritten Sektor institutionalisieren? Wie lassen sich Akteure am effektivsten vernetzen? Welche theoretisch fundierten Handlungsempfehlungen

z.B. zum Freiwilligenmanagement sind für Nonprofit-Organisationen nützlich? Berichterstattung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss entscheidungsrelevante Informationen liefern. Dabei ist zunächst offen, wer die Adressaten sind: Politik, Mittlerorganisationen, Nonprofit-Organisationen etc.

Es geht daher nicht nur darum, eine Engagementberichterstattung zu institutionalisieren und damit die Forschungsarbeit im staatlichen Interesse zu konzentrieren, sondern die interdisziplinäre Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement gezielt und in der Breite zu fördern. Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren hat sich auch in der Wissenschaft bewährt. Die Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement leidet daran, dass eine „kritische Masse“ an Forscherinnen und Forschern noch nicht erreicht ist und disziplinäre Grenzen hemmend wirken. Der Staat hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für Forschung zu schaffen und als Netzwerkkoordinator zu wirken. Stiftungen können in solchen Netzwerken eine wichtige Rolle spielen, sei es durch Forschungsprogramme, durch Stiftungsprofessuren oder durch die Auflage eines von mehreren Stiftungen finanzierten Fonds für Grundlagenforschung zum bürgerschaftlichen Engagement.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Bundesbericht Forschung und Innovation 2008, Bonn, Berlin 2008, Tabelle 20, S. 532.
- 2 Vgl. European Foundation Center (ed.): Understanding European Research Foundations, Findings from the FOREMAP project, London 2009, pp. 39, 42-45.
- 3 Vgl. Nina Leseberg und Patrick Netkowski: Engagementförderung durch Stiftungen, Vorabdruck, Berlin 2010, S. 8 f.
- 4 Vgl. Nina Leseberg und Patrick Netkowski: Engagementförderung, a.a.O., S. 10 f.
- 5 Vgl. Nina Leseberg und Patrick Netkowski: Engagementförderung, a.a.O., S. 40.
- 6 Vgl. Nina Leseberg und Patrick Netkowski: Engagementförderung, a.a.O., S. 10 f.

Literatur

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2008: Bundesbericht Forschung und Innovation 2008, Bonn, Berlin
- European Foundation Center (ed.) 2009: Understanding European Research Foundations, Findings from the FOREMAP project, London, pp. 39, 42-45
- Leseberg, Nina/ Netkowski, Patrick 2010: Engagementförderung durch Stiftungen, Vorabdruck, Berlin

Podium 3: Bedarfe und Perspektiven der Engagementberichterstattung

Moderation:

Ulrike Sommer, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Teilnehmer:

Prof. Dr. Thomas Klie, Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Hochschule Freiburg

Dr. Eckhard Priller, Projektleiter der Projektgruppe "Zivilengagement" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Serge Embacher, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Prof. Dr. Berit Sandberg, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Julia Gall, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Moderatorin Ulrike Sommer:

Ich darf mich zunächst kurz vorstellen. Mein Name ist Ulrike Sommer. Ich bin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration verantwortlich für das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliches Engagement von Unternehmen“. Wir sind gleichzeitig auch das federführende Referat für das Thema in der Landesregierung. Zugleich bin ich Mitglied im Sprecherrat des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“, gewählt als Vertreterin für den Bereich Staat und Kommunen.

Ich bin, für mich selbst ziemlich überraschend, in die Rolle gekommen, Sie hier in der nächsten dreiviertel Stunde durch diesen dritten Themenblock als Moderatorin begleiten zu dürfen. Und ich muss zugeben, dass ich zunächst mit dieser Aufgabe ein bisschen gehadert habe, und zwar mit Blick auf das Thema: „Bedarf und Perspektiven der Engagementberichterstattung und ihrer institutionellen Begleitung“, so lautet eben das Thema dieses dritten Themen- und Diskussionsblocks. Ich fand

diese Themenstellung wirklich extrem sperrig und wenig sprechend. Ich hätte den Verdacht und die Vermutung, dass es jenseits der echten Expertinnen und Experten unter Ihnen vielleicht dem Einen oder der Anderen so ähnlich geht wie mir und habe deshalb für mich noch einmal versucht, dem Input von Professor Klie, der dann gleich kommen wird, noch einmal ein paar mir wesentlich erscheinende Fragen voranzustellen – und zwar auch auf die Gefahr hin, dass die Fragen von den echten Expertinnen und Experten als allzu schlicht verworfen werden.

Da ist einmal die Frage: Was kennzeichnet denn eigentlich überhaupt Engagementberichterstattung als besonderes Format der Forschung oder auch nur der Präsentation und Auswertung von Forschungsergebnissen. Warum ist Engagementberichterstattung wichtig oder sogar unverzichtbar? Wer beauftragt oder finanziert sie – und mit welchem Handlungs- oder Erkenntnisinteresse? Und nützt sie darüber hinaus noch jemandem? Nützt sie der Zivilgesellschaft? Außerdem taucht bei mir als Nichtwissenschaftlerin bei dem Wort „Berichterstattung“ immer auch die Vorstellung von einem Gewinn an Steuerung und fundierten Grundlagen für operatives Handeln auf. Gilt das auch für die Engagementberichterstattung?

Herr Professor Klie, Sie werden einen ersten Einstieg in das Thema geben. Prof. Klie ist Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg und verfügt aus unterschiedlichen Kontexten auch über sehr konkrete Erfahrungen mit dem Thema Engagementberichterstattung.

Thomas Klie:

Das Thema Engagementberichterstattung ist auf Bundesebene gesetzt. Der Deutsche Bundestag hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der erste Engagementbericht liegt vor und gibt uns die Möglichkeit, sich mit seiner Anlage, der Ausrichtung und seinen Ergebnissen

auseinanderzusetzen. Der erste Engagementbericht, erstellt durch das WZB, kennt Hintergründe und Kontexte: Was die Regierungsinitiative Zivilengagement zu nennen. Da ist das nationale Forum für Engagement und Partizipation. Da ist der Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivierender Staat bei der Friedrich Ebert Stiftung, der sich 2008 in einer seiner Sitzungen mit einer möglichen Ausrichtung eines nationalen Engagementberichtes auseinandergesetzt hat. Es liegt der neue Freiwilligensurvey vor. Es formiert sich in neuer Weise eine Forschungslandschaft zum Thema Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Wir haben die Initiative „Zivilgesellschaft in Zahlen“, die vorhandene Datensätze versucht aufeinander zu beziehen und damit auch strategisch nutzbar zu machen. Diese Hintergründe und Kontexte sind bei einer Diskussion die Ausrichtung und die Konzeption einer nationalen Engagementberichterstattung mitzubedenken.

Wenn ich mich dem Thema Engagementberichterstattung nähere, mache ich das vor dem Hintergrund der Landesberichterstattung in Baden-Württemberg. Seit 1996 dürfen wir im ZZE über die verschiedenen Aktivitäten des Landes berichten, sowohl im Bereich bürgerschaftliches Engagement, aber dann auch später zu allen Bereichen des Ehrenamtes, vom Umweltbereich bis zur Kriminalprävention und, sehr eingeschränkt allerdings, auch zum Bereich der Partizipation. Das, was sich dort an Landesberichterstattung etabliert hat, ist einzigartig in Deutschland und durchaus auch anregend für Bund und Länder. Die Berichterstattung hat verschiedene Funktionen. Sie dient der Evaluation des Landesprogramms in formativer und summativer Hinsicht, sie dient auch als Klammer für Aktivitäten auf Landesebene. Sie dient auch der Vernetzung der Hochschulen und schließlich der Identifikation von zentralen Themen.

Man kann die skizzierte Landeserfahrung nicht einfach übertragen; dazu ist das Thema auf der Bundesebene viel zu komplex, und die verschiedenen Interventionen, Maßnahmen und Ansätze lassen sich dort auch gar nicht vernünftig zusammenführen. Das ist schon auf Landesebene ambitioniert genug. Eine Gefahr liegt darin, dass durch eine Engagementberichterstattung eine Alimenterung der Engagementforschung vorgenommen wird nach dem Motto: „Geforscht wird, was in dieser Engagementberichterstattung gefragt ist.“ Eine weitere Gefahr könnte darin liegen, dass die Engagementberichterstattung nicht die Unabhängigkeit der Forschung im Bereich der Zivilgesellschaft stützt, sie sogar tendenziell in Frage stellt, oder wenn ich es positiv formulieren soll: Eine Engagementberichterstattung muss die Unabhängigkeit garantieren und fördern. Engagementberichterstattung auf der Bundesebene könnte auch in der Gefahr stehen, zu sehr quantitative Aspekte in den Vordergrund zu rücken – Kennzahlen, an denen jetzt vordergründig ein politisches Interesse besteht. Wir haben uns in Baden-

Württemberg lange dagegen gewehrt, dass man Engagementförderung und Impulse für die Förderung der Zivilgesellschaft zu schnell an Kennzahlen misst.

Die auf der Landesebene gesammelten Erfahrungen mit der Landesberichterstattung lassen sich nicht ohne weiteres auf eine nationale Engagementberichterstattung übertragen. Gleichwohl lassen sich Gefahren aber auch Chancen der Engagementberichterstattung auch vor dem Landeshintergrund benennen. Eine Gefahr einer Landes-, aber auch nationalen Engagementberichterstattung liegt in ihrer Nähe zum Staat. Sie darf nicht zur Disziplinierung von Engagementforschung führen. Ihre Unabhängigkeit ist bedeutsam und sie muss garantiert werden. Mit der Beauftragung zu einer bestimmten Art von Engagementberichterstattung stehen potenziell immer auch politische Verwertungsinteressen im Vordergrund. In Baden-Württemberg ist es durch die Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände, der NGO's aber auch der Hochschullandschaft gelungen, die relative Unabhängigkeit der Engagementberichterstattung zu sichern. Die Politik hat überdies ein großes Interesse an Quantifizierungen: Mit dem vorschnellen Abfragen der quantitativen Dimension der Zivilgesellschaft kann aber eine eigenständige und vertiefte Auseinandersetzung mit Fragen des Engagements behindert werden. In Baden-Württemberg ist es gelungen, die Engagementförderung und die Impulse für die Förderung der Zivilgesellschaft nicht vorschnell an Kennzahlen zu binden. Die Engagementberichterstattung darf nicht zur Entpolitisierung des Themas beitragen – das Gegenteil ist der Fall. Parlamente sollten sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen und nicht nur sie, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit. Das ist in Baden-Württemberg nur eingeschränkt gelungen: Die Landesberichte waren bisher niemals Gegenstand bei parlamentarischen Beratungen. Die große Chance auf einer regelmäßigen Engagementberichterstattung liegt u.a. darin, dass sich die Chance eröffnet, eine konsistentere Engagementpolitik zu befördern, ressort- und feldübergreifend. Sie kann auf blinde Flecken hinweisen, Handlungsbedarfe identifizieren und symbolische Fördermaßnahmen dechiffrieren. Eine wissenschaftliche Engagementberichterstattung kann auch bislang mit dem Themenfeld nicht befasste wissenschaftliche Disziplinen einbeziehen, an dem Diskurs beteiligen und eigene Auseinandersetzungen aber auch Forschungen anstoßen. Eine unabhängige Engagementberichterstattung kann Themen setzen und politische und öffentliche Aufmerksamkeit generieren: Es spricht unter bestimmten Voraussetzungen also durchaus viel für den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg der Etablierung einer regelhaften Engagementberichterstattung.

Die Einflussnahme auf Politikempfehlungen durch eine nicht nur auftragsgebundene Forschung lässt sich mit Engagementberichterstattung verbinden und auch die Identifizierung und Konsentierung von

Forschungsthemen und -linien. Ich wäre erfreut, wenn auch die Praxis der Zivilgesellschaft die Ergebnisse einer solchen Berichterstattung als Basis für ihre Wissensgenerierung und für ein Wissensmanagement nutzen kann. Ein solcher Bericht kann als Referenz für Praxisentwicklung dienen; das sehen wir z.B. im Familienbericht. Die politische Bedeutung der lokalen Tätigkeiten könnte gestärkt werden. Die Vermittlung von Zukunftsfragen und Trends könnte ebenfalls mit einer Engagementberichterstattung verbunden werden.

Betrachten wir die Engagementberichterstattung des Bundes in Kontexten. So können wir zurückgreifen auf diese Bemühungen um „Zivilgesellschaft in Zahlen“. Das muss daher ein Engagementbericht nicht leisten. Es gibt weiterhin die Auftragsforschung zu Dauerbeobachtung und Wirkungsanalysen – da ist der Freiwilligen-survey. Es gibt die eigenständige, unabhängige Engagementforschung an Hochschulen und Universitäten, die ja durchaus in Entfaltung ist. Es gibt doch eine ganze Menge – als ich Ihren Bericht las, Herr Priller, war ich doch überrascht, wie viele Kollegen zu diesem Bereich forschen. Man hat das nicht hinreichend im Blick und kann noch stark profitieren, indem man das aufeinander bezieht, was es an Forschung gibt. Und wir haben die Forschung anderer Disziplinen zu Engagement relevanten Fragestellungen. Aus all diesen Kontexten kann sich ein Engagementbericht befruchten lassen. Aber er hat sich auch davon abzugrenzen. Die Akteure, die einen unabhängigen Engagementbericht wollen und ihn nachher auch mit prägen, haben sich eigene Themen und eigene Ziele zu setzen.

Was gibt es nun für mögliche Typen von Engagementberichten? Wir haben den ersten, der von einer Forschungsinstitution, dem WZB, verantwortet und an dem viele beteiligt wurden, über den es einen ganz offenen Diskurs gab. Ein Ministerium stand dahinter, das auch immer wieder interveniert hat und die Unabhängigkeit in der Berichterstattung zwar nicht konterkariert, aber zum Teil irritiert hat. Man wusste manchmal nicht ganz genau, was will das Ministerium? Und sicherlich war es eine nicht ganz einfache Aufgabe für das WZB, als unabhängiger und anerkannter Partner in der Wissenschaft zu agieren und gleichzeitig den Erwartungen des BMFSFJ an einen noch nicht besonders konturierten ersten Engagementbericht zu genügen. Ich bin gespannt, Herr Priller, was Sie in der Diskussion dazu sagen werden. Ich würde sagen, es war ein interessanter erster Aufschlag, mit dem man sich auseinandersetzen kann. Er sollte aber nicht als Vorbild für eine dauerhafte Engagementberichterstattung dienen.

Als Weiterentwicklung respektive als Alternative zum bisherigen Format des Engagementberichts ließen sich verschiedene Varianten denken. Man könnte sich vorstellen, so etwas wie einen Sachverständigenrat für Zivilgesellschaft

und Bürgerengagement einzurichten – analog zu den Wirtschaftsweisen, die Zivilgesellschaftsweisen. Sie hätten dann dauerhaft und immer wieder Hinweise zu geben, wie sie die zivilgesellschaftliche Entwicklung einschätzen. Näherliegend wäre es, eine unabhängige Kommission mit Geschäftsstelle und Expertisemitteln einzurichten, wie wir es im Familien-, Alten- und Jugendbericht kennen. Eine solche Kommission kann mit relativ offenen Vorgaben und Themensetzungen unabhängig in ihrer Arbeitsweise Analysen und Politikempfehlungen erarbeiten. Schließlich wäre es denkbar, im Sinne einer Gesundheitsberichterstattung umfangreiche Daten über vielfältigen Formen des Bürgerengagements zu sammeln und damit eine empirische Grundlage zu schaffen, die über das hinausgeht, was „Zivilgesellschaft in Zahlen“ als Informationssystem Zivilgesellschaft heute leisten kann. Ich neige dem Modell einer unabhängigen Kommission zu.

Ich würde auch gerne einen solchen Engagementbericht eingebettet sehen in z.B. einen Beirat zur Engagementforschung auf der Ebene des BMFSFJ, der nicht nur den Freiwilligen-survey als Fokus kennt – das bewährt sich aus meiner Sicht überhaupt nicht –, der auch transparenter zusammengesetzt wird als aktuell und der das gewissermaßen flankiert, der also die Awareness der verschiedenen Akteure, die für Forschung dort offen sind – nicht nur die Wissenschaft, sondern auch gerade die Verbände und Akteure im Bereich der Engagementförderung – mit einbindet in ein Monitoring über das, was unter Forschungsgesichtspunkten bedeutsam ist. Da gehört der Freiwilligen-survey dazu, aber nicht ausschließlich. Dann hätte man ein institutionalisiertes Korrektiv, oder eine eigene Institution, die Wahrnehmungen und Desiderate weitergibt und auch Desiderate und Forschungslinien identifizieren kann.

Ulrike Sommer:

Herzlichen Dank, Herr Klie. Das war ein sehr komplexes Tableau, das Sie da aufgemacht haben, und danke auch für den deutlichen Hinweis auf die Risiken und Nebenwirkungen, die damit verbunden sein können. Sie haben es angesprochen, wir haben ja bereits einen Engagementbericht. Herr Priller, das ist heute schon mehrfach angesprochen worden, Sie haben die Projektgruppe „Zivilengagement“ am Wissenschaftszentrum geleitet, die den ersten Bericht zur Lage und zu Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet hat. Im Vorfeld der Berichterstattung hat es durchaus eine Reihe von kritischen Stimmen und Bemerkungen gegeben. Zum einen wurde die Art der Auftragsvergabe erwähnt, zum anderen ist die Kritik gekommen, man habe die Zivilgesellschaft nicht angemessen, etwa in Form von Anhörungen etc., an dem Prozess beteiligt. Aber was leistet denn jetzt der Engagementbericht konkret, und wo bringt er uns tatsächlich einen Erkenntnisgewinn – auch vor der Folie, die Herr Klie gerade aufgezeigt hat? Wo wirkt er

sich handlungsorientierend aus? Des Weiteren haben Sie heute Morgen sinngemäß gesagt, dass sich eine zunehmende Spannung durch die Erwartungen, die sich seitens des Ministeriums aufgebaut hätten, entwickelt habe.

Eckhard Priller:

Ich muss mit einer Richtigstellung beginnen. Wir haben nicht den ersten Engagementbericht vorgelegt, sondern eine „Null- oder Vorversion“. Vom Format her wird der Engagementbericht etwas anderes sein als dieser Vorläufer. Zu erwähnen ist außerdem, dass wir ein Jahr Zeit hatten, diesen Bericht zu erstellen, das heißt, dass es ein Unterfangen war, das relativ schnell absolviert werden musste. Neben drei Wissenschaftlern, die am Bericht gearbeitet haben, wurde die Expertise von zwölf Gutachten eingebaut. Der Bericht ist also nicht nur eine Sache des WZB, sondern wir haben auch das ZZE, das CSI und andere Einrichtungen, die in der Engagementforschung aktiv sind, eingebunden. Von der Zeit und dem Personal her war es für diesen Bericht nur möglich, eine Zusammenfassung vorliegender Studien durchzuführen, neue empirische Forschung war nicht möglich. Ursprünglich war der Umfang des Berichts mit 100 Seiten anvisiert; wir haben dann aber über 200 Seiten vorgelegt. Über unseren Auftrag sind wir auch in der Hinsicht hinausgegangen, dass eine Reihe von Empfehlungen gemacht wurden, die für die künftige Engagementforschung und Berichterstattung bedeutsam sind.

Das WZB hat die Förderung des Ministeriums im Prinzip nur angenommen, weil erwartet wurde, dass damit die Forschung intensiviert bzw. angestoßen wird. Ob das eintritt, wenn Sie gerade von den Ergebnissen sprechen, möchte ich gegenwärtig bezweifeln. Es war von einer Langfristigkeit die Rede, auch weil der Bundestag inzwischen so einen Bericht in jeder Legislaturperiode haben möchte. Die Situation ist gegenwärtig folgende: Es ist zurzeit keine weitere Ausschreibung für den nächsten Bericht erfolgt; d.h. auch der nächste Bericht wird wahrscheinlich in einem sehr kurzen Zeitraum erstellt werden. Ein zeitlichen Vorlauf ist also nicht zu erwarten. Das heißt auch, dass sich die Forschung – alles, was Herr Klie vorgestellt hat – sehr stark reduziert wird. Insofern möchte ich die Erwartungen an einen nächsten Bericht, der ausgeschrieben werden wird und an den sich sicherlich viele beteiligen wollen, dämpfen. Ob das WZB sich an der Ausschreibung beteiligt, kann ich momentan nicht sagen.

Würde ich gefragt, was zu tun sei, würde ich sagen: „Ein Bericht sollte sich anschauen, was in anderen Feldern passiert ist.“ Referenzprojekte wären die Gesundheitsberichterstattung, die Umweltberichterstattung oder die Länderberichterstattungen zum Engagement. Zur Gesundheitsberichterstattung gibt es drei dicke Bände. Ich weiß nicht, wie viele Personen beteiligt waren, um ein

System für eine Berichterstattung aufzubauen, und ich glaube, so etwas kann man nicht aus dem Ärmel schüteln. Deshalb ist zu überlegen, wie viel Entwicklungsbedarf erforderlich ist. Wir haben die Diskussion darüber, welches die richtigen Indikatoren sind, welche Bereiche die richtigen sind. Alles das müsste man, wollte man es solide machen – und da gibt es Erfahrungen aus anderen Bereichen – viel stärker berücksichtigen. In der Hinsicht ist zu analysieren, was in anderen Bereichen passiert ist. Es gibt dort methodische Standards. Es gibt Erfahrungen. Und es gibt natürlich auch Ressourcen, die dahinter gestanden haben, um so etwas zu entwickeln. Auch in der Hinsicht kann unser Bericht höchstens ein Vorläufer und nicht das Nonplusultra der Engagementberichterstattung sein. Denn auch das ist eine ganz wichtige Schlussfolgerung: Nehmen wir uns selber genug ernst? Wenn wir so eine Berichterstattung haben wollen, muss sie nicht, wie auch in anderen Bereichen, entsprechend solide sein? Es ist ein entsprechendes Potential und es sind ausreichend bemessene Ressourcen erforderlich?

Insgesamt muss dieser Bericht eine gewisse Kontinuität aufweisen, er muss Konsistenz enthalten. Er muss Konstruktivität in theoretischer und empirischer Hinsicht aufweisen und einen gewissen zeitlichen Horizont haben. Das sind Faktoren, die eine Rolle spielen. Wenn Sie danach fragen, ob und inwieweit die Ergebnisse des Berichts handlungsorientierend waren, würde ich das verneinen. Es gibt eine Reihe positiver Wertungen des Berichts, auch besonders aus der Praxis, in der Hinsicht, dass man sagt: „Es ist eine Zusammenführung der gegenwärtigen Ergebnisse zur Engagementforschung. Es gibt einen sehr straffen Überblick.“ Andererseits gibt es die Kritik, wie Herr Klages sie vorgetragen hat, dass wir die Partizipationsthematik zu wenig berücksichtigt haben. Das kann man sicher akzeptieren. Ich denke aber auch, dass jeder Bericht nicht alles leisten kann, und es lag keineswegs in unserem Interesse, eine bestimmte Wertung, wie sie uns jetzt unterstellt wird, vorzunehmen. Das ist der zweite Aspekt.

Zum dritten Aspekt: Von den Handlungsorientierungen, die wir im dritten und letzten Teil des Berichts gegeben haben, sowohl für die Politik als auch für die Zivilgesellschaft oder die Forschung, ist bisher wenig realisiert worden. Ich habe den Eindruck, dass auch die Politik bisher darauf nicht reagiert hat.

Ulrike Sommer:

Herzlichen Dank. Aus Ihren Ausführungen klingt meiner Ansicht nach doch ein recht deutliches Unbehagen heraus. Daran schließe ich die Frage an: Sicherlich wird man sich über dieses Unbehagen, was nicht allein das Ihrige sein wird, in der sich zunehmend verfestigenden Engagementforschungsszene auch verständigen. Gibt es denn Vorstöße, dahingehend mit dem Ministerium noch einmal in einen Austausch oder in Verhandlung zu treten?

Eckhard Priller:

Ja, wir warten natürlich darauf. Aber ...

Ulrike Sommer:

Müssen Sie warten? Dürfen Sie nicht von sich aus die Initiative übernehmen?

Eckhard Priller:

Wir haben natürlich unsere „Hausaufgaben“ gemacht; wir haben im November in Berlin eine Konferenz durchgeführt, auf der wir eine Forschungsagenda vorgestellt haben. Sie enthält jene Aufgaben, die wir als notwendig ansehen. Die Kontakte zum Ministerium gingen von folgenden Überlegung heraus: Die Ausschreibung war für Anfang Juni des letzten Jahres angesetzt; es passierte aber nichts. Das führt natürlich zu Nachfragen und Anfragen an das Ministerium. Aber ich glaube nicht, dass man angesichts der Umstrukturierungen und Umorientierungen, die gegenwärtig im BMFSFJ passieren, gegenwärtig dieses Thema behandeln möchte oder dass es überhaupt auf der Agenda steht. Insofern weiß ich nicht, was wir noch machen sollen.

Ulrike Sommer:

Ich möchte auch gar nicht insistieren. Es war nur die Nachfrage, ob es auch in diesem Punkt einen Diskurs innerhalb der Forschungslandschaft gibt, ob man sich verständigt, dass man sich gar nicht auf jede mögliche Bedingung einlassen möchte; es könnte ja sein. Herzlichen Dank, Herr Priller. – Als nächste möchte ich Frau Professor Sandberg in der Debatte ansprechen. Sie vertritt das Fach Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Technik Berlin, und zwar mit dem Schwerpunkt öffentliche Betriebswirtschaftslehre (Public Management). Frau Sandberg, vor diesem Hintergrund würde ich gerne zwei Fragen an Sie richten. Zum einen wäre die heute schon mehrfach angeklungene Frage, welche Rolle Stiftungen als Förderer und Träger von Engagementberichterstattung spielen könnten, zum anderen eine Frage, die mich heute Morgen einige Male umgetrieben hat: Herr Anheier hat über die Forschung zum Dritten Sektor einmal die Formulierung gebraucht, ein Problem sei ihre weitgehende Gefangenheit im Diskurs der Sozialwissenschaften. Dagegen haben wir heute Morgen gehört, ein Vorzug der Engagementforschung sei ihre breite interdisziplinäre Aufstellung. Meinen Beobachtungen entspricht Letzteres allerdings nicht ganz. Wie sehen Sie das aus Ihrer Perspektive?

Berit Sandberg:

Das ist ein wunderbarer Aufschlag, vielen Dank. Ich beginne mit der zweiten Frage. Mir ist nicht entgangen, dass vorhin in der Diskussion und eben in einem wunderbaren Schaubild des Kollegen Klie eine Reihe von Fachdisziplinen aufgeführt wurde und dass ausgerechnet

meine, nämlich die Betriebswirtschaftslehre, fehlte. Nun gebe ich gerne zu, dass sich die Betriebswirtschaftslehre mit der Engagementforschung in der Regel ein wenig schwer tut. Das hat etwas mit dem Fachverständnis und mit dem Gegenstand zu tun, aber trotzdem halte ich das nicht für gerechtfertigt. Das zum Einen. Jetzt dürfen Sie mir die Frage nach der Interdisziplinarität vor diesem Hintergrund eigentlich gar nicht stellen, aber ich versuche trotzdem, eine Antwort zu geben. Von meiner Warte aus nehme ich den Grad an interdisziplinärer Vernetzung in der Engagementforschung als relativ gering wahr. Ich glaube, da ist eher der Wunsch der Vater des Gedankens. Da müssen wir noch sehr viel tun. Um aber auch eine Lanze für die Betriebswirtschaftslehre zu brechen, will ich gern auf die Frage antworten, welche Rolle Stiftungen für die Engagementforschung und auch -förderung spielen können.

Nun ist der Anteil der Stiftungen und Spenden an den Wissenschaftsausgaben in der Bundesrepublik insgesamt relativ gering – er beträgt nur fünf Prozent –, aber Stiftungen sind trotzdem sehr interessante Akteure in diesem Bereich, weil sie innovative Nischen besetzen. Sie verstehen sich selbst ausdrücklich als Impulsgeber. Das macht sie zu sehr interessanten Partnern. Wenn wir uns ansehen, wer Akteure in diesem speziellen Feld der Engagementforschung und -förderung sein könnten, dann finden wir sie in der Schnittmenge aus zwei großen Bereichen: Zum einen sind das die Stiftungen, die Forschungsförderung betreiben, zum anderen diejenigen, die Engagementförderung betreiben. Was den ersten Teil angeht, gibt es sehr viele; 2700 Stiftungen in der Bundesrepublik haben sich der Forschungsförderung verschrieben. Darunter sind, typisch für die Stiftungslandschaft, auch jede Menge kleine Stiftungen. Fünf der größten Stiftungen bestreiten allein zwei Drittel der Gesamtausgaben für die Forschungsförderung im Stiftungsbereich, das relativiert das Ganze wiederum etwas. Ich muss auch die Hoffnungen auf Stiftungen als Geldgeber für unseren speziellen Bereich etwas dämpfen, denn der Großteil dieser Forschungsmittel fließt in die Naturwissenschaften. Nicht einmal zehn Prozent gehen in den Bereich der Sozialwissenschaften.

Auf der anderen Seite sind die Aktivitäten der engagementfördernden Stiftungen aber ermutigend. Wie über den Stiftungssektor insgesamt wissen wir auch dort noch relativ wenig, aber der Bundesverband Deutscher Stiftungen hat vor knapp zwei Wochen eine Kurzstudie vorgelegt und diesen Bereich zum ersten Mal beleuchtet. Dabei ist herausgekommen, dass sich 60 Prozent der Stiftungen insgesamt mit Engagementförderung befassen. Das mag den einen oder anderen überraschen. Das steht auch nicht immer in der Stiftungssatzung, was etwas mit den steuerrechtlichen Hintergründen zu tun hat. 60 Prozent aller Stiftungen, von über 17000 in der Bundesrepublik bekannten, widmen sich also diesem

Thema. Die meisten sind sehr handlungsorientiert. Sie sind an theoretischen Lösungen, wie wir sie hier zum Teil diskutieren, überhaupt nicht interessiert; sie wollen anwendungsorientierte Konzepte haben. Mobilisierung zum Engagement ist das Hauptthema. Mehr als jede zweite Stiftung engagiert sich in diesem Bereich.

Die Anzahl der Stiftungen, die ganz explizit Forschung zum Thema Engagement fördern, ist wiederum relativ gering. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen beziffert das mit einem Anteil von drei Prozent. Wenn man das auf die Stichprobe umrechnet, reden wir von sechs bis sieben Stiftungen, vermutlich in der Regel die großen Player. Zwei davon haben Sie schon auf Ihren Veranstaltungsunterlagen. Aber: Sie sind insgesamt sehr interessant, weil Stiftungen als unabhängig wahrgenommen werden. Gerade die großen Stiftungen in diesem Bereich haben das Thema strategisch in ihrer Stiftungsarbeit verankert, und weil sie unabhängig sind, sind Stiftungen besser als andere Akteure in der Lage, andere miteinander zu vernetzen. Insofern sind sie recht geeignete Partner. Ich möchte auch noch eine Idee ins Spiel bringen, die allerdings nicht von mir stammt, sondern von Ihnen, Herr Kollege Klie. Sie haben an anderer Stelle einmal den Gedanken geäußert, man möge doch einen Stiftungsfonds für Grundlagenforschung errichten, an dem sich zehn große Stiftungen mit einer Summe von 1,5 Millionen Euro beteiligen, und das als Impuls für die Engagementforschung von Seiten der Stiftungen verstehen – wie ich finde, ein diskussionswürdiger Gedanke.

Ulrike Sommer:

Herzlichen Dank. Ich würde am Ende dieser Runde die Diskussion gerne für das gesamte Publikum öffnen. Zunächst aber zu Serge Embacher. Du bist, Serge, Politikwissenschaftler und hast zum Thema Bürgergesellschaft veröffentlicht. Seit Beginn dieses Jahres hast Du eine sehr reizvolle, aber auch sehr herausfordernde Aufgabe, Du bist nämlich Leiter der Koordinierungsstelle des sogenannten „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“. Dieser Titel geht mir immer noch nicht ganz leicht von den Lippen, weil er doch sehr sperrig, oder ich kann auch sagen, pompös ist. Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation ist ein ganz neues Format, ein dialogisches, beteiligungsorientiertes Format, das gleichzeitig eine beratende Funktion für die Bundesregierung, insbesondere für das Bundesfamilienministerium haben soll bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie. Wo liegt jetzt die Verbindung zwischen dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation als neuem Format und der Engagementberichterstattung?

Serge Embacher:

Ich möchte an einem Punkt ansetzen, den Herr Klie erwähnt hat. Er hat einige Schwerpunkte zur Engage-

mentberichterstattung genannt. Ein Schwerpunkt war Governance und Engagement. Man könnte jetzt viel zu diesem Governance-Ansatz mit Blick auf das Nationale Forum für Engagement und Partizipation sagen. Übrigens ist man auch immer gezwungen, den ganzen Titel auszusprechen, denn es gibt ein nationales Forum der NPD, was ganz schlimm ist; daher muss man immer irgendwie diesen Begriff unterbringen. Man könnte vielleicht abgekürzt sagen: nationales Engagementforum.

Das Forum thematisiert „Engagement und Partizipation“. D.h. die Bundesregierung, sowohl die vergangene als auch die jetzige will zu einer nationalen Engagementstrategie kommen, und man hat schon verstanden, dass es nicht einfach ohne Beteiligung aus dem Feld der Bürgergesellschaft, der wirtschaftlichen Akteure und der staatlichen Akteure, also der föderalen Ebenen, Länder und Kommunen, geht. Denn der Bund kann nicht einfach von oben sagen: „Wir machen jetzt eine Engagementpolitik.“ Das funktioniert nicht. Das heißt, man hat von vornherein einen komplexen Anspruch; der steht auch nach wie vor auf den Fahnen, beispielsweise im Koalitionsvertrag. Die Umsetzung ist aber schwierig. Es stellt sich hier massiv die Frage, wie der staatliche Akteur Bundesregierung mit dem Engagementfeld zusammenarbeitet.

Am Anfang war es noch leicht: Letztes Jahr wurden zwei große Kongresse veranstaltet – die meisten von Ihnen werden es wissen oder sogar selbst dort gewesen sein –, die zugangsoffen waren und auf denen jeder sagen konnte, was auf die Agenda einer nationalen Engagementstrategie muss. Da wurde der gesamte bunte Laden aufgefächert. Das war auch sehr wichtig, eine Art kollektives Brainstorming, doch jetzt läuft eine Phase der Engführung. Es soll irgendwann im Sommer einen Kabinettsbeschluss geben, in dem Grundlinien einer Engagementstrategie des Bundes festgeschrieben werden, und dort muss man natürlich zu konkreten Ergebnissen und Engführungen kommen. An diesem Punkt entsteht das Problem. Wir haben im nächsten Schritt weitere Dialogforen zu sechs Schwerpunktthemen, und jetzt stellt sich die Frage nach Entscheidungsstrukturen.

Wenn man sich das nationale Engagementforum nämlich unter dem Stichwort Governance betrachtet, dann müsste man sich anschauen, wie eine Institution wie das Bundesfamilienministerium, bei dem das federführend angesiedelt ist, oder auch die Bundesregierung im Ganzen, mit den Rückmeldungen aus dem Feld umgeht. Man hat verstanden, dass man über Engagementpolitik nicht so sprechen kann wie über Rohölförderung in der Nordsee oder so etwas, das heißt, man muss die Betroffenen und Beteiligten einbinden, das ist ok. Aber jetzt kommen die Betroffenen und Beteiligten tatsächlich, sie kommen lautstark und vehement und sagen dies und das. Jetzt stellt sich die Frage: Wie verfährt

man damit? Meine Erfahrung als Leiter der Koordinierungsstelle ist, dass es da Ambivalenzen gibt. Einerseits soll Beteiligung stattfinden, andererseits beißt sich das mit den Sachzwängen im politischen Apparat, wenn dieser einen gewissen Konkretisierungsgrad erreichen will – Stichwort Ressortabstimmung und Konkurrenz zwischen den Häusern –, und dann beißt es sich auch mit grundlegenden politischen Vorstellungen. Es ist kein neutrales Feld.

Interessant ist für mich nun die folgende Frage: Das Nationale Forum für Engagement und Partizipation ist beim BBE, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, angesiedelt. Das BBE ist Veranstalter, und das Ministerium finanziert es. Welches Verhältnis zwischen Ministerium und BBE bzw. dem Engagementforum folgt daraus? Sollen wir Dienstleister sein, die sozusagen Bausteine für diese Strategie liefern? Ich würde diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. Oder sollen wir eine lautverstärkende Instanz sein, die die Expertiseansprüche formuliert und auch Beteiligungsansprüche mit heranzieht? Da würde ich Ja sagen. Das bedeutet aber seitens der Politik, wo immer diese Kräfteverhältnisse von Macht und Entscheidung im Spiel sind, wie heute Morgen gesagt wurde, dass man in gewisser Weise die Kuh aufs Eis stellt. Das heißt, der Prozess ist nur bedingt kontrollierbar, und da entsteht sozusagen der Schlingerkurs.

Wenn ich vor diesem Hintergrund Erfordernisse an eine Engagementberichterstattung formulieren würde, dann würde ich sagen, ein solcher Prozess braucht unbedingt eine Begleitung durch die Beschreibung dieses Governance-Formates. Das Neue daran ist, dass es jetzt im April themenspezifische Dialogforen geben soll, und diese sollen die Ressortabstimmungen der Bundesregierung begleiten. Das ist etwas, was es so noch nicht gegeben hat. Normalerweise geschieht der Einfluss von gesellschaftlichen Kräften auf die Politik hinter verschlossenen Türen und auf die mehr oder weniger unangenehme Weise, die wir alle kennen. Und hier soll in einem öffentlichen und transparenten Prozess die Ressortabstimmung der Bundesregierung auf dem Weg zu einem Kabinettsbeschluss durch den Diskurs aus dem Feld begleitet werden. Kein Mensch weiß eigentlich, wie das funktionieren kann. Ich glaube, zunächst ist es sehr gut, dass es überhaupt versucht wird, und es bedarf unbedingt wissenschaftlicher Expertise, es zu beschreiben. Dies hat empirisch-deskriptive, aber es hat vor allem auch normative Aspekte, z. B. was die Art und Weise des politischen Prozesses betrifft.

Dies ist in diesem Falle von ganz zentraler Bedeutung für das Verhältnis zwischen dem Zuwendungsgeber für das Projekt, in diesem Fall die Bundesregierung, und dem Zuwendungsempfänger oder Ausrichter, also dem BBE. Man müsste dies aber entsprechend beschreiben,

denn es kann nicht das Verhältnis von Dienstleister und Auftraggeber sein, sonst kämen wir mit der Unabhängigkeit in Schwierigkeiten. Neuerdings gibt es ein Dokument des Europarates, einen „Code of good practice for civil participation in the decision-making process“, worin auf das Verhältnis von öffentlichen Zuwendungsgebern zu Zuwendungsnehmern aus dem gesellschaftlichen Feld Bezug genommen wird. Darin heißt es, dass aus der Tatsache, dass die Finanzquelle die öffentliche Hand und die jeweilige nationale Regierung ist, nicht folgt, dass inhaltliche Linien vorgegeben werden dürfen. Es wird hier also versucht, normativ eine Neutralität herzustellen. Es ist dasselbe Problem, das Herr Priller beschrieben hat: Das WZB wird mit einem Bericht beauftragt, und das Ministerium oder wer auch immer seitens der Exekutive hat natürlich ein bestimmtes Erkenntnisinteresse, und es fragt sich, wie sich dies nun mit den sich unabhängig fühlenden Akteuren, die das umsetzen sollen, verträgt. Das wäre eine wichtige Fragestellung in Zusammenhang mit dem angesprochenen Problem „Wie kommt man zu einer Engagementberichterstattung, die über das Sammeln von Kennziffern und Zahlen hinausgeht?“ – dies ist eine qualitative Frage.

Ulrike Sommer:

Herzlichen Dank. Ich höre dem mit gemischten Gefühlen zu, weil ich mich schon in einer Doppelrolle sehe. Auf der einen Seite im BBE zu agieren, andererseits als Vertreterin eines Ministeriums auch sehr oft in der Situation zu sein, bestimmte Erkenntnisinteressen forciert durchsetzen zu müssen. Ich möchte aber trotzdem Folgendes anmerken. Du hast jetzt sehr deutlich den Konflikt beschrieben, der sich zwischen der staatlichen Initiative und der Zivilgesellschaft, die im Forum organisiert ist, abzeichnet. Aber es gibt ja auch die innerzivilgesellschaftliche Konfliktlinie. So höre ich immer wieder im Kontext des nationalen Engagementforums, dass dort auch Verbändeinteressen massiv tangiert, wenn nicht gar verletzt werden. Magst Du dazu noch etwas sagen?

Serge Embacher:

Ja, dazu kann ich vielleicht auch noch etwas sagen. Die Koordinierungsstelle hat ja – ironisch gesprochen – das Problem, dass sie eigentlich nur verlieren kann. Es wirken zahlreiche Kräfte und ein zentrales Problem dabei ist: Wenn man die großen Akteure der Zivilgesellschaft, zum Beispiel die großen Verbände – ich möchte jetzt keine Namen nennen – auffordert, bei dem Projekt mitzumachen, dann fragen die als Erstes: Wie viele Interessenvertreter dürfen wir schicken? Und ich antworte, sie sollen gar keine Interessenvertreter in dem Sinne schicken, wie es später in den üblichen Verfahren bei Gesetz-, Referentenentwurf usw. der Fall ist, sondern denjenigen, der sich am besten auskennt. Das ist nicht unbedingt der Vorsitzende oder der Geschäftsführer,

sondern meistens sind das die Leute auf der Arbeitsebene. Und das scheint schwierig zu sein. Das Problem liegt also nicht nur auf Seiten der staatlichen Akteure, die etwas in Gang setzen, was sie irgendwie steuern, in der Hand behalten müssen, sondern auch auf dem Feld der organisierten Zivilgesellschaft, wo sofort die Botschaft verstanden wird: Hier dürfen wir mitreden, jetzt müssen wir unsere Interessen massiv vertreten. Ich habe überhaupt kein Problem mit Interessenvertretung – nur, an welchem Punkt des Prozesses ist dies angebracht? Da gibt es zahlreiche Schwierigkeiten. Ich glaube, insgesamt bietet der ganze Prozess eine Chance, zu einer anderen Kultur von Aushandlungsverhältnissen beizutragen. Dass man, in Anlehnung an das, was Herr Strachwitz gesagt hat, vielleicht wegkommt von dieser staatszentrierten Sicht und zu einem neu tatierten Aushandlungsverhältnis zwischen den Sektoren Zivilgesellschaft, Dritter Sektor – wie immer man es nennen möchte –, Staat und auch Wirtschaft. Das ist das Spannende daran.

Ulrike Sommer:

Ja, vielen Dank. Jetzt haben wir schon viel über die Perspektive von Ministerien gehört und sollten nun den Ministerien noch die Chance geben, sich selbst dazu zu positionieren. Frau Gall ist eine Kollegin von mir, Referentin im BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend], die Abkürzung ist Ihnen allen vertraut, und dort ist sie in der sich gerade konstituiert habenden Unterabteilung Engagementpolitik tätig. Frau Gall, das Familienministerium hat ja schon in der letzten Legislaturperiode erkennbar angefangen, sich im Bereich Engagementpolitik zu betätigen und hat, gerade im Rahmen der Initiative Zivilengagement, eine Reihe von Forschungsprojekten, aber eben auch Engagementberichterstattung angestoßen. Was waren denn eigentlich die Erwartungen, die man damit verbunden hat? Ist das in irgendeiner Form diskutiert worden oder zur Sprache gekommen?

Julia Gall:

Grundlegend braucht Politik immer, um die Rahmenbedingungen setzen zu können, wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse, und zwar über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, über Potenziale, über Herausforderungen und auch über Trends. In der letzten Legislaturperiode sind im Rahmen der Initiative Zivilengagement verschiedene Projekte auf den Weg gebracht worden; auch Forschungsvorhaben, die wir unterstützen und die teilweise noch nicht abgeschlossen sind. Ich möchte zunächst einen Überblick geben und dann auf den Bericht eingehen, der das zentrale Produkt dieser Legislaturperiode werden wird.

Ganz kurz noch einen Satz zum Freiwilligensurvey. Wir haben die aktuellen Ergebnisse des dritten Freiwilligen-

surveys demnächst vorliegen, es liegen uns bereits Vorabinformationen vor, und es gibt jetzt erstmals Daten über eine Zeitspanne von zehn Jahren. Dies ist sicherlich auch sehr wichtig, um Bewegungen erkennen zu können.

Der Engagementbericht, der vom Bundestag in Auftrag gegeben wurde, ist mit Sicherheit das zentrale Vorhaben dieser Legislatur. Ich möchte ganz kurz etwas zum Procedere sagen, da ich hier ein bisschen Ungeduld herausgehört habe. Er steht auf der Agenda, er steht auch ganz oben auf der Agenda, aber ich bitte doch zu bedenken, dass wir eine Bundestagswahl, einen Wechsel der Leitung und eine Umstrukturierung und Neuformierung, teilweise der Unterabteilung, hinter uns haben, und wir haben immer noch eine vorläufige Haushaltsführung.

Zum Zeitplan: Verabredet ist, dass die Ausschreibung für den Bericht baldmöglichst starten soll. Wir rechnen damit, dass die Geschäftsstelle im Oktober ihre Arbeit aufnehmen kann. Es wird eine unabhängige Sachverständigenkommission geben, die – so die Planung – im Sommer festgelegt werden wird. Dies ist im Groben der Zeitplan.

Herr Priller hat mir gerade zugehaut: „Dazu müssen Sie ja gar nichts sagen, Sie waren ja noch gar nicht im Hause“ – ganz so leicht möchte ich es mir nicht machen. Ganz kurz: Auch bei uns fungiert der Bericht des WZB als der Vorläuferbericht. Der Engagementbericht soll sicherlich ein bisschen anders angelegt sein. Hinter diesem Bericht, der ja vom Bundestag in Auftrag gegeben wurde, steht die Idee, dass einmal in der Legislatur ein wissenschaftlicher Bericht vorzuliegen hat, der sich auf Schwerpunkte konzentriert – es ist eindeutig vorgegeben, dass jeder Bericht einen Schwerpunkt haben wird – und der die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements darstellt. Es soll ein breiter Überblick über den Stand der Engagementpolitik sein, ein Überblick über die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Engagement braucht und befördert, auch darüber, wo es vielleicht Probleme gibt. Der Bericht soll Entwicklungen aufzeigen und eine nachhaltige Engagementpolitik unterstützen und auch Grundlage für politische Entscheidungen sein. Und er soll natürlich auch den politischen Diskurs anregen. Wünschenswert wären konkrete Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung und auch an alle weiteren relevanten Akteure in diesem Bereich. Er soll für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre ein Zeitfenster eröffnen, um eine Grundlage für gesellschaftspolitisches Handeln zu legen, die mittelfristig dann auch tragfähig sein soll. Der Bericht soll eben keine enzyklopädische Aufarbeitung von Forschungsergebnissen sein, jedenfalls nicht nur das, sondern auch einen Überblick geben über den Sachstand, den Ist-Stand. Natürlich soll es thematische Schwerpunkte geben und auch handlungsorientierte und praxisnahe Politikempfehlungen. Dies zum Hintergrund.

Ulrike Sommer:

Sie haben einen deutlichen Eindruck davon vermittelt, was die Bundesregierung, genauer gesagt das Familienministerium, an Erwartungen mit dem Bericht verknüpft. Ich lade Sie alle nun ganz herzlich ein, sich an der Diskussion zu beteiligen, aber ich würde gerne zum Schluss eine Frage an Herrn Klie stellen. Einen Engagementbericht zu erstellen ist ja ein bisschen so wie einen Tanker zu steuern – der ist groß, umfangreich, eine komplexe Aufgabe. Widerspricht das nicht, gerade nach dem, was wir eben von Frau Gall gehört haben, der Idee des New Public Managements, dass man mit solchen Berichten handlungsfähiger wird? Wären heute nicht möglicherweise auch einmal andere Formate gefragt?

Thomas Klie:

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Gall, gibt es eine Ausschreibung für eine Geschäftsstelle und für einen Sachverständigenrat. Das deutet darauf hin, dass es eine unabhängige Kommission geben soll und wird, eine Nachricht, wie ich finde, die sich durchaus vernehmen und aus der sich auch ablesen lässt, dass man nicht noch einmal eine zweite Nullnummer vorsieht, sondern dass die Nummer Eins ein anderes Format haben wird. Das eröffnet andere Perspektiven. Ein Engagementbericht nach Vorbild des Familienberichts etwa ist von einem anderen Format, von seinem Umfang her, von seiner Diskursivität. Den Nutzen derart eigenständiger Berichte wird man nicht unterschätzen dürfen. Eine umfangreiche Berichterstattung ist nicht kalkulierbar. Sie reagiert eben nicht auf Politikanforderungen im Sinne von „Wir wollen das wissen und jenes wissen“. In den Diskursen und intensiven Diskussionen in den Kommissionen kann eine neue Sicht der Dinge entstehen, neuen Fragen nachgegangen und unerwartete Politikempfehlungen produziert werden. Ich halte es für falsch, einen Engagementbericht zu nahe an ganz konkreten politischen Entscheidungsnotwendigkeiten anknüpfen zu lassen. Das muss man anders machen. Es handelt sich hier um grundlegende Fragen: Wie ist das heute und in Zukunft mit dem Engagement und der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, ihrer Selbstorganisationsbereitschaft und dem, was wir unter Zivil- oder Bürgergesellschaft verstehen?

Übrigens fände ich ganz interessant, eine Brücke herzustellen zwischen dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation und Governance-Prinzipien, die Herr Embacher aus dem Europarat zitiert hat. Dies wäre eine andere, den Engagementbericht zivilgesellschaftlich qualifizierende Art der Berichterstattung, wenn die Arbeit an ihm dialogisch gestaltet werden könnte. Wenn ich das so in der Altenberichtskommission sehe, sind immer KollegInnen aus dem Bundeskanzleramt, dem Gesundheits-, dem Familien- und aus sonstigen Ministerien dabei, die die Diskussion mitbekommen. Auch das hat eine nicht zu

unterschätzende Wirkung. Ich könnte mir vorstellen, dass Personen aus dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation an bestimmten Sitzungen teilnehmen. Sie hätten keine aktive Gestaltungsrolle, könnten aber den Prozess verfolgen und Impulse geben. Eine solche Architektur einer Sachverständigenkommission oder auch einer Berichterstattung schiene mir interessant zu sein.

Eckhard Priller:

Das hört sich sehr gut an, Herr Klie, aber mein Glauben an solche Möglichkeiten ist begrenzt. Berichterstattung bedarf natürlich eines Informationssystems, und ich weiß nicht, ob man so etwas abstimmen kann, aber ob man dort nur mit solchen partizipativen Elementen arbeitet, das ist für mich etwas fraglich. Wenn man einen längeren Zeithorizont hätte – vielleicht, aber unter diesen Zeitperspektiven ist es problematisch. Zweitens finde ich es besonders fraglich, und damit möchte ich auch den Bogen zur Diskussion heute Morgen ziehen, ob wir genug Forschung haben, um solch einen Bericht zu tragen. Das ist das Problem. Schauen Sie sich den Familienbericht an – wie viele Institute der Familienforschung haben wir? Wie viele Institute haben wir, die sich mit der Altenforschung beschäftigen? Und dann schauen wir uns die fünf heute genannten Einrichtungen an, welches Fördervolumen sie haben, wie viele Projekte sie bearbeiten. Ich glaube, da besteht kein Vergleich, und in dieser Hinsicht sehe ich das große Problem. Dass nämlich die Ressourcen, um eine solche Berichterstattung aus der Forschung zu tragen, gegenwärtig nicht ausreichen, und dass man da sehr stark ansetzen muss, um eine entsprechende Fundierung zu bekommen. Hier scheint sich für mich, wie gesagt, die Katze in den Schwanz zu beißen. Wenn man hier nicht einen Durchbruch erreichen will, dann können wir viel diskutieren, und wir werden in zehn Jahren wieder hier so sitzen und die Fragen so diskutieren wie heute. Zum Beispiel wurde die Frage der Dauerbeobachtung heute zwar im Kontext des Hopkins-Projekts diskutiert, aber wir diskutierten sie vor fünfzehn Jahren schon so ähnlich. Und es bewegt sich für meine Begriffe zu wenig weiter. Da müsste man eigentlich ansetzen. Es ist auch das Anliegen: Wie kann man Forschung zur Zivilgesellschaft, zum Engagement voranbringen? Den Durchbruch sehe ich gegenwärtig noch nicht, auch hier und heute noch nicht.

Ulrike Sommer:

Das würde ich jetzt einfach einmal als Schlusswort stehen lassen. Ich hatte mir vorgenommen, auch in Absprache mit den Teilnehmern hier auf dem Podium, noch eine Fragerunde zu machen zum Thema: „Wenn man eine Engagementberichterstattung möchte, was dann entweder die Wunschkriterien oder die nicht gewünschten Kriterien sind“, es wären jeweils drei gewesen. Angesichts der Zeit verzichte ich jetzt auf diese Abfrage und danke Ihnen ganz herzlich für die wirklich sehr interessanten Beiträge.

Schlusswort

Wir haben von Anfang an nicht beabsichtigt, auf dieser Tagung fertige Ergebnisse zu produzieren, sondern wir wollten vor allem sehen, ob im Bereich der Engagementforschung überhaupt ein Konsens in Grundsatzfragen zu erzielen ist. Ich bewerte den Versuch vorerst positiv: Der Konsensbereich war relativ groß und gut sichtbar. Es ist offenbar auch eine Kooperationsbereitschaft im Wissenschaftsfeld vorhanden, die künftig belastbar ausgebaut werden kann.

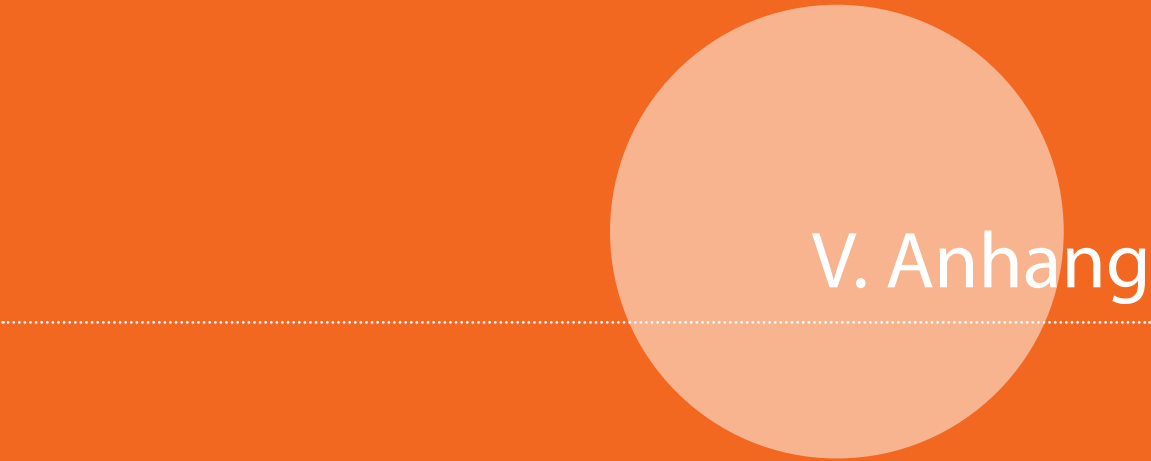
Meine Vision ist ein Forschungsnetzwerk zu schaffen zur Erstellung des nächsten Engagements- und Partizipationsberichtes und dafür eine koordinierende Geschäftsstelle einzurichten. Da es zur Expertisebündelung ja bereits eine Koordinierungsstelle beim Nationalen Forum für Engagement und Partizipation gibt, stellt sich die Frage: Warum soll diese Geschäftsstelle für den nächsten Bericht nicht beim Nationalen Forum für Engagement und Partizipation liegen und durch alle Forschungsinstitute so beliefert werden, dass etwas Visionäres, Qualitatives herauskommt und nicht nur eine quantitative Bestandsaufnahme, wie es der erste, durchaus verdienstvolle Bericht gewesen ist? Wir sollten als Zivilgesellschaft geschlossen auftreten und sagen: Wir sind zu diesen Leistungen in der Lage, wenn wir einen ermöglichenden Staat an der Seite haben. Es bedarf jedoch eigener Strukturen, die jetzt weiter ausgebaut werden müssen, um eine unabhängige Engagementforschung mit Leben zu erfüllen.

Wir werden im Nachklang zu dieser Veranstaltung versuchen, über das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und das Nationale Forum für Engagement und Partizipation, das der eigentliche Adressat ist, weitere Veranstaltungen zum Thema durchzuführen. Dabei gilt es Forschungsverbünde zu einzelnen Unter-Themen zu schaffen, etwa zum Thema Pflege und bürgerschaftliches Engagement oder zur Partizipationsforschung bzw. zur theoretisch-konzeptionellen

Begriffsdefinition als Voraussetzung für empirisch homogenere Zahlen. Wenn wir vier oder fünf derartiger Forschungsverbünde schaffen, die sich zu einzelnen Themen regelmäßig treffen, dann hätten wir einen Riesenfortschritt gemacht. Es gibt konkrete Perspektiven, drei derartige Veranstaltungen von einer großen Stiftung finanziert zu bekommen. Dabei könnten schon einmal Kernfortsätze entwickelt werden.

Es wäre zudem wichtig, einen Arbeitskreis zur Forschungsförderung bei Stiftungen und Unternehmen zu schaffen und sektorübergreifend nach bisher nicht begangenen Zugangswegen zu suchen, auch wenn insgesamt die Möglichkeiten relativ übersichtlich sind.

Ich danke Ihnen sehr, sowohl den Referenten als auch den Diskutanten, für Ihre Mitwirkung, als auch Ihnen für ihre ausdauernde Geduld und Konzentration und wünsche uns allen bei der Förderung des Themas in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung viel Glück und Erfolg.



V. Anhang

Autorenverzeichnis

Mareike Alscher

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Jeannette Behringer

Evangelisches Studienzentrum Boldern

Prof. Dr. Dr. Sebastian Braun

Humboldt Universität zu Berlin, Forschungszentrum
für Bürgerschaftliches Engagement

Thomas Brunotte

VolkswagenStiftung

Dietmar Dathe

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. Serge Embacher

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Prof. Dr. Adalbert Evers

Justus-Liebig-Universität Gießen

Julia Gall

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Sabine Geiss

TNS Infratest

Bernd Hallenberg

vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr. Helmut Klages

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft
Speyer

Prof. Dr. Thomas Klie

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Dr. Georg Mildenberger

Universität Heidelberg

Centrum für Soziale Investitionen

Prof. Dr. Thomas Olk

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und
Vorsitzender des BBE-Sprecherrats

Dr. Eckhard Priller

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Berit Sandberg

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Andreas Schlüter

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Loring Sittler

Generali Deutschland

Ulrike Sommer

Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und I
ntegration NRW und Mitglied des BBE-Sprecherrats

PD Dr. Rudolf Speth

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und
Universität Kassel

Dr. Rupert Graf Strachwitz

MAECENATA Institut für Philanthropie und
Zivilgesellschaft

Dr. Volker Then

Universität Heidelberg

Centrum für Soziale Investitionen

Teilnehmerliste

Amrhein, Uwe
Stiftung Bürgermut

Behringer, Jeannette Dr.
Ev. Studienzentrum Boldern

Berndmeyer, Günter
Stadt Essen,
Büro Stadtentwicklung

Blanckenburg, Christine von
nexus Institut

Braun, Sebastian Prof. Dr.
HU Berlin Forschungszentrum für
Bürgerschaftliches Engagement

Braun, Joachim
ISAB Institut für Sozialwissenschaftliche
Analysen und Beratung

Brunotte, Thomas
VolkswagenStiftung

Bubolz-Lutz, Elisabeth Prof. Dr.
Forschungsinstitut Geragogik e. V.

Embacher, Serge Dr.
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement

Englert, Christine
Hochschule Darmstadt

Ernst, Jörg Dr.
Netzwerk Ruhrgebiet

Evers, Adalbert Prof. Dr.
Justus-Liebig-Universität Gießen

Fischbach, Christian
Universität Duisburg-Essen

Gall, Julia
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Geiss, Sabine
TNS Infratest

Grenzmann, Christoph
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Hallenberg, Bernd
vhw-Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e.V.

Hartjes, Sandra
Ehrenamtsagentur Essen e.V.

Honvehlmann, Hubert Dr.
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Hugenroth, Reinhild
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik

Huth, Susanne
INBAS Sozialforschung

Klages, Helmut Prof. Dr.
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft
Speyer

Klie, Thomas Prof. Dr.
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Klier, Vera
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-
Organisationen e.V.

Kötter, Ute Dr.
Hochschule München

Kröhnert, Steffen
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Krüger, Janina
Ehrenamtsagentur Essen e.V.

Kühnemund, Harald
Hochschule Vechta Institut für Gerontologie

Krüger, Roland
Generali Deutschland

Kusterer, Peter
IBM Deutschland

Kurz, Bettina
Bertelsmann Stiftung

Lausch, Stefanie
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V.

Lehmann, Tim
Bertelsmann Stiftung

Liebig, Reinhard Dr.
TU Dortmund

Meinhold-Henschel, Sigrid
Bertelsmann Stiftung

Mildenberger, Georg Dr.
CSI Universität Heidelberg

Mörchen, Annette
Kath. Soziales Institut KSI

Multmeier, Andrea
Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Olk, Thomas Prof. Dr.
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Poppelreuter, Stefan Dr.
TÜV Rheinland Consulting GmbH

Priemer, Jana
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Priller, Eckhard Dr.
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Quednau, Tobias
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Reitz, Benjamin
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Rickert, Andreas Dr.
Bertelsmann Stiftung

Rindt, Susanne
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V.

Rosenski, Natalie
Statistisches Bundesamt

Rüttgers, Martin
Politikberatung und Forschung

Sandberg, Berit Prof. Dr.
Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Schlüter, Andreas Prof. Dr.
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Schwager, Christiane
Silver Economy Consultant

Sittler, Loring
Generali Deutschland

Sommer, Ulrike
Ministerium für Generationen, Frauen, Familie
und Integration NRW

Strachwitz, Rupert Graf Dr.
MAECENATA-Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft

Szyperski, Norbert Prof. Dr.
Universität zu Köln

Theißen, Wilfried
Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Then, Volker Dr.
Universität Heidelberg - Centrum für Soziale
Investitionen

Vandamme, Ralf Dr.
Städtetag Baden-Württemberg

Tagungsprogramm

10:30 Uhr	Begrüßung, <i>Prof. Dr. Andreas Schlüter</i> , Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft in Essen	14:10 Uhr	Podiumsdiskussion <i>Prof. Dr. Adalbert Evers</i> , Professor am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus- Liebig-Universität Gießen <i>Dr. Rupert Graf Strachwitz</i> , Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Univer- sität zu Berlin Moderation: <i>Dr. Jeannette Behringer</i> , Studienleiterin Ressort Gesellschaftsethik des Ev. Studienzentrums Bolder in Zürich
10:40 Uhr	Eine Agenda der Engagementforschung und -berichterstattung, <i>Prof. Dr. Thomas Olk</i> , Professor im Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Sozialpolitik der Universität Halle- Wittenberg und Vorsitzender des Sprecherrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Berlin	15:10 Uhr	Kaffeepause
11:25 Uhr	Input: Bedarfe und Agenda künftiger Engagementforschung, <i>Dr. Volker Then</i> , Direktor des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen in Heidelberg Podiumsdiskussion <i>Prof. Dr. Sebastian Braun</i> , Leiter des For- schungszentrums für bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt Universität zu Berlin <i>Sabine Geiss</i> , TNS Infratest Sozial- forschung, Projektleiterin Familie und Bürgergesellschaft Moderation: <i>Loring Sittler</i> , Leiter des Generali Zukunftsfonds in Köln	15:40 Uhr	Input: Bedarfe und Perspektiven der Engagementberichterstattung und ihrer institutionellen Begleitung <i>Prof. Dr. Thomas Klie</i> , Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Hochschule Freiburg Podiumsdiskussion <i>Dr. Eckhard Priller</i> , Projektleiter der Pro- jektgruppe "Zivilengagement" am Wissen- schaftszentrum Berlin für Sozialforschung <i>Dr. Serge Embacher</i> , Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement <i>Prof. Dr. Berit Sandberg</i> , Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin <i>Julia Gall</i> , Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Moderation: <i>Ulrike Sommer</i> , Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-West- falen
12:40 Uhr	Mittagspause	16:30 Uhr	Schlusswort, <i>Loring Sittler</i>
13:40 Uhr	Vortrag: Bedarfe und Agenda künftiger Forschungen zu Partizipation <i>Prof. Dr. Helmut Klages</i> , Deutsche Hoch- schule für Verwaltungswissenschaften Speyer		